

# **RUNDBRIEF MAI 2021**

**THEMENKOGRUPPE  
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



# VORWORT

*"If I lose my land, I am no one. I have nothing": A voice from the Indigenous Mro facing eviction from their land. (Bangladesch)*

Liebe Rundbrief-Leser/-innen,

dieser verzweifelte Appell aus Bangladesch macht auf bedrückende Weise deutlich, wie bedrohlich die aktuelle Lage der Angehörigen der Mro wegen des Baus eines 5-Sterne Hotels auf ihrem Land ist. Das ist leider kein Einzelfall. In den Beiträgen dieser Rundbriefausgabe berichten wir über die Verletzung des Rechts der Mro und anderer indigener Völker auf eine freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Energie- und Bauprojekten auf ihrem Land. Ob es um friedliche Proteste gegen zwei Wasserkraftprojekte in Guatemala geht, den Kampf indigener Gruppen gegen Palmölkonzerne auf der Insel Borneo, den Kampf für Landrechte und gegen Minen-, Damm- und Abholzungsprojekte philippinischer Energiekonzerne, oder gegen ein mexikanisches Bahnprojekt – indigenen Völkern wird ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert und sie werden im Kampf für die Einhaltung ihrer Rechte verfolgt, vertrieben, ermordet oder verhaftet und müssen mit den Folgen der Umweltzerstörung ihres Landes leben.

Ein weiteres trauriges Beispiel ist Ermordung der kolumbianischen indigenen Anführerin des Volkes der Nasa, Sandra Liliana Peña Chocué, am 21. April 2021. Sie hatte ihre Autorität als Gouverneurin von Laguna Siberia geltend gemacht und den zunehmenden illegalen Pflanzenabbau in ihrem Gebiet abgelehnt. Die Territorien der indigenen Gemeinschaften sind aufgrund ihrer geostrategischen Bedeutung und aus wirtschaftlichen Gründen von verschiedenen bewaffneten Gruppen und anderen Akteuren umkämpft.

Neben vielen weiteren Berichten gehen wir auch auf aktuelle Prozessentwicklungen in Honduras, Chile und Mexiko ein und berichten über eine aktuelle Kampagne von Amnesty International Australien, die sich erneut gegen das Sterben von Aboriginals in australischen Gefängnissen und die Inhaftierung von minderjährigen, überwiegend Aboriginal- oder Torres Strait Islander-Kindern richtet.

Es gibt aber auch erfreuliche Beispiele hinsichtlich der Umsetzung indigener Rechte. So hat Deutschland am 15. April die Konvention 169 der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der Rechte indigener Völker ratifiziert. In Kanada brachte die Regierung die Gesetzesvorlage Bill C15 ins Parlament ein, die der Implementierung der Rechte indigener Völker in kanadisches Recht dient und in den USA wurde nicht nur die erste indigene Innenministerin ins Kabinett der Regierung gewählt, sondern traf der Oberste Gerichtshof der USA eine wegweisende Entscheidung zugunsten der Souveränität indigener Völker in Oklahoma.

Positive Entwicklungen zeichnen sich auch in mehreren Ländern Afrikas ab, darunter in Nigeria und der Demokratischen Republik Kongo. So hat der Oberste Gerichtshof Großbritanniens im Februar der Klage zweier indigener Gemeinden aus dem Nigerdelta stattgegeben, die Shell und seine nigerianische Tochtergesellschaft wegen der verheerenden Umweltverschmutzungen vor einem britischen Gericht zur Verantwortung ziehen wollen. Kurz zuvor fiel ein ebenso wegweisendes Urteil in den Niederlanden, wo ein Berufungsgericht Shell und seine Tochtergesellschaft zu Entschädigungszahlungen an Gemeinden im Nigerdelta verurteilte. Ähnlich vielversprechende Urteile wurden von Gerichten in der DR Kongo gegen zehn Parkwächter gefällt, die Mitglieder der indigenen Batwa drangsaliert, gefoltert und ermordet haben. Unter den vielen bedrückenden Nachrichten zu Indigenen gibt es also auch solche die Hoffnung machen, dass Verletzungen der Rechte indigener Völker konsequent verfolgt und geahndet werden.

Wir wünschen allen eine spannende Lektüre und einen erholsamen Sommeranfang!

Marianne Kersten, Alexander Weide und Rosie Hofstetter

# INHALT

Vorwort	2
Impressum	3
ILO 169	4
Bangladesch	6
In eigener Sache	7
Indonesien	8
Philippinen	11
Malaysia	14
Australien	17
Kanada	23
USA	33
Amerikas	39
Mexiko	40
Guatemala	42
Honduras	49
Kolumbien	52
Ecuador	57
Brasilien	62
Paraguay	67
AI-Broschüre zu Indigenen	68
Chile	69
Marokko	71
Nigeria	74
DR Kongo	77
Filmtipps	81

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
 Themenkategorie Menschenrechte und indigene Völker  
 Marianne Kersten · Hohenrade 5 · 20257 Hamburg · marianne.kersten@amnesty-indigene.de  
 Alexander Weide · 20 Awgar Stone Road · Oxford · OX3 7FD · Großbritannien · alexander.weide@gmail.com  
 Rosemarie Hofstetter · Pinneberger Straße 83a · 22457 Hamburg · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de); [www.amnesty-indigene.de](http://www.amnesty-indigene.de)

SPENDENKONTO:  
 Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX  
 Gruppe 2915

# ILO 169



## Presseinformation

### Wichtiger Schritt zur Stärkung der Rechte indigener Völker

#### Bündnis begrüßt die deutsche Ratifizierung der ILO-Konvention zum Schutz Indigener

**Berlin, 15. April 2021. Der Bundestag hat heute das Ratifizierungsgesetz über die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der Rechte indigener Völker verabschiedet und damit eine Vereinbarung des Koalitionsvertrags erfüllt. Der Koordinationskreis ILO 169 sieht darin einen entscheidenden Schritt, die Rechte indigener Völker zu stärken. Die Konvention garantiert indigenen Völkern ihre Rechte auf Erhalt der kulturellen Identität, auf Beteiligung an staatlichen Entscheidungen sowie auf Land und Ressourcen.**

Indigene Völker werden auch heute noch politisch, wirtschaftlich und sozial stark benachteiligt. „Mit der Ratifizierung der ILO-Konvention 169 setzt Deutschland ein starkes Zeichen der Solidarität mit indigenen Völkern. Jetzt kommt es darauf an, ihre Rechte auch ganz konkret zu schützen“, sagt Dagmar Pruin, die Präsidentin von Brot für die Welt. „In vielen Teilen der Welt ist der Lebensraum indigener Völker bedroht – durch die Abholzung des Regenwaldes in Brasilien, durch Lithiumgewinnung in Bolivien oder durch Palmölplantagen in Indonesien.“ Seit Ausbruch der Corona-Pandemie haben sich die Lebensbedingungen indigener Völker weltweit noch verschlechtert, weil sie oft keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten haben.

„Durch die Zerstörung des Regenwaldes sind indigene Völker, die Verteidiger des Waldes, vielfältigen Gefahren ausgesetzt, die das Klima auf regionaler und globaler Ebene beeinflussen“, sagt Harol Rincón Ipuchima, stellvertretender Vorsitzender des Klima-Bündnisses und Klimakoordinator der COICA, dem Dachverband der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens. Dabei sind die Territorien indigener Völker und ihr traditionelles Wissen von weltweiter Bedeutung für den Erhalt der biologischen und kulturellen Vielfalt.

Die ILO-Konvention 169 ist das einzige rechtsverbindliche internationale Instrument zum Schutz der Rechte indigener Völker. „Mit der deutschen Ratifizierung der ILO 169 gewinnt die Konvention erheblich an Gewicht. Dies sollte Schule machen“, betont Jan Diedrichsen, Bundesvorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker. Bisher haben lediglich 23 Länder die Konvention ratifiziert. Nun reiht sich Deutschland in die Gruppe europäischer Staaten ohne eigene indigene Gemeinschaften ein, die ebenfalls ratifiziert haben, wie die Niederlande, Spanien und Luxemburg. Sie setzen damit ein Zeichen für Solidarität und globale Verantwortung.

„Auf die Ratifizierung müssen im nächsten Schritt auch konkrete Maßnahmen zum Schutz der Rechte indigener Völker folgen“, sagt Michael Thiel, Direktor des Evangelisch-lutherischen Missionswerks in Niedersachsen. Hierfür sei es wichtig, in der nächsten Legislaturperiode eine ressortübergreifende Strategie zu entwickeln. „So braucht es konkrete Richtlinien für die Außenwirtschaftsförderung, um die

Pressesprecherin  
Renate Vacker

Tel 030 65211 1833  
Fax 030 65211 3833

renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de

Evangelisches Werk  
für Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN DE10100610060500500500  
BIC GENODED1KDB

Rechte indigener Völker zu achten. Ebenso sind deutsche Unternehmen gefordert, indigene Rechte entlang der gesamten Lieferkette zu berücksichtigen“, sagt Heike Drillisch, Vorstandsmitglied des INFOE - Instituts für Ökologie und Aktions-Ethnologie.

Weltweit gehören zwischen 350 und 400 Millionen Menschen rund 6.000 indigenen Völkern an. Dies entspricht etwa vier bis fünf Prozent der Weltbevölkerung.

Der Koordinationskreis ILO 169 in Deutschland ist ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Netzwerken und Expert:innen, die sich für die Stärkung der Rechte indigener Völker, der Menschenrechte sowie den Schutz der Regenwälder und den Klimaschutz einsetzen.

ILO 169 Koordinationskreis Deutschland  
<https://www.il0169.de/>

**Pressekontakt:**

Renate Vacker, Pressesprecherin Brot für die Welt  
Tel.: 030-652111833, E-Mail: [Renate.Vacker@brot-fuer-die-welt.de](mailto:Renate.Vacker@brot-fuer-die-welt.de)

# BANGLADESCH

## MRO-GEMEINDEN DROHT WEGEN EINES TOURISMUSPROJEKTS DIE VERTREIBUNG

Im Distrikt Bandarban in den Chittagong Hill Tracts im Südosten des Landes droht den Mro in acht Dörfern die Vertreibung wegen des geplanten Baus eines 5-Sterne-Hotels. Durch das Hotel und weitere Gebäude für den Tourismus könnten den Mro mindestens 800 Morgen Land weggenommen werden, etwa 10.000 Menschen wären insgesamt betroffen. Die Mro sind eines von zwölf indigenen Völkern, die in den Chittagong Hill Tracts leben. Im September 2020 kündigte die bangladeschische Armee an, in einem Joint Venture mit dem *Army Welfare Trust* und der *Sikder-Gruppe* an der Straße zwischen Chimbuk und Thanchi<sup>1</sup> ein Luxushotel zu bauen. Die US-amerikanische Hotelkette *Marriott* soll ebenfalls an dem Projekt beteiligt sein. Sie ließ zwischenzeitlich allerdings mitteilen, dass ihrerseits noch keine abschließende Entscheidung gefallen sei. Durch den Hotelbau in dem Gebiet würde das soziale, ökonomische, traditionelle und kulturelle Gefüge der Mro zerstört. Die Mro und weitere indigene Gemeinschaften fürchten zudem, dass heilige Stätten, Wälder, Wasserressourcen und die Biodiversität geschädigt würden. Und so, wie das Projekt geplant ist, verstößt es sowohl gegen nationales als auch internationales Recht. Angehörige der Mro, die Proteste gegen das Projekt organisiert haben, werden bedroht und fürchten um ihr Leben. Friedliche Proteste gegen den Bau im November 2020 wurden als „terroristische Aktivitäten“ bezeichnet und können Strafverfolgungen nach sich ziehen. Die Präsenz von Armee-, Sicherheits- und Geheimdienstangehörigen hat in dem Gebiet erheblich zugenommen und Gemeindemitglieder werden unter Druck gesetzt. Es gibt Berichte, dass sich Angehörige der Mro in Armeelagern einfinden müssen, wo sie körperlich und psychisch gefoltert werden. Zudem habe die Armee öffentlich gedroht, mit Buschfeuern zu töten, wenn weitere Proteste geplant und durchgeführt würden.

Am 9. Februar 2021 veröffentlichten Expert/-innen der UN ein Papier, in dem auch sie die bangladeschische Regierung auffordern, das Projekt zu stoppen, weil durch den Bau den Mro die Enteignung ihres traditionellen Landes drohe und schwere Umweltschäden angerichtet würden. Sie äußern sich beunruhigt über die irregulären Praktiken der Landnahme und dass den Mro der Zugang zu Weiden und Wasserressourcen auf traditionellen Flächen verweigert würde. Sie seien besorgt, dass im Januar die Drohungen und Einschüchterungen gegen indigene Menschenrechtsverteidiger/-innen, die sich friedlich für die Landrechte ihrer Gemeinschaft einsetzten, eskaliert seien. Sie fordern die Regierung auf, friedliche Demonstrationen zuzulassen, Demonstrant/-innen nicht zu bedrohen und gegen friedliche Versammlungen keine Gewalt anzuwenden. Ebenso rufen sie die Regierung dazu auf, in Konsultationen die freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen indigenen Gemeinschaft einzuholen. Außerdem sei es von entscheidender Bedeutung, dass in dem Gebiet eine gründliche Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Die Regierung von Bangladesch müsse dringend für ein sicheres Umfeld für diejenigen sorgen, die die Umwelt und die Rechte der indigenen Völker verteidigen und sie vor Repressalien schützen. Schon im Dezember hatten UN-Expert/-innen in einer gemeinsamen Mitteilung gegenüber der bangladeschischen Regierung sowie der *R&H Holdings Limited* und *Marriott International* ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht.

Anfang März habe ich erfahren, dass mittlerweile 20 Hektar Land in Bandarban ummauert wurden und dass dieser Fall vor den UN-Menschenrechtsrat gebracht werden soll, da die bangladeschische Regierung auf die Anfrage der UN zu dem geplanten Hotelbau nicht reagiert habe.

Nach Angaben von Amnesty International gab es im Jahr 2020 in den gesamten Chittagong Hill Tracts mindestens 285 erfasste Menschenrechtsverletzungen. Dazu gehörten u.a. drei außergerichtliche Hinrichtungen, 99 willkürliche Festnahmen, 54 Fälle körperlicher Misshandlung, 104 Hausdurchsuchungen und 25 Fälle von Sachbeschädigung durch Sicherheitsbehörden. Indigene Aktivist/-innen warfen dem Militär und den Geheimdiensten vor, zwischen indigenen politischen Gruppen Zwietracht zu säen. Die daraus resultierenden Spaltungen trugen dazu bei, dass im vergangenen Jahr mindestens 69 indigene politische Aktivist/-innen bei Zusammenstößen auf lokaler Ebene getötet wurden. Mindestens 50 indigene Aktivist/-innen wurden entführt und etwa 82 Häuser, die Indigenen gehörten, bei Zusammenstößen zwischen lokalen politischen Gruppen in Brand gesetzt.

Quellen:

„Protect the Indigenous Mro People from forced eviction“, 20. November 2020

Amnesty International Jahresbericht Bangladesch 2020, 7. April 2021

„UN experts call for halt to contentious tourism resort in Bangladesh“, 9. Februar 2021

Ruth Oelgeklaus, Bangladesch-Ländergruppe

---

# IN EIGENER SACHE

## UNSER NEUER GRUPPENFLYER IST DA!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren neuen 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos bestellt werden bei Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)



# INDONESIEN

URGENT ACTION

## BEI NATURSCHUTZARBEITEN FESTGENOMMEN

**SYAMSUL und SAMSIR BAHRI**

**Syamsul und Samsir Bahri werden seit dem 10. Februar 2021 unter fadenscheinigen Anschuldigungen in Gewahrsam gehalten. Die beiden sind Vater und Sohn und leben in einer kleinbäuerlichen Gemeinschaft in der Provinz Nordsumatra. Dort engagieren sie sich bei der Wiederaufforstung eines Mangrovenwaldes und kämpfen um ihre Landrechte – lokale zivilgesellschaftliche Organisationen betrachten ihre Festnahme als Versuch, diese Arbeit zu kriminalisieren.**

Die Inhaftierung von Syamsul und Samsir Bahri, die sich in der Gruppe Kelompok Tani Nipah (Gruppe der NipahBäuer\_innen) engagieren, ist besorgniserregend: Es ist zu befürchten, dass sich dieser Fall in die lange Liste der Schikane und Kriminalisierung von Umweltschützer\_innen in Indonesien einreicht. Diese gehören zu den am meisten verfolgten Aktivist\_innen des Landes und sind regelmäßig mit Einschüchterungen, Drohungen und Anschuldigungen konfrontiert, die offenbar darauf abzielen, ihre Arbeit zu untergraben.

Syamsul und Samsir Bahri wurden am 8. Februar 2021 von der Polizei zum Verhör vorgeladen, nachdem ein Mann sie der Körperverletzung beschuldigt hatte. Zeug\_innen zufolge soll der Vorfall konstruiert worden sein. Am 10. Februar wurden sie in Gewahrsam genommen. Dabei befragte die Polizei sie weder als Zeugen, noch wurden sie aufgefordert, sich zu der Anzeige zu äußern. Insbesondere im Zusammenhang mit ihrer Arbeit als Menschenrechtsverteidiger, die ihre Landrechte einfordern, ist dies äußerst bedenklich. Laut Informationen, die Amnesty International vorliegen, geht es Syamsul Bahri in Haft gesundheitlich schlecht. Da er Diabetiker ist und einen hohen Cholesterinspiegel hat, ist er auf die regelmäßige Einnahme von Medikamenten angewiesen.

Die beiden Umweltschützer Syamsul und Samsir Bahri arbeiten an der Wiederaufforstung eines Streifens Mangrovenwald mit, um so das Ökosystem in dem betreffenden Gebiet zu bewahren. Dadurch setzen sie sich friedlich für den Schutz und die Förderung von Menschenrechten ein. Ihre Kriminalisierung ist nicht nur eine Verletzung ihrer eigenen Rechte – sie bedroht auch die Arbeit und die Rechte aller Menschenrechtsverteidiger\_innen in Indonesien. Zudem wirkt sie sich negativ auf die gesamte Bevölkerung aus, unter anderem auf deren Recht auf eine gesunde Umwelt. Anstatt für ihre Bestrebungen verfolgt zu werden, sollten sie gemäß Paragraf 66 des Gesetzes Nr. 32/2009 geschützt werden. Dieser besagt, dass Personen für die Verteidigung des Rechts auf eine intakte und gesunde Umwelt weder straf- noch zivilrechtlich verfolgt werden dürfen.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Ende 2017 erteilte die Regierung der Gruppe Kelompok Tani Nipah im Rahmen einer Genehmigung für soziale Forstwirtschaft das Recht, ein 242 Hektar großes Gebiet im Dorf Kwala Serapuh in der Provinz Nordsumatra nachhaltig zu bewirtschaften. Seither arbeitet die Gruppe an der Wiederaufforstung der Mangrovenwälder in diesem Gebiet. Die Kleinbäuer\_innen protestieren gegen ein Palmölunternehmen, das in dem Gebiet eine Plantage betreibt, für das die Gruppe das Recht zur Bewirtschaftung beansprucht.

Die Anzeige gegen Syamsul und Samsir Bahri geht auf einen Vorfall im Dezember 2020 zurück, als einige NipahBäuer\_innen an einem Umweltsanierungsprojekt in dem Gebiet arbeiteten, das sie im Rahmen des Programms für soziale Forstwirtschaft bewirtschaften. Laut Zeug\_innen, deren Aussagen von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen – darunter WALHI North Sumatra, LBH Medan und Srikandi Lestari – aufgenommen wurden, betraten am 18. Dezember zwei Personen das Gelände und fotografierten die Bäuer\_innen bei der Arbeit.

Der Vorstand der Kelompok Tani Nipah, Syamsul Bahri, fragte die beiden Personen nach den Gründen für ihre Anwesenheit. Danach entfernte sich einer der Männer ein Stück und rief seiner Begleitung laut zu, dass er verprügelt werde, sodass Umstehende es hören konnten. Anschließend sprang er in den Fluss. Die Bäuer\_innen holten ihn schnell mit einem Boot aus dem Wasser und brachten ihn in Sicherheit. Danach baten sie ihn, zu präzisieren, was er zuvor durch den Ausruf impliziert hatte. Daraufhin beteuerte der Mann, dass er von keinem Mitglied der Gemeinschaft verprügelt worden sei. Diese Aussage wurde von einem der anwesenden Bauern in einem Video festgehalten. Kurz darauf verließen die beiden Personen das Gelände wieder.

UA-023/2021 – AI-Index: ASA 23/3728/2021 – 22. Februar 2021 – ak

-----

## **DIE WELTWEITE NACHFRAGE NACH PALMÖL TREIBT DIE REGENWALDRODUNG IN INDONESIA VORAN – PROTESTE INDIGENER AUF DER INSEL BORNEO MÜNDEN IN VERHAFTUNGEN.**

Indonesien ist als weltweit größter Palmölproduzent bekannt. Immer größere Flächen des Regenwaldgebietes werden durch Palmölplantagen ersetzt. In den letzten 20 Jahren wurden circa 100.000 Quadratkilometer Regenwald in Indonesien abgeholzt (Global Forest Watch). Die rapide Zerstörung eines der ältesten Regenwaldgebiete durch die Industrie, insbesondere auf den Inseln Borneo und Sumatra, führt derzeit zu einer der größten Umweltkatastrophen, welche die Menschheit, neben der ökologischen Katastrophe im Amazonasgebiet, je gesehen hat.

Bis vor circa fünfzig Jahren bestand nahezu die gesamte Fläche der Insel Borneo aus Urwäldern, welche zunehmend durch Palmölplantagen ersetzt werden. Das Brandrodung führt zu einem Anstieg der Oberflächentemperatur in der Region, was diese noch anfälliger für Waldbrände macht. Die immense Freisetzung von Kohlenstoffdioxid durch das Abbrennen der Torfwälder sind ein zusätzlicher und nicht zu unterschätzender Beitrag zur globalen Erwärmung. Die Insel ist Heimat vieler Tierarten und indigener Bevölkerungsgruppen. Die Vernichtung des Regenwaldes führt zum Aussterben dieser Tierarten, wie z. B. dem Orang-Utan, sowie zur Vertreibung der indigenen Bevölkerungsgruppe der Dayak aus ihren Lebensräumen.

Auf dem indonesischen Teil der Insel Borneo, auch Kalimantan genannt, kämpfen Indigene für den Erhalt ihres Lebensraumes und sprechen sich gegen die Vorgehensweise der Palmölkonzerne aus. Ihr Engagement mündet in Verhaftung und dem Verschwinden von Personen. In Kinipan wurden sechs indigene Männer, welche der Dayak angehören, von der Polizei verhaftet, weil sie gegen Landraub und Entwaldung protestierten. Unter ihnen war ein traditioneller Führer der Dayak, Effendi Buhing. Er wurde am 26. August 2020 festgenommen. Laut seiner Aussagen gibt es für die Menschen in Kinipan kein Leben ohne Fluss und Wald, da dies ihren Lebensraum darstellt. Schriftliche Beschwerden durch die Dayaks sowie friedliche Demonstrationen der indigenen Gruppe wurden seitens der indonesischen Regierung ignoriert. Seit der Verhaftung des Dayak-Führers ist die Position des Staatssicherheitsapparates in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Enttäuschend haben die dort lebenden Menschen festgestellt, dass nicht sie, sondern die Unternehmen geschützt werden.

Die Rodung des Kinipan-Waldes in Zentralkalimantan erfolgt durch das Unternehmen PT Sawit Mandiri Lestari (SML). Das für Palmplantagen verantwortliche Unternehmen heißt PT Sawit Sumbermas Sarana Tbk ist ebenfalls ein in Indonesien ansässiges Unternehmen. Golden Agri Resources, Apical und Wilmar International sollen zu den wichtigsten Abnehmern gehören, deren Palmöl über Biodiesel, Nahrungsmittel und Duschgel zu uns Konsumenten gelangt. Unter den Aktionären befindet sich BlackRock, einer der weltweit größten Investoren auf dem Gebiet von Waldrodungen.

Quellen:

<https://www.globalforestwatch.org/>

<https://netzfrauen.org/2020/09/06/borneo-2/>

<https://www.regenwald.org/petitionen/1159/bitte-helft-den-kinipan-wald-zu-retten>

Anne Zummach, Theko Menschenrechte und indigene Völker

# PHILIPPINEN

## AMNESTY INTERNATIONAL – ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

11. Februar 2021

ASA 35/3677/2021

Amnesty International sieht die indigenen Völker auf den Philippinen in Gefahr. Die Organisation fordert die philippinische Regierung auf, der zunehmenden Gewalt und den Verhaftungen gegenüber indigenen Menschen ein Ende zu setzen. Ermittlungen und ordnungsgemäße gerichtliche Verfahren unter Berücksichtigung der Menschenrechtsstandards sollten unverzüglich auf eskalierende Angriffe folgen. Für Schutz, Sicherheit und Wohlergehen aller indigenen Völker, einschließlich derjenigen, die in ihren Gemeinden auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen und sich für die Rechte indigener Völker einsetzen, muss gesorgt werden.

Die Landwirte Japer Gurung und Junior Ramos einer Aeta-Gemeinde in der Provinz Zambales werden seit August 2020 gefangen gehalten. Als Gründe für ihre Anklage wird Terrorismus und illegaler Besitz von Schusswaffen angegeben. Die beiden Landwirte sind die ersten Personen, welche im Rahmen des neuen Antiterrorgesetzes angeklagt worden sind. Sie wurden angeblich mehrere Tage von Soldaten gefoltert, mit dem Ziel, sie zu dem Geständnis zu zwingen, dass sie Mitglieder der „Neuen Bürgerarmee“ seien. Die Streitkräfte der Philippinen bestreiten diese Vorwürfe.

Die beiden Männer wurden vom Militär beschuldigt, einen Soldaten getötet zu haben. Laut ihren Anwälten flohen sie allerdings nach Zusammenstößen zwischen dem Militär und der „Neuen Bürgerarmee“ in ihre Stadt Marcelino, um sich in Sicherheit zu bringen. Zwei weibliche Minderjährige aus derselben Gemeinde befinden sich ebenfalls in Haft und werden wegen illegalem Besitz von Schusswaffen und Sprengstoffen angeklagt.

Amnesty International vermutet, dass die Anklage mit dem Ziel erfunden worden ist, Vergeltung an unbewaffneten Indigenen für den Tod eines Soldaten zu üben, obwohl die Indigenen lediglich vor Gewalt geflohen sind. Die Organisation ist außerdem über die Anklage wegen illegalen Besitzes von Schusswaffen gegen die vier Aetas besorgt. Solche Anklagen erfolgen oft ohne glaubwürdige Beweise und werden wiederholt als Methode zur Festnahme von Personen benutzt, die als Unterstützer/-innen der „Neuen Bürgerarmee“, Menschenrechtsverteidiger/-innen oder Regierungskritiker/-innen angesehen werden.

Am 2. Februar 2021 reichten Gurung und Ramos beim Obersten Gerichtshof eine Petition ein, die das Inkrafttreten des neuen Antiterrorgesetzes kritisiert und das Stoppen des Gesetzes fordert. Es gingen weitere Petitionen von über 30 Organisationen der Zivilgesellschaft beim Gericht ein. Am 9. Februar 2021 gab der Generalstaatsanwalt Jose Calida bekannt, dass die Aetas ihre Petition zurückziehen wollten. Der Anwalt des Nationalen Rechtsanwaltsverbandes gab bekannt, nicht darüber informiert worden zu sein, und äußerte die Befürchtung, dass die Männer unter Druck gesetzt worden seien. Der Oberste Gerichtshof erklärte daraufhin, er habe die Petition abgewiesen bevor der Generalstaatsanwalt den angeblichen Rückzug der Aeta-Bauern ankündigte. Der zukünftige Rechtsbeistand der Landwirte wird derzeit noch diskutiert.

Am 20. Januar 2021 erließ der Polizeichef von Cordillera, R'win Pagkalinawan, einen Tötungsbefehl gegen den prominenten Aktivistin Windel Bolinget. Er ist der Vorsitzende der Cordillera Bürgerallianz, eine Gruppe, die sich für die Rechte der indigenen Völker und deren Landrechte, Selbstbestimmung sowie Zugang zu sozioökonomischen Dienstleistungen einsetzt. Dem Befehl liegt eine Mordanklage zu Grunde. Auf Bolinget wartet ein Prozess, in dem er mit der Ermordung eines indigenen Führers im Jahr 2020 in der Provinz Davao del Norte in Zusammenhang gebracht werden soll.

Amnesty International glaubt, dass die Mordanklage gegen Bolinget politisch motiviert sein könnte. Im Laufe der Jahre haben Bolinget und die Cordillera Bürgerallianz wiederholt die Aufmerksamkeit der lokalen Behörden, aufgrund ihrer erfolgreichen Kampagnen gegen Minen-, Damm- und Abholzungsprojekte, auf sich gezogen. Den Zorn der Behörden bekommen nun die indigenen Völker in der Cordillera-Region durch zunehmende Gewalt und Verhaftungen zu spüren.

Im Jahr 2018 wurde Bolinget in eine Liste aufgenommen, welche mehr als 600 Namen von Personen enthält, nach denen die philippinischen Behörden suchen. Nach dem Gesetz über die menschliche Sicherheit werden diese Personen als Terroristen bezeichnet. Die Liste enthielt andere prominente Menschen wie z. B. Rechtsverteidiger/-innen, einschließlich des ehemaligen UN-Sonderberichterstatters für die Rechte indigener Völker. Der Name wurde nach einem öffentlichen Aufschrei wieder entfernt. Die Drohungen gegen Bolinget und seine Arbeit haben im vergangenen Jahr zugenommen. Seit Anfang 2020 wurde er in den sozialen Medien zunehmend verleumdet und wiederholt ohne Beweise beschuldigt ein Mitglied der „Neuen Bürgerarmee“ zu sein. Im Dezember 2020 erschien sein Bild auf Flyern, welche in seiner Nachbarschaft verteilt wurden. Man beschuldigte ihn erneut, etwas mit dem bewaffneten Aufstand zu tun zu haben. Bolinget hat sich am 21. Januar 2021 den örtlichen Behörden ergeben und befindet sich derzeit in der Obhut des nationalen Büros für Ermittlungen und des Justizministeriums.

Am 30. Dezember 2020, um 4 Uhr morgens sollen Polizisten und das Militär gewaltsam die Häuser von Mitgliedern der Tumandok-Gemeinde auf Panay Island, in Zentral-Philippinen betreten haben. Sie behaupteten Teil der philippinischen Nationalpolizei zu sein und teilten den Menschen mit, dass Haftbefehle wegen illegalem Besitz von Schusswaffen und Sprengstoff gegen sie vorlägen. Neun Personen wurden getötet - Eliseo Gayas Jr., Roy Giganto, Mauro Diaz, Arcelito Katipunan, Mario Aguirre, Jomer Vidal, Dalson Catamin, Reynaldo Katipunan und Rolando Diaz Sr. Die Polizei behauptete, die Opfer hätten sich der Verhaftung widersetzt und sich gewehrt. Augenzeugen behaupten allerdings, dass viele der Opfer zu dem Zeitpunkt des Überfalls geschlafen hatten. Mindestens 16 weitere Menschen wurden festgenommen. 12 Tumandok-Leute sind immer noch inhaftiert, 4 wurden auf Kautionsfreigabe freigelassen. Alle, die getötet und verhaftet wurden, widersetzen sich aktiv der verstärkten militärischen Präsenz in ihrem Land und kämpfen gegen das Jalaur Mega Dam-Projekt, von dem viele Indigene Gemeinschaften betroffen sind und dessen Realisierung Tausende Menschen der Tumandok-Gemeinde verdrängen wird. Im Januar 2021 kündigte die Polizei an, mögliche Fehler während des Überfalls zu untersuchen. Bisher wurden allerdings keine Ergebnisse irgendwelcher Ermittlungen veröffentlicht.

Amnesty International kritisiert die Vorgehensweise der Behörden. Alle oben genannten Fälle wurden von den Sicherheitskräften der Behörden vor dem Tod oder der Verhaftung „rot markiert“ - das heißt, sie wurden beschuldigt, Mitglieder oder Unterstützer/-innen der Kommunistischen Partei der Philippinen und ihres bewaffneten Flügels, der „Neuen Bürgerarmee“ zu sein. Es wurde jedoch nicht überprüft bzw. nicht nachgewiesen, ob diese Personen, darunter Hunderte Indigene, tatsächlich mit Waffen gegen die Regierung rebellierten oder andere Straftaten begangen haben.

Die Organisation weist darauf hin, dass es kein Verbrechen ist, an den Kommunismus als ideologische Haltung zu glauben. Dies kann nicht als Rechtfertigung dienen, Menschen zu verfolgen. Unter der sogenannten Duterte-Administration wurde das Führen der „Rote Liste“ zunehmend als Werkzeug von hochrangigen Beamten/-innen verwendet, um Regierungskritiker/-innen, friedliche Andersdenkende, Menschenrechtsverteidiger/-innen, einschließlich indigene Gruppen, einzuschüchtern, zu belästigen, zu verfolgen und zu bedrohen. Es dient der Legitimation für Mord und Verhaftung.

2007 stimmte die philippinische Regierung für die Annahme der UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP), wobei die Duterte-Regierung 2017 ihr Engagement bekräftigte, die Erklärung umzusetzen.

Amnesty International fordert die philippinische Regierung nachdrücklich auf, sich an diese Erklärung zu halten und ihren Verpflichtungen im Rahmen des UNDRIP gegenüber den indigenen Völkern nachzukommen und somit deren Rechte zu fördern, zu achten und zu schützen.

Amnesty International fordert die Behörden auf, die Anklage gegen Gurung und Ramos sowie gegen die beiden Minderjährigen fallen zu lassen. Es sei denn, es gibt ausreichende Beweise. Während der Haft und während der Strafverfolgung, müssen faire Verfahren, Zugang zu Anwälten/-innen und Schutz vor Folter gewährleistet sein. Die Organisation ruft außerdem die Behörden dazu auf, angebliche Verstöße, Vorwürfe von Folterhandlungen gegen Gurung und Ramos sowie die Fälschung von Beweismitteln durch die Sicherheitskräfte untersuchen zu lassen.

Die Organisation fordert, die Mordanklage gegen Windel Bolinget fallen zu lassen, sofern keine glaubwürdigen Beweise gegen ihn vorliegen. Der Tötungsbefehl gegen ihn muss ebenfalls zurückgezogen werden. Die Personen, welche hinter den schweren Bedrohungen stehen, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Regierung sollte auch für die Sicherheit von Bolinget und seiner Familie sorgen sowie sein Recht auf ein ordnungsgemäßes und faires Verfahren gewährleisten.

Schließlich sollte die philippinische Regierung die Tötung und Inhaftierung von Tumandok-Führer/-innen unterlassen. Amnesty International fordert die Regierung auf, die Morde zu untersuchen und die Umstände der Vorfälle zu klären. Die Verhafteten müssen sofort und bedingungslos freigelassen werden, es sei denn, es gibt glaubwürdige Beweise gegen sie.

Übersetzt aus dem Englischen:

Anne Zummach, Theko Menschenrechte und indigene Völker

# MALAYSIA

URGENT ACTION

## DROHENDE VERTREIBUNG AUS NATURSCHUTZGEBIET

### INDIGENE GEMEINSCHAFT DER TEMUAN

Nachdem bekannt wurde, dass in West-Malaysia einer Fläche von mehr als 930 Hektar der Status als „Waldreservat“ aberkannt werden soll, gingen bei der Forstbehörde von Selangor mehr als 45.000 Beschwerden von malaysischen Bürger\_innen ein, darunter zahlreiche Vertreter\_innen indigener Gemeinschaften und lokaler Gruppen. Doch die Behörde reagiert nicht. Vielmehr ist davon auszugehen, dass an dem ursprünglichen Plan festgehalten werden soll. Die Bewohner\_innen des betroffenen Gebiets gehören mehrheitlich der indigenen Gemeinschaft der Temuan an, die dieses als ihr angestammtes Land betrachten.

Die Forstbehörde von Selangor will im Kuala Langat North Forest Reserve einer Fläche von 930,93 Hektar den Schutzstatus als „Waldreservat“ entziehen, um Platz für eine gemischte Bebauung zu schaffen. In dem betreffenden Gebiet liegen vier Siedlungen der indigenen Temuan-Gemeinschaft. Ein Verlust des Schutzstatus würde dazu führen, dass etwa 1.000 Personen zugunsten von Entwicklungsprojekten enteignet würden und von Zwangsumsiedlung bedroht wären.

Dieses Vorgehen missachtet die Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen in Malaysia, die aufgrund von Entwicklungsprojekten häufiger mit Eingriffen in ihre Siedlungsgebietekonfrontiert sind. Sie werden aus ihren Häusern vertrieben und müssen mit ansehen, wie die natürlichen Ressourcen in ihren Gebieten ausgebeutet und zerstört werden. Es ist außerdem besorgniserregend, dass die geplante Rodung und Bebauung des betroffenen Gebiets zur Freisetzung von schätzungsweise 5,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> führen und somit die Erderwärmung und den Klimawandel anfachen würde.

Nach Bekanntwerden des geplanten Vorhabens regte sich Widerstand: besorgte Bürger\_innen legten mehr als 45.000 Beschwerden ein, die betroffenen Gemeinschaften organisierten Protestaktionen und die gesetzgebende Versammlung des Bundesstaates Selangor verabschiedete im November 2020 einstimmig einen Beschluss zum Schutz des Waldes. Nach Angaben von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen wird der Ministerpräsident Ende April über den Status des Gebiets entscheiden. Auch internationale Organisationen wurden aktiv. Darüber hinaus wurden Bedenken hinsichtlich der Modalitäten einer öffentlichen Bürgerversammlung zu diesem Thema im September 2020 geäußert. Diese wurde erst kurzfristig bekanntgegeben und an einem Ort abgehalten, der mehr als eine Stunde von den betroffenen Gemeinden entfernt ist, sodass viele Interessierte nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten.

Das Versäumnis der Forstbehörde von Selangor, die betroffenen indigenen Gemeinschaften zu konsultieren, zeugt von einer eklatanten Missachtung des Prinzips der freien, vorherigen und informierten Zustimmung. Zu diesem Prinzip hat sich die malaysische Regierung durch ihre Zustimmung zur Erklärung über die Rechte der indigenen Völker der Vereinten Nationen (UNDRIP) im Jahr 2007 und zum Ergebnisdokument der Weltkonferenz für indigene Völker im Jahr 2014 verpflichtet. Außerdem wird die Haltung der Forstbehörde deutlich, die Unternehmensentwicklung über das Wohlergehen der Bürger\_innen zu stellen.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 5. Februar 2020 veröffentlichte die Forstbehörde Selangor in den wichtigsten Tageszeitungen Malaysias eine Bekanntmachung über die geplante Aufhebung des Schutzstatus des Kuala Langat North Forest Reserve (KLNFR). In der Bekanntmachung wurden die betroffenen Interessengruppen im Distrikt aufgefordert, etwaige Einwände gegen den Vorschlag innerhalb von 30 Tagen zu äußern, in Übereinstimmung mit den Selangor-Regeln zur öffentlichen Konsultation von 2014 sowie dem nationalen Forstgesetz von 1985. Das vorgeschlagene Gebiet umfasst 97 % des gesamten Waldreservats und beherbergt mit Bukit Kecil, Bukit Cheeding, Busut Baru und Pulau Kempas vier Siedlungen der indigenen Temuan-Gemeinschaft.

Seit Februar 2020 haben zivilgesellschaftlich engagierte Personen, Bürger\_innen und Mitglieder von Amnesty International über 45.000 Briefe an das Büro des Ministerpräsidenten und die Forstbehörde von Selangor geschickt, um gegen die Entscheidung zu protestieren. Im November 2020 wurde in der gesetzgebenden Versammlung des Bundesstaates einstimmig der Schutz des Waldes beschlossen. Die Entscheidung über den Status des Gebiets soll Ende April fallen.

In Malaysia stellt der Status eines Gebietes als Waldreservat sicher, dass das Land nicht für die Stadtentwicklung, die Landwirtschaft oder andere Aktivitäten genutzt werden kann, die eine Rodung des Waldes erfordern würden. Die Aufhebung dieses Status öffnet das Tor für kommerzielle Aktivitäten auf dem Land und die Vertreibung der dort ansässigen Gemeinschaften.

## SCHREIBEN SIE BITTE

### E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN:

- Bitte heben Sie umgehend die Anordnung auf, dem KLNFR den offiziellen Status als Waldreservat zu entziehen.
- Unternehmen Sie in Zusammenarbeit mit der Indigenenbehörde (Jabatan Kemajuan Orang Asli, JAKOA) umgehend konkrete Schritte, um sicherzustellen, dass das KLNFR als Gebiet der indigenen Gemeinschaft der Orang Asli ausgewiesen wird.
- Gewährleisten Sie die uneingeschränkte Beteiligung der indigenen Gemeinschaft der Temuan. Stellen Sie sicher, dass zu Plänen bezüglich des Status des KLNRF eine freie, vorherige und auf Kenntnis der Sachlage gegründete Zustimmung der Temuan eingeholt wird.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

## APPELLE AN

### MINISTERPRÄSIDENT

Chief Minister of Selangor YAB Dato' Amirudin Shari  
Pejabat Menteri Besar Selangor, Tingkat 21  
Bangunan Sultan Salahuddin Abdul Aziz Shah  
Shah Alam, Selangor, 40503  
MALAYSIA

(Anrede: Honourable Chief Minister / Sehr geehrter Herr Ministerpräsident)

E-Mail: [amirudinshari@selangor.gov.my](mailto:amirudinshari@selangor.gov.my) / Twitter: @AmirudinShar

**KOPIEN AN**

BOTSCHAFT VON MALAYSIA

Herrn Mohd Shahafeez Bin Shaharis

Gesandter-Botschaftsrat (Geschäftsträger a.i.)

Klingelhöferstr. 6, 10785 Berlin

Fax: 030-88 57 749 50

E-Mail: [mwberlin@malemb.de](mailto:mwberlin@malemb.de) oder [info@malemb.de](mailto:info@malemb.de) oder [consular@malemb.de](mailto:consular@malemb.de)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Bahasa Malaysia, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **30. Juni 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

**HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG**

Der auf dem betroffenen Gebiet lebenden Gemeinschaft zufolge hat der Druck durch Entwicklungs- und Abholzungsaktivitäten in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Jahr 2017 beantragte die malaysische Indigenenbehörde (Jabatan Kemajuan Orang Asli, JAKOA), dieses Gebiet als indigenes Land einzustufen. Entsprechende Maßnahmen der Regierung stehen noch aus. Das KLNFR ist zudem ein Torfswampwald, der als wichtiges Ökosystem eine klimaregulierende Funktion erfüllt. Der Umweltorganisation Global Environment Centre zufolge steht die vorgeschlagene Aufhebung des Reservatsstatus des KLNFR nicht im Einklang mit dem Strukturplan 2035 des Bundesstaates Selangor, dem zufolge 32 % der Waldfläche im Bundesstaat Selangor erhalten bleiben sollen. In ganz Malaysia beeinträchtigt die extensive Landerschließung indigene Bevölkerungsgruppen und stellt eine Bedrohung für ihr angestammtes Land, ihre traditionelle Lebensweise und ein breites Spektrum von Menschenrechten dar. Die indigene Bevölkerung Malaysias besteht aus über 67 ethnischen Gruppen, die 14 % der Bevölkerung des Landes ausmachen. Sie sind in fast allen Bundesstaaten und Territorien Malaysias ansässig und finden in der Verfassung des Landes besondere Beachtung. Trotzdem leiden sie nach wie vor unter einem unverhältnismäßig hohen Maß an Armut und sozialer Ausgrenzung, was zum Teil auf die fehlende formelle Anerkennung ihres Landes sowie auf die mangelnde Konsultation und keine freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Vorschlägen der Enteignung ihres Landes zurückzuführen ist. Dies macht es für die Gemeinschaften schwierig, wenn nicht gar unmöglich, gegen bereits eingeleitete Entwicklungsprojekte vorzugehen. Menschenrechtsverteidiger\_innen, die versuchen, die Landrechte der indigenen Bevölkerung zu verteidigen, zu schützen und zu fördern, sehen sich mit Schikanen, Einschüchterungen, Festnahmen und sogar Todesgefahr konfrontiert. Die malaysische Regierung hat 2007 für die Erklärung der Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) der Vereinten Nationen gestimmt, die sie zur Achtung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen auf freie Selbstbestimmung und des Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung verpflichtet. Die malaysische Regierung hat 1995 auch das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention) ratifiziert. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der die Konvention beaufsichtigt, erklärte, dass die „Nutzung von angestammtem Land von erheblicher Bedeutung für die Entwicklung und für den Kulturgenuss [indigener Kinder]“ sei. Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, müssten „die kulturelle Bedeutung von angestammtem Land und die Qualität der natürlichen Umgebung genau berücksichtigen“:

UA-023/2020-1 – AI-Index: ASA 28/3920/2020 – Datum: 30. März 2021 – ak

# AUSTRALIEN

## BLACK DEATHS IN CUSTODY – ABORIGINAL STERBEN IN POLIZEIGEWAHRSAM

Eine der Dauerkampagnen von Amnesty Australien befasst sich mit der Inhaftierung von Kindern. In Australien können Kinder schon mit 10 Jahren in Polizeigewahrsam genommen werden – mehrheitlich betrifft dies Aboriginal oder Torres Strait Islander Kinder.

In einem ähnlichen Lichte steht die aktuelle Amnesty-Australien-Kampagne zum 30-jährigen Bestehen der *Royal Commission into Deaths in Custody* (königliche Untersuchungskommission zu Todesfällen in Haft). Sie ist eine Kampagne gegen „Black Deaths in Custody“ – also gegen das Sterben Schwarzer Menschen in Polizeigewahrsam. Aboriginal Menschen machen inzwischen 29 % der Inhaftierten aus, aber lediglich 3 % der Gesamtbevölkerung. Von 1987-1991 untersuchte die Royal Commission 99 Todesfälle von Aboriginal Menschen in Polizeigewahrsam, Gefängnisaufenthalt oder Jugendhaftanstalten. Die 99 untersuchten Todesfälle stammen aus den Jahren 1980-1989. Das Ergebnis der Untersuchung: Aboriginal Menschen starben nicht öfter in Haft als Menschen ohne Aboriginal Herkunft. Allerdings befanden sich sehr viel mehr Aboriginal Menschen in Haft.

Die Royal Commission legte damals 339 detaillierte Empfehlungen vor, die bis heute nicht ausreichend umgesetzt wurden. Die Empfehlungen der Royal Commission befassen sich beispielsweise mit dem Gesundheitszustand von Aboriginal Menschen in Haft, mit dem Einbezug der Aboriginal Gemeinschaften oder mit den Alternativen zur Inhaftierung. Die Royal Commission gab Empfehlungen zu insgesamt 26 Themenfeldern.

Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen Deloitte untersuchte die Umsetzung dieser Empfehlungen und veröffentlichte 2018 seinen Bericht. Demnach wurden etwa 60 % der Empfehlungen vollständig umgesetzt. Deloitte fand aber heraus, dass noch immer mehr Aboriginal und Torres Strait Islander Menschen inhaftiert wurden als andere Australier/-innen.

Dieses Jahr am 15. April wurden die Empfehlungen der Royal Commission 30 Jahre alt. In diesen 30 Jahren starben über 450 Schwarze Menschen in Haft. Die Zivilgesellschaft fordert deshalb gerade jetzt die Umsetzung der Empfehlungen. Verwandt mit dem Kampf für die Umsetzung dieser Empfehlungen sind weitere Bemühungen der Zivilgesellschaft:

- Raise the age: Das Mindestalter für Inhaftierungen soll hochgesetzt werden.
- Close the gap: Die Gesundheit von Aboriginal und Torres Strait Islander Menschen soll verbessert werden, denn sie liegt weit unter dem Gesundheitszustand anderer Australier/-innen.
- Keep grog out of our communities: Auch Alkoholmissbrauch führt zu Inhaftierungen. Oft müssen Aboriginal und Torres Strait Islander Menschen dagegen protestieren, dass große Supermarktketten wie Woolworths Alkohol in ihren Gemeinschaften verkaufen.

Dies sind nur drei Beispiele für Themen, die mit den Todesfällen in Haft in Beziehung stehen.

In Australien gibt es relativierende Sichtweisen. Der Sydney Morning Herald veröffentlichte am 07. April einen Kommentar. Hier steht, unter Bezugnahme auf die oben genannte Royal Commission, dass Aboriginal Menschen sogar ein wenig seltener in Haft sterben als Menschen ohne Aboriginal Hintergrund.

Außerdem würden die Menschen an natürlichen Ursachen sterben und der insgesamt schlechtere Gesundheitszustand von Aboriginal Menschen wird angeführt. Es wird jedoch auch hier eingeräumt, dass mehr Aboriginal Menschen in Haft sind als Menschen ohne Aboriginal Hintergrund.

Der Kern des Problems: Wie damals werden heute noch viel mehr Aboriginal Menschen inhaftiert als andere Australier/-innen. Auch hierzu hat die Royal Commission 1991 Empfehlungen gemacht. Es müssen aber alle Empfehlungen der Royal Commission umfangreich umgesetzt werden.

Die Petition von Amnesty International „Stop Black Deaths in Custody“ finden sie im Anhang an den Artikel.

Royal Commission into Aboriginal Deaths in Custody (Englisch):  
<https://www.lib.latrobe.edu.au/research/ageofinquiry/biogs/E000178b.htm>

25 years since the Royal Commission into Aboriginal Deaths in Custody (Englisch):  
<https://www.aic.gov.au/publications/sb/sb17>

Empfehlungen der Royal Commission (Englisch):  
<http://www.austlii.edu.au/au/other/IndigLRes/rciadic/national/vol5/5.html#Heading5>

Deloitte-Bericht (Englisch): <https://www.niaa.gov.au/resource-centre/indigenous-affairs/review-implementation-royal-commission-aboriginal-deaths-custody>

Kommentar des Sydney Morning Herald (Englisch): <https://www.smh.com.au/national/thirty-years-on-from-the-royal-commission-let-s-set-the-record-straight-on-deaths-in-custody-20210405-p57gp8.html>

Gesundheit von Aboriginal und Torres Strait Islander Menschen (Englisch):  
<https://humanrights.gov.au/our-work/aboriginal-and-torres-strait-islander-social-justice/projects/close-gap-indigenous-health>

Sarah Ahrens, Theko Menschenrechte und indigene Völker



Sabine Kacha  
© Amnesty International  
Australien

## PETITION – STOP BLACK DEATHS IN CUSTODY

Seit 1991 - vor 30 Jahren - sind mehr als 450 Aborigines und Bewohner/-innen der Torres Strait Islands in Haft gestorben. Warum ist das Jahr 1991 so wichtig? Zu diesem Zeitpunkt gab die *Royal Commission into Deaths in Custody* 339 Empfehlungen an Regierungen ab, um sicherzustellen, dass es in Polizeigewahrsam und in Gefängnissen keine Todesfälle mehr gibt. 339 Empfehlungen die bis heute nicht umgesetzt wurden.



**STOP BLACK DEATHS IN CUSTODY**

**SIGN THE PETITION** ➔

© Sabine Kacha, Amnesty International Australien

Jeder der mehr als 450 Todesfälle in Gewahrsam seit 1991 war vermeidbar. Es ist ganz einfach: Die Empfehlungen müssen umgesetzt werden. Einige dieser Schlüsselempfehlungen, wie die Bekämpfung der Grundursachen von Inhaftierungen, die Reintegration Inhaftierter und das Entfernen von Gegenständen zum Suizid durch Erhängen aus Gefängnissen, müssen unbedingt umgesetzt werden. Noch schlimmer ist, dass niemand für diese Todesfälle verurteilt oder zur Rechenschaft gezogen wurde.

Die indigene Gemeinschaft Australiens kämpft seit Jahren für die Umsetzung dieser Punkte. Familien setzen sich trotz ihres Leidens weiterhin für Gerechtigkeit ein. Amnesty International steht an ihrer Seite!

**Fordern Sie gemeinsam mit uns den Generalstaatsanwalt und Minister für Indigene in Australien sowie die Generalstaatsanwälte und Minister für indigene Angelegenheiten dazu auf, Todesfälle von Aborigines in Gewahrsam zu verhindern, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und die Angehörigen zu unterstützen, die ohne Gerechtigkeit nur noch mehr leiden.**

Über diesen Link gelangen Sie zur Petition:

<https://action.amnesty.org.au/act-now/stop-black-deaths-in-custody?erid=08fea657-522b-4218-81df-5ba902ff755f&trid=08fea657-522b-4218-81df-5ba902ff755f&efndnum=000109519717>

## **DIE AUSTRALISCHE NATIONALHYMNE: AUS “FOR WE ARE YOUNG AND FREE” WIRD “FOR WE ARE ONE AND FREE”**

Die australische Nationalhymne „Advance Australia Fair“ von Peter Dodds McCormick wurde am 1. Januar 2021 offiziell an einer Stelle leicht geändert. Die Passage „For we are young and free“ wird nun als „For we are one and free“ gesungen. Aus „young“ wird also „one“, denn die Geschichte des australischen Kontinents und vor allen Dingen die First Nation Kulturgeschichte der Aboriginal and Torres Strait Islander People ist uralt. Seit mindestens 65.000 Jahren besiedeln die Aboriginal and Torres Strait Islander People den roten Kontinent – oder wie viele Aboriginal Elders angeben: „Since the beginning of time.“ Damit gelten die Aboriginal Australians als älteste noch existierende, multikulturelle Völkergemeinschaft der Erde, die bis zu 500 Nationen und Sprachen/Dialekte auf dem Kontinent vereint.

Die Änderung der Hymne soll ein Zeichen setzen. Das ist begrüßenswert und überfällig, denn Sprache ist Macht und Sprache drückt Macht aus. Ein wahrhaftiges Gefühl der Einigkeit wird jedoch erst entstehen können, wenn auch die Voraussetzungen für ein glückliches Leben in Freiheit („for we are one and free“) für alle gleichermaßen geschaffen werden.

Die Gefangenenquoten Australiens von First Nation People gehören zu den höchsten weltweit (s. Winterausgabe AI-Rundbrief TheKo Indigene Völker 2018; vgl. Grieves, Victoria (2017) in: *And there'll be NO dancing – Perspectives on Policies Impacting Indigenous Australia since 2007*). Die Hälfte aller Kinder in den australischen Gefängnissen sind Kinder indigener Abstammung – bei nur etwa 3 % indigener Bevölkerung (in Australien können schon 10-jährige Kinder ins Gefängnis kommen.). Seit 1999 sind mehr als 450 Aboriginal and Torres Strait Islander People in Haft gestorben. Ende 2019 waren 2.536 Erwachsene indigener Abstammung pro 100.000 Personen inhaftiert, verglichen mit lediglich 218 Gefangenen nicht-indigener pro 100.000 Erwachsenen.<sup>1</sup> Damit machen Aboriginal and Torres Strait Islander People 29 % aller Inhaftierten aus.<sup>2</sup>

Amnesty International Australia setzt sich seit Jahren für Gerechtigkeit auf dem australischen Kontinent ein. Dazu wurden verschiedene Petitionen gestartet.

### **1. Top Locking Up 10-Year-Olds In Prison**

soll darauf hinwirken, dass das Alter der möglichen Inhaftierung auf 14 Jahre angehoben wird: <https://action.amnesty.org.au/act-now/raise-the-age>

### **2. Northern Territory: Raise the age to 14. Call on the Northern Territory to end the practice of locking up 10-13-year-old-children.**

<https://www.amnesty.org.au/act-now/raise-the-age-to-14/>

### **3. Demand the release of children awaiting trial in prisons**

fordert, dass Kinder, die auf ihren Prozess warten, bis zur Urteilsverkündung nach Hause dürfen: <https://action.amnesty.org.au/act-now/demand-the-release-of-children-awaiting-trial>

---

<sup>1</sup> CRIKEY. vom 15. Juni 2020: What is the Indigenous incarceration rate in Australia? Online verfügbar unter: <https://bit.ly/3q2rYtu>

<sup>2</sup> Creative Spirits vom 7. Februar 2021: Aboriginal prison rates. Online verfügbar unter: <https://bit.ly/3wO7MBO>

#### 4. Call for the NT to ban 'police cages' for transporting kids

Amnesty Campaigner weisen kontinuierlich auf die grausame Praxis der australischen Polizei hin, in der Kinder in Käfigen bis zu fünf Stunden ohne Gurte, Licht, Sitze, Air Condition oder Heizung inhaftiert in die Gefängnisse verbracht werden: <https://action.amnesty.org.au/act-now/call-for-nt-ban-police-cages>

#### 5. Indigenous Justice. Stop Black Deaths in Custody

Es soll das Sterben Schwarzer Menschen in australischen Gefängnissen gestoppt werden. Siehe auch Artikel von Sarah Ahrens.

*Mehr Amnesty International Australia Petitionen unter:  
<https://www.amnesty.org.au/campaigns/indigenous-justice/#action>*

Quellen:

BBC News: <https://www.bbc.com/news/world-australia-55494542>

NITV Prison Demographics: <https://www.sbs.com.au/nitv/subject/prison-demographics>

Grievous, Victoria (2017): NATIONAL EMERGENCY 'And there'll be NO dancing'. Perspectives on Policies Impacting Indigenous Australia since 2007. Edited by Elisabeth Baehr and Barbara Schmidt-Haberkamp. Cambridge Scholars Publishing, Newcastle upon Tyne: 2017.

*Amnesty International Australia: [www.amnesty.org.au](http://www.amnesty.org.au)*

Jennifer Kringsel, Theko Menschenrechte und indigene Völker

E-Mail: ALEGRIA(AT)HAMBURG.DE

Twitter: Love First Nations@JenniferKringel

[www.australienneuseelandhawaii.de](http://www.australienneuseelandhawaii.de)

-----

## NORTHERN TERRITORY'S YOUTH JUSTICE PROPOSAL WINDS BACK DON DALE REFORMS

"Chief Minister Gunner has picked up the Royal Commission report and thrown it in the bin.

"Let's be clear: no one wants youth crime. But cracking down on Indigenous kids – because all the kids in the NT justice system are Indigenous – who have complex needs, by throwing them in jail fixes nothing.

"What it does is condemn young kids to the quicksand of the youth justice system, and it entrenches recidivism, which is what all the politicians say they want to address," Dillon said.

The Australian Bureau of Statistics found that there were 693 offenders aged between 10 and 17 years, a decrease of 9% from 2018–19.

“It’s illogical, but more than that, it’s not based on any evidence whatsoever. In fact, according to the Australian Bureau of Statistics, youth crime is on a downward trend across Australia, including in the Territory.



Amnesty International Australia is deeply concerned about proposed changes to the Northern Territory’s youth justice system which turns its back on the reforms made following the 2017 Royal Commission.

**“This is a callous, racist legislative crackdown in search of a problem”**  
Rodney Dillon, Amnesty International Australia Indigenous Rights Advocate

“We’d like the Gunner government to please show us the evidence that youth crime is rising. Anecdotes and perceptions don’t equal evidence.”

“Because we’d be more than happy to show them the evidence that sending kids to prison compounds disadvantage and offending behaviour.”

“If the people of the Northern Territory really want long-lasting and systemic change to address youth offending, then raising the age of criminal responsibility is the only logical, moral and evidence-based solution.”

“This government knows diversion and intervention programs work — they have made good decisions to fund these programs across the Territory. These amendments are reactionary, political and wrong.”

“Our society should be protecting and promoting the safety of children, and all the evidence shows that Indigenous and community-led justice reinvestment programs are what’s effective for children in supporting them to lead healthy lives, free of the quicksand of the justice system.”

Die Onlineversion dieses Artikels finden Sie unter:

<https://www.amnesty.org.au/nts-youth-justice-proposal-winds-back-don-dale-reforms/>

# KANADA

## „THIS IS WHAT WE FOUGHT FOR“

Der offene Brief „*This is what we fought for*“ von indigenen Expert/-innen und Wissensbewahrer/-innen unterzeichnet, beschreibt ihren langen Kampf hin zur Implementierung der „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“ im kanadischen Recht, die besondere Bedeutung einzelner Artikel wie das Recht auf Selbstbestimmung, die immer noch vorhandenen Widerstände auf diesem Weg und eine Perspektive für die Zukunft, die die neue Gesetzesvorlage Bill C-15 bietet.

Seit über einem Jahrzehnt arbeitet Amnesty International in enger Partnerschaft und Zusammenarbeit mit den Unterzeichner/-innen des Briefes und bedankt sich für ihren lang andauernden Kampf für die Menschenrechte. Die Anerkennung und der Schutz der Rechte indigener Völker ist entscheidend für die Achtung der Menschenrechte aller.

Wir haben uns entschieden, den von Amnesty International Kanada am 9. Februar 2021 veröffentlichten Brief in der Originalsprache abzdrukken.



„This is what we fought for“, © Amnesty International Kanada

**This is what we fought for<sup>1</sup>:**

### **An open letter in support of implementing the UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples**

For more than two decades, Indigenous leaders and human rights advocates fought to have the *UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples* adopted by the United Nations. Our goal was always to use the *Declaration* to bring about fundamental changes for the treatment of Indigenous peoples around the world including in Canada.

The Canadian Parliament is now debating a proposed new law that, if passed, would begin the process of collaborative implementation of the *UN Declaration*.

This bill, *Bill C-15: An Act Respecting the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*, is a unique opportunity to advance our rights and confront the harms to our people created by colonialism, racism and other forms of discrimination.

This is what we fought for.

### ***The United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples***

The purpose of the *UN Declaration* was always to hold governments accountable for recognizing, respecting and upholding our inherent rights as Indigenous peoples.

This includes the right to self-determination.

During the long process of negotiating the *UN Declaration*, many national governments tried to change the text in ways that would water down this right. However, Indigenous peoples fought against any language that would create a lesser standard of self-determination – and we succeeded.

Article 3 of the *Declaration* states that Indigenous peoples have the right to self-determination. There are no conditions or qualifiers in this Article. When you read the *Declaration* as a whole, it is also clear that the right to self-determination set out in Article 3 is the same right protected for all peoples in the UN Charter and the UN's core human rights Treaties.

The right to self-determination is a constant thread throughout the whole *Declaration*. It is found in articles that affirm our right to determine our own development strategies (Article 23) and to control our education systems (Article 14); our lands, territories and resources (Article 26); and our traditional knowledge (Article 31).

The *Declaration* also protects against racism and discrimination, including in its affirmation that Indigenous persons have “an equal right to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health (Article 24).”

The *Declaration* was drafted with the awareness that Indigenous peoples in many regions of the world have entered into Treaties and other agreements recognizing their rights. The *Declaration* calls on states to honour, respect, and enforce such Treaties (Article 37).

---

<sup>1</sup> Amnesty International Kanada, „This is what we fought for“, 9. Februar 2021, <https://www.amnesty.ca/blog/what-we-fought>

The *Declaration* also explicitly states that measures to implement the *Declaration* can never be used as an excuse to try to undermine or diminish any rights of Indigenous peoples, including those protected by Treaties.

### **Bill C-15**

Bill C-15 is completely consistent with the *UN Declaration*. Bill C-15 does not attempt to interpret the *UN Declaration* or alter its status as a global human rights instrument. Bill C-15 is about the federal government living up to the standards contained in the *Declaration*.

Bill C-15 builds on Bill C-262, the private Member's bill tabled by Romeo Saganash and championed by Indigenous advocates across Canada. Bill C-262 was passed by the House of Commons in 2018 but it never reached the final stage of becoming law because of procedural manoeuvres by Conservative Senators.

Bill C-15 requires the current government – and future governments – to work collaboratively with Indigenous peoples to develop a national implementation plan with priorities and deadlines, as well as to bring federal laws into line with the requirements of the *Declaration*.

These were the same key provisions found in C-262. However, Bill C-15 in some ways goes beyond Bill C-262, including the legal provision that an implementation plan “must include measures to address injustices, combat prejudice and eliminate all forms of violence and discrimination, including systemic discrimination.”

The introductory paragraphs of Bill C-15, its preamble, recognize that self-determination is an inherent right of Indigenous peoples. The preamble also rejects all “doctrines, policies and practices” of racial superiority. This includes the doctrines of Discovery and *Terra Nullius* that were the foundation of Canada's colonial laws and policies.

It should be emphasized that the preamble has legal significance for the interpretation of the Bill and can be used by Indigenous peoples in any dealings with the federal government.

Some commentators have mistakenly claimed that Bill C-15 tries to limit the *Declaration* to the confines of current interpretations of section 35 of the Constitution. This is false. Nowhere does the Bill limit how the *Declaration* can be interpreted and applied.

The Bill does include a standard clause, known as a “non-derogation clause”, that says that the Bill itself cannot be interpreted in a way that would take away rights already recognized under Section 35. Indigenous peoples have fought to have non-derogation clauses included in all federal legislation concerning our rights.

Other commentators have argued that Article 46(1) of the *Declaration* could be used to undermine Indigenous peoples' rights, including self-determination and Indigenous peoples' Treaties. Nothing could be further from the truth. The *Declaration* itself is clear that it cannot be used to diminish or take away rights. Furthermore, Bill C-15 contains strong language on self-determination and Treaty rights. This represents significant progress.

### **Moving forward**

When the *Declaration* was first brought to a vote at the United Nations, the Harper government tried to block its adoption. The federal government continued to oppose the *Declaration* for years before finally reversing its position. After Bill C-262 was passed by the House of Commons, a small group of Conservatives used stalling tactics to prevent it coming to a final vote in the Senate. Now that the

federal government has brought forward the new implementation bill that it had promised, a group of provinces have begun lobbying against it.

Advances in the recognition of Indigenous peoples' rights continue to be opposed by those forces who want to keep our peoples' in a state of colonial dependency. Unfortunately, there has been a lot of misinformation about the *Declaration*.

In our view, as Indigenous activists, scholars and leaders who have been deeply engaged in the long struggle to advance the *Declaration*, passage of Bill C-15 would create an important foundation for confronting colonialism and addressing the urgent needs of our Nations and communities. We cannot allow misinformation to stand in the way of realizing our fundamental human rights.

The opportunity to make fundamental progress in advancing the rights of Indigenous peoples is within our grasp. We must seize this moment.

**Signed by:**

Romeo Saganash, former M.P.

Chief Willie Littlechild, former Commissioner, Truth and Reconciliation Commission of Canada

Professor Mary Ellen Turpel-Lafond (Aki- Kwe), Director, Residential School History and Dialogue Centre, Professor of Law, University of British Columbia

Ellen Gabriel, Kanien'kehá:ka Activist from Kanehsatà:ke

Leah Gazan, M.P.

Professor Sheryl Lightfoot, Canada Research Chair of Global Indigenous Rights and Politics, University of British Columbia

Brenda Gunn, Faculty of Law, University of Manitoba

Professor Naomi Metallic, Chancellor's Chair in Aboriginal Law and Policy, Dalhousie University  
Hup-Wil-Lax-A Kirby Muldoe

Professor Lori Campbell, Director of Shatitsirótha' Indigenous Student Centre at the University of Waterloo

Grand Chief Abel Bosum, Cree Nation Government

Matthew Coon Come, former National Chief, former Grand Chief Cree Nation Government

Ted Moses, former Grand Chief Cree Nation Government, former Cree Nation Ambassador to the United Nations

# AMNESTY INTERNATIONAL KANADA DRÄNGT AUF EINE SCHNELLE VERABSCHIEDUNG DER GESETZESVORLAGE BILL C-15

Ana Collins, Beraterin der Kampagne für die Rechte indigener Völker von Amnesty International Kanada, erklärte am 3. Dezember 2020 zu der von der kanadischen Regierung ins Parlament eingebrachten Gesetzesvorlage Bill C-15<sup>1</sup>:

„Amnesty International begrüßt die Einbringung der Gesetzesvorlage Bill C-15, eines Bundesgesetzes zur Implementierung der „*UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*“ in kanadisches Recht und die Politik. Der Bill C-15 wird einen dringend benötigten und längst überfälligen Rahmen für die Bundesregierung schaffen, um mit den indigenen Völkern zusammenzuarbeiten und die Standards der UN-Erklärung in Kanada umzusetzen. Die Implementierung wird für den Siedlerstaat Kanada dazu führen, die Werte und das Rechtsverständnis zu respektieren, wie dies indigene Älteste und Wissensbewahrer/-innen erstmals vor fast 40 Jahren von einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen forderten. Da das Hauptziel des neuen Gesetzes die Schaffung eines Rahmens zur Implementierung indigener Rechte ist, fordert Amnesty International die kanadische Regierung dringend auf, dieses Gesetz schnell zu verabschieden. Die entscheidende Arbeit, Prioritäten zu setzen sowie Gesetze und Richtlinien in Zusammenarbeit mit indigenen Völkern zu reformieren, wird einen substantiellen politischen und sozialen Wandel gewährleisten, der die Rechte Indigener respektiert.“

„Allerdings sind wir über die gestrige Erklärung des Ministers für indigene Dienste, Marc Miller, enttäuscht, nach der die Bundesregierung ihr Versprechen nicht einhalten wird, alle langfristigen Trinkwasserwarnungen in First Nation Gemeinden bis März aufzuheben.<sup>2</sup> Obwohl die liberale Regierung viele Fortschritte bei der Aufhebung dieser Langzeitempfehlungen gemacht hat, wird dies nicht ausreichen, um jeder First Nation Gemeinschaft Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen, welches ein grundlegendes Menschenrecht ist. Die Bundesregierung weiß seit 2006, dass das Problem in erster Linie auf einen Mangel an Bundesmitteln zurückzuführen ist. Jetzt, 14 Jahre später, erfahren viele First Nation Gemeinden, dass sie weiterhin ohne sauberes Trinkwasser leben müssen. Das ist inakzeptabel.“

## What does Bill C-15 mean for Indigenous Rights in Canada?

Zu dieser Thematik können Sie hier das Youtube-Video einer Online-Diskussion mit Romeo Saganash, Brenda Gunn und Grand Chief Littlechild - indigene Expert/-innen und Unterzeichner/-innen des offenen Briefes - im Gespräch mit Ana Collins von Amnesty International anschauen: [here](#). Es geht dabei um Möglichkeiten und Herausforderungen der Gesetzesvorlage Bill C-15.

---

<sup>1</sup> Ana Collins, Amnesty International Kanada, 3. Dezember 2020, <https://www.amnesty.ca/news/canada-federal-government-must-quickly-pass-legislation-implement-undeclaration-rights>

<sup>2</sup> Bei einem Besuch in der Ojibwa-Gemeinde Pikangikum im Januar 2018 äußerte Premierminister Justin Trudeau seine Entschlossenheit zusammen mit seiner Regierung bis März 2021 die Trinkwasserprobleme in allen Reservaten zu lösen. Manuel Menrath, „Unter dem Nordlicht“ S. 342, Galiani Verlag Berlin 2020

## „NO MORE STOLEN SISTERS“ – „CHANGING THE STORY TO UPHOLDING DIGNITY AND JUSTICE“

Im letzten Rundbrief hatten wir ausführlich über die Situation verschwundener und ermordeter indigener Frauen und Mädchen in Kanada berichtet und dazu einen Aktionsaufruf zur Umsetzung der 231 Forderungen nach Gerechtigkeit des im Juni 2019 erschienenen nationalen Untersuchungsberichts „*Reclaiming Power and Place*“ veröffentlicht.

Nachdem die kanadische Regierung im Juni 2020 bekannt gegeben hatte, dass sich die Entwicklung des im Untersuchungsbericht geforderten, nationalen Aktionsplans wegen der Pandemie verzögere, gab sie im Dezember 2020 bekannt, dass die Arbeit zur Erstellung eines solchen Plans unter der Leitung der „*MMIWG<sup>1</sup> National Action Plan Core Working Group*“ begonnen hat. Es ist davon auszugehen, dass dabei die Aktionspläne der Provinzen und Territorien des Landes berücksichtigt werden. Bisher gibt es aber kaum Informationen darüber, wann ein endgültiger nationaler Plan verabschiedet werden soll oder wie die Befürworter/-innen an der Basis - von denen viele an der nationalen Untersuchung beteiligt waren - Hinweise und Empfehlungen geben können.

*Bridget Tolley* von der Kitigan Zibi Anishinabeg First Nation Gemeinschaft in Quebec ist eine der indigenen Aktivist/-innen an der Basis, die sich seit vielen Jahren für die Beendigung der Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen der First Nations, Inuits, Métis<sup>2</sup> und diverse geschlechtlichen Menschen in Kanada engagiert. Seitdem ihre Mutter, Gladys Tolley, am 5. Oktober 2001 von einem Polizeifahrzeug angefahren und getötet wurde, setzt sie sich dafür ein, dass die Polizei für ihren Tod zur Rechenschaft gezogen wird. Sie leitet „*Families of Sisters in Spirit*“, eine ehrenamtlich geführte Basisinitiative, die Angehörige von vermissten und ermordeten indigenen Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlichen Menschen in ganz Kanada unterstützt. Seit 2006 ist Bridget maßgeblich daran beteiligt, jedes Jahr am 4. Oktober eine Mahnwache vor dem kanadischen Parlament in Ottawa zu organisieren, bei der Angehörige zusammenkommen, um ihre vermissten und ermordeten Mütter, Tanten, Schwestern und Töchter zu ehren.

Am 18. Februar 2021 sprach eine Vertreterin von Amnesty International mit *Bridget Tolley* über ihr langjähriges künstlerisches Schaffen, ihren Aktivismus und ihre Ratschläge für die Arbeit von Amnesty International.<sup>3</sup> Bridget war maßgeblich an der Entwicklung des neuen Leitfadens der Kampagne „*No More Stolen Sisters*“ beteiligt. Dieser soll dazu dienen, Aktivist/-innen bei ihrem Engagement auf lokaler, provinzieller und territorialer Ebene zu unterstützen.

„*Es ist nun fast zwei Jahre her, dass die Nationale Untersuchung über vermisste und ermordete indigene Frauen und Mädchen abgeschlossen wurde. Welche Veränderungen haben Sie gesehen? Was ist Ihre Hoffnung für die Zukunft?*“

---

<sup>1</sup> MMIWG - Missing and Murdered Indigenous Women and Girls

<sup>2</sup> Die Métis gehören neben den First Nations und Inuit zu den 3 großen Gruppen indigener Völker Kanadas. Die Nachfahren schottischer und französischer Pelzhändler, die im 18. bzw. 19. Jahrhundert nach Kanada kamen und Beziehungen mit indigenen Frauen eingingen, verbindet eine gemeinsame Geschichte, eine eigene Sprache und Kultur.

<sup>3</sup> Amnesty International Kanada, „It’s all from our heart“ In conversation with Bridget Tolley of Families of Sisters in Spirit, 11. März 2021  
<https://www.amnesty.ca/blog/%E2%80%99Cit%E2%80%99s-all-our-heart%E2%80%9D-conversation-bridget-tolley-families-sisters-spirit>

*„Es wird immer schlimmer mit den Polizeimorden. Das macht mir sehr viel Angst und tut mir sehr weh. Außer das Berichte veröffentlicht werden, habe ich nicht viel gesehen. Ansonsten gibt es nicht allzu viel Veränderung. Was am meisten schmerzt, ist, dass es am 14. Februar 2021 30 Jahre her ist, dass die Frauen in Downtown Eastside von Vancouver angefangen haben zu marschieren. Ich habe geweint, weil wir uns immer noch an der gleichen Stelle befinden. Die Familien bitten immer noch um Hilfe. Ich muss jeden Tag jemandem helfen. Es ist schwer und mit COVID-19 ist es noch schlimmer, weil es nicht so viel Hilfe gibt, die wir anbieten können.*

*Ich bin schon seit 20 Jahren in dieser Bewegung. Ich weiß, dass es super hart ist und ich sehe die Leute, die gerade erst anfangen und es ist schwer, stark zu bleiben. Ich weiß, dass so viele aufgeben. Ich wollte auch schon Millionen Mal aufgeben. Auch heute noch möchte ich aufgeben. Es tut höllisch weh. Ich weiß nichts von diesem nationalen Aktionsplan. Ich spreche mit Leuten und es scheint, dass es noch weitere fünf Jahre dauern wird, bis wir diesen nationalen Aktionsplan bekommen. Wie viele Jahre wird es dauern? Für lange, lange Zeit haben wir keine Aktion gesehen. Es ist traurig. Es sind 30 Jahre vergangen. Es muss jetzt etwas getan werden. Jetzt. Nicht in fünf Jahren. Nicht in 10 Jahren.“*

In Reaktion auf den Nationalen Abschlussbericht von 2019 hat bisher nur das Territorium Yukon als erste und einzige Jurisdiktion der kanadischen Provinzen und Territorien am 10. Dezember 2020 eine Strategie zur Bekämpfung der Gewalt gegenüber indigenen Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlichen Menschen vorgestellt.<sup>4</sup> Ziel ist es, gemeinsam mit allen Beteiligten in Yukon eine Veränderung der Geschichte zu erreichen.

Ausgehend von den Forderungen des Abschlussberichts basieren die vorgeschlagenen Wege auf vier der identifizierten und immer noch bestehenden Gewaltursachen:

- einem historischen, generationsübergreifenden Trauma,
- einer sozialen und wirtschaftlichen Marginalisierung,
- der Aufrechterhaltung des Status quo und einem eklatanten institutionellen Mangel an moralischem und politischem Willen sowie
- einer Ignoranz gegenüber dem Fachwissen und der Handlungsfähigkeit indigener Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlicher Menschen.

Auf dieser Grundlage zeigt die Yukon Strategie vier Wege zur Veränderung der Geschichte auf - hin zu Würde und Gerechtigkeit. Dazu gehören:

- die Umsetzung einer koordinierten und effektiven Gewaltprävention, Intervention und Krisenreaktion in ganz Yukon. Diese sollen zu sichereren und gesünderen Gemeinschaften für indigene Frauen, Mädchen und diverse geschlechtliche Menschen beitragen.
- die Beendigung der Gewalt gegen alle indigenen Menschen in Yukon, insbesondere gegen Frauen, Mädchen und diverse geschlechtliche Menschen.
- eine Erhöhung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von indigenen Frauen, Mädchen und diverse geschlechtlichen Menschen und
- die Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins und Engagements, die Gewalt gegen indigene Frauen, Mädchen und diverse geschlechtliche Menschen in der Gemeinschaft zu beenden.

<sup>4</sup> „Changing the Story to Upholding Dignity and Justice: Yukons Missing and Murdered Indigenous Women, Girls and Two-spirit People Strategy“, 10. Dezember 2020, S. 4, 9  
wd-yukons-missing-murdered-indigenous-women-girls-two-spirit-people-strategy.pdf

## DIE KANADISCHE REGIERUNG MUSS OFFENLEGEN, WIE SIE EIN KANADISCHES BERGBAUUNTERNEHMEN IN GUATEMALA UNTERSTÜTZT HAT!

Irma Leticia Mendez, aus dem Weiler Agel, San Miguel Ixtahuacán, Guatemala, lebte seit 13 Jahren in ihrem Haus, als plötzlich, im Jahr 2006, die Wände Risse bekamen. Sie erklärt: "Die Minengesellschaft sagt, die Risse kämen von der Maismühle, die ich habe. Aber es liegt an den Explosionen unter der Erde."<sup>1</sup>



Irma Leticia Mendez in ihrem Haus. © Amnesty International

<sup>1</sup> Amnesty International Kanada, „Ottawa must disclose how it aided Canadian mining company“, 1. März 2021, <https://www.amnesty.ca/blog/ottawa-must-disclose-how-it-aided-canadian-mining-company>

Am 2. März 2021 wurde vor dem „*Federal Court of Canada*“ eine Klage verhandelt, in der der kanadischen Regierung vorgeworfen wird, Informationen über diplomatische Interventionen zugunsten der in Guatemala tätigen kanadischen Bergbaugesellschaft „*Goldcorp Inc.*“ in unzulässiger Weise zurückgehalten zu haben. Dem Unternehmen werden Menschenrechtsverletzungen in seiner Goldmine „*Marlin-Mine*“ zur Last gelegt.

Die Klage wurde von Shin Imai, Juraprofessor an der York University und Mitbegründer des „*Justice & Corporate Accountability Project*“ (JCAP) eingereicht und wird von mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt, darunter auch Amnesty International Kanada.

Die von „*Global Affairs Canada*“<sup>2</sup> bisher freigegebenen, wenn auch in vielen Details geschwärtzten Dokumente zeigen, dass kanadische Beamt/-innen im Auftrag von „*Goldcorp Inc.*“ mit Entscheidungsträger/-innen in Guatemala und Washington verhandelt haben, nachdem die *Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (IACHR)* im Jahr 2010 die Schließung der „*Marlin-Mine*“ gefordert hatte.

Bereits 2007 hatten 18 Maya-Mam-Gemeinden bei der „*Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten*“ (IACHR) eine Beschwerde wegen Menschenrechtsverletzungen, Umweltschäden und gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Bergbauaktivitäten des kanadischen Unternehmens „*Goldcorp Inc.*“ eingereicht. In ihrer Petition weisen sie darauf hin, dass die Gemeinden vor Inbetriebnahme der Goldmine nicht konsultiert worden waren (FPIC)<sup>3</sup> und dass durch den Abbau des Edelmetalls ihre Wasserressourcen erschöpft und verseucht würden und die Gesundheit der Anwohner/-innen gefährdet. Die Menschenrechtskommission (IACHR) ordnete daraufhin die Stilllegung als dringende Vorsichtsmaßnahme an, während sie den Fall weiter prüfte. Sie forderte Guatemala außerdem auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um "das Leben und die körperliche Unversehrtheit" der betroffenen indigenen Gemeinden zu garantieren, verunreinigte Wasserquellen zu reinigen und den Zugang zu Trinkwasser und ggf. auch zu medizinischer Versorgung sicherzustellen.

Zunächst sah es so aus, als würde Guatemala der Aufforderung der IACHR, die Mine zu schließen, nachkommen. Die guatemaltekeische Regierung kündigte im Juni 2010 an, dass sie ein Verwaltungsverfahren zur Aussetzung des Betriebs einleiten würde. Im Juli 2011 teilte sie dann aber mit, dass ihr administrativer Prozess keine ausreichenden Beweise für die Aussetzung ergeben habe und lehnte die Forderung der Menschenrechtskommission ab.

Diese änderte daraufhin ihre Anweisung und forderte die Regierung von Guatemala auf, "die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen", um sicherzustellen, dass das Wasser der Gemeinden nicht durch die Goldmine kontaminiert würde, forderte aber nicht mehr die Schließung des Betriebs.

Bis 2017 - als die Goldmine das Ende ihrer wirtschaftlichen Rentabilität erreicht hatte - wurde sie weiter betrieben.

"Gemeinden, die von den Auswirkungen der Goldmine betroffen sind, berichten uns, dass sie immer noch mit verschmutzten Flüssen, der Zerstörung heiliger Stätten und Sachschäden zu kämpfen haben. Viele Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser", so Jean Symes von „*Inter Pares*“.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Kanada

<sup>3</sup> „Free, prior, informed consent“ (FPIC), Artikel 19 der UN-Declaration on the Rights of Indigenous Peoples

<sup>4</sup> Amnesty International Kanada, „Ottawa must disclose how it aided Goldcorp in human rights dispute, Federal Court hears“, 2. März 2021, <https://www.amnesty.ca/news/ottawa-must-disclose-how-it-aided-goldcorp-human-rights-dispute-federal-court-hears>

In der Klage bittet Professor Imai das Gericht, eine Offenlegung weiterer Details durch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten anzuordnen. Diese könnten klären, inwieweit kanadische Beamte/-innen die Menschenrechtskommission und die guatemaltekeische Regierung dazu gedrängt haben, im Interesse von „*Goldcorp Inc.*“ zu handeln, ohne die Bedenken der indigenen Gemeinden und ihr Recht auf vorherige Konsultation (*FPIC*) zu berücksichtigen und damit auch gegen Kanadas internationale Menschenrechtsverpflichtungen gehandelt zu haben.

Die kanadische Öffentlichkeit muss in der Lage sein - so Shin Imai, das Ausmaß zu überprüfen, in dem die kanadische Regierung im Dienste der Interessen von „*Goldcorp Inc.*“ gehandelt hat, während sie die Bemühungen der indigenen Gemeinden, ihre Rechte zu verteidigen, untergraben hat.

Bisher weigert sich die Regierung, die geschwärzten Informationen freizugeben. Sie verweist auf die Vertraulichkeit der von der Regierung Guatemalas und der „*IACHR*“ erhaltenen Informationen und damit verbunden einer wahrscheinlichen Schädigung der internationalen Beziehungen Kanadas oder der Wettbewerbsposition von *Goldcorp Inc.*

Marianne Kersten, Theko Menschenrechte und indigene Völker

# USA

## DIE SOUVERÄNITÄT DER INDIGENEN VÖLKER IN OKLAHOMA

### EINE WEGWEISENDE ENTSCHEIDUNG DES OBERSTEN GERICHTSHOFS DER U.S.A. UND DIE REAKTION DER GAS- UND ÖLINDUSTRIE

#### Das Urteil

In der Entscheidung *Mc Girt vs. Oklahoma* vom 9. Juli 2020 bestätigte der Oberste Gerichtshof der USA (U.S. Supreme Court), dass die östliche Hälfte des Staates Oklahoma „Indian Country“ ist, rechtlich also ein Land, das durch die Indigenen selbst verwaltet wird.

Der Gerichtshof entschied, dass die von den Anführern der Muscogee (Creek) Nation unterzeichneten Verträge aus dem 19. Jahrhundert weiter gelten. Ein Vertrag von 1833 definierte die Grenzen des Reservats als "dauerhafte Heimat für die gesamte Creek Nation". Ein weiterer Vertrag vom 1856 versprach, dass das "Creek Land" niemals einem anderen Territorium oder einen Staat angegliedert werden würde und dass die Creeks das "uneingeschränkte Recht auf Selbstverwaltung" haben würden, mit "voller Gerichtsbarkeit" über Stammesmitglieder und deren Eigentum.

Der Staat Oklahoma hatte in dem Prozess wie auch in der Verwaltungspraxis der letzten Jahrzehnte die Auffassung vertreten, dass das Creek-Reservat während der sogenannten "Allotment-Ära" aufgelöst worden war. Der Obersten Gerichtshof wies diese Argumentation jedoch zurück: Schon in früheren Urteilen hatte er entschieden, dass Allotment-Vereinbarungen nicht automatisch Reservate aufgelöst hatten. Auch weitere Argumente des Staates Oklahoma gegen bestehende Reservate, z.B. der Verweis auf die Verwaltungspraxis und bestehende widersprechende Gesetze, wurden vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen.

Diese Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die „alten Verträge“ als weiter wirksam anzuerkennen, hat auch Bestand für andere indigene Völker in Oklahoma und in den gesamten U.S.A. Es ist das folgenreichste Urteil zum Recht indigener Völker in der jüngeren amerikanischen Geschichte, eine Entscheidung, auf die indigene Völker seit über 100 Jahren gewartet haben.

Der Dawes Act oder auch **General Allotment Act** von 1887 ermächtigte den U.S. Präsidenten, indigenen kommunalen Landbesitz an Familienoberhäupter und Einzelpersonen aufzuteilen und an nicht-Indigene zu verkaufen. Im Gegenzug konnten die Indigenen U.S. Bürger werden. Dadurch sollten die traditionellen Landbesitzsysteme in ein staatlich verordnetes System von Privateigentum umgewandelt werden. Durch den Allotment Act übertrug die Regierung über 90 Millionen Hektar Indigenes Land an nicht-Indigene.

#### DIE REAKTION DER ÖL- UND GASINDUSTRIE

Für die Öl- und Gasindustrie in Oklahoma war das Urteil jedoch ein Schock. Nur elf Tage nach Verkündung der *McGirt*-Entscheidung, kündigte der Republikanische Gouverneur Kevin Stitt die Gründung einer „Kommission für kooperative Souveränität“ an, die dem Staat und dem Kongress Empfehlungen geben sollte, wie mit dem Urteil umzugehen sei. Trotz der Anspielung des Namens der Kommission auf

die Selbstverwaltung der Indigenen, enthält diese keine Indigenen-Vertreter/-innen, sondern vor allem Vertreter/-innen der Öl- und Gasindustrie.

Im Oktober 2020 stellte die Kommission dann zusammen mit Vertreter/-innen der Industrie und ihren Verbündeten das Papier "One Oklahoma" vor, dort heißt es "Oklahomas Gründerväter wussten, dass das Wort 'Souveränität' nur dann eine Bedeutung haben würde, wenn sie alle Oklahomer - Indigene und Nicht-Indigene gleichermaßen - in ihren neuen Staat und seine Regierung integrieren würden". Außerdem sollten Gesetze konsequent auf alle Oklahomaner/-innen angewendet werden, "unabhängig von Race, Geschlecht oder Zugehörigkeit."

Das Papier verkennt damit, dass die indigenen Nationen keine „racial“ Gruppen sind, sondern staatliche und politische Einheiten repräsentieren. Auch die Stammesführer/-innen wiesen darauf hin, dass „One Oklahoma“ einen Großteil der wahren Geschichte Oklahomas ignoriert: "Die Staatlichkeit wurde uns übergestülpt, ohne unsere Zustimmung, weil wir zu dieser Zeit nicht als Bürger der Vereinigten Staaten galten", sagte Casey Camp Horinek, der Umweltbotschafter der Ponca Nation von Oklahoma, die ebenfalls von den Interessen der Industrie betroffen ist.

„Race“ im Englischen meint ein soziales Konstrukt, das nicht mit dem deutschen Begriff „Rasse“ übersetzt werden kann, weil sich „Rasse“ auf biologische Merkmale bezieht.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Konflikt zwischen der Öl- und Gasindustrie und den indigenen Völkern weiterentwickelt, insbesondere ob und wie die Regierung von Oklahoma das Urteil umsetzen wird. Bis jetzt hat es abgesehen von einem Kennenlernetreffen keine formalen Besprechungen zwischen den Muscogee (Creek) und der Regierung gegeben, so der oberste Anführer David Hill. Vieles deutet darauf hin, dass die Regierung alles daran setzten wird, den Status quo vor dem Urteil so weit wie möglich beizubehalten.

### **DER FALL MCGIRT UND DIE GERICHTSBARKEIT AUF INDIGENEM LAND**

Der Fall McGirt hat eigentlich nichts mit der Öl- und Gasindustrie zu tun, sondern mit der Zuständigkeit der Gerichte auf indigenem Land. Jimmy McGirt, der wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern vom Obersten Gericht von Oklahoma zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, argumentierte, dass das Land, auf dem er die Verbrechen begangen hatte, als Reservat zu betrachten sei, und darum nicht die Gerichte von Oklahoma, sondern Bundesgerichte zuständig seien.

Der Oberste Gerichtshof bestätigte, dass der Fall vor einem Bundes- und nicht vor einem Landesgericht hätte verhandelt werden müssen: Der Major Crimes Act von 1885 sieht vor, dass Bundesgerichte die ausschließliche Zuständigkeit (Jurisdiction) über Indigene haben, die bestimmte schwere Straftaten auf indigenem Land begangen haben.

Das Urteil wird außerdem rechtliche Auswirkungen auf die Besteuerung, das Geschäfts- und Eigentumsrecht und die kommunalen Vorschriften haben, und es könnte die seit langem ausgeübte Kompetenzverteilung zwischen dem Staat Oklahoma und der Föderalregierung der U.S.A. ändern.

#### **Quellen:**

“Inside the Oil Industry’s Fight to roll back tribal sovereignty after supreme court decision” vom 10.3.2021: <https://theintercept.com/2021/03/10/oklahoma-mcgirt-oil-industry-kevin-stitt/>

“Supreme Court’s earthshaking decision: Eastern Oklahoma is still Indian Country” vom 13. Juli 2020 <https://www.peoplesworld.org/article/supreme-courts-earthshaking-decision-eastern-oklahoma-is-still-indian-country/>

U.S. Supreme Court Urteil vom 9. Juli 2020 im Fall *McGirt vs. Oklahoma*  
[https://www.supremecourt.gov/opinions/19pdf/18-9526\\_9okb.pdf](https://www.supremecourt.gov/opinions/19pdf/18-9526_9okb.pdf)

Zur Allotment Ära: <https://www.nps.gov/articles/000/dawes-act.htm>

Pressemitteilung des Gouverneurs Stitt vom 20. Juli 2020 zur Bildung der Kommission:  
[https://www.governor.ok.gov/articles/press\\_releases/governor-stitt-forms-commission-to-advise-state](https://www.governor.ok.gov/articles/press_releases/governor-stitt-forms-commission-to-advise-state)

Mayor Crimes Act 18 U.S.C. § 1153: <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/18/1153>

Imke Vonalt, Theko Menschenrechte und indigene Völker

-----

## DEB HAALAND IST DIE ERSTE INDIGENE INNENMINISTERIN DER USA

Mit der Wahl von Innenministerin Deb Haaland am 15. März 2021 ist zum ersten Mal in der Geschichte der USA eine Indigene als Ministerin ins Kabinett der Regierung gerufen worden. Zu ihrer Wahl schrieb sie auf Twitter: "Im Pueblo-Haushalt meiner Mutter aufzuwachsen, hat mich kämpferisch gemacht. Ich werde kämpferisch sein für uns alle, unseren Planeten, und das alles für unser geschütztes Land."<sup>1</sup>

Als Innenministerin ist sie vor allem für die staatseigenen Gebiete zuständig. Dazu gehören riesige Landflächen, die Nationalparks, die Reservate der indigenen Bevölkerung, Wasserwege aber auch Entscheidungen über die Art der Energiegewinnung und die Ausweisung von Naturschutzgebieten. Ein großer Teil dieses Landes befindet sich in den westlichen Bundesstaaten, in denen sich auch die meisten Reservate der indigenen Völker befinden und das reich an Bodenschätzen wie Gas, Öl, Uran und Kohle ist.

In der Vergangenheit hat die Frage der Landnutzung immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Regierenden und indigenen Gemeinschaften geführt, denn vielen geht es besonders um den Schutz ihres Landes.

Deb Haaland unterstützt den sogenannten „*Green New Deal*“, ein Programm, das für einen klimafreundlichen Umbau der US-Wirtschaft steht.

Da in ihren Aufgabenbereich auch die Angelegenheiten der Indigenen fällt, sehen viele in ihr eine Ministerin, die sich für ihre Rechte und die Natur einsetzen wird.

Marianne Kersten, Theko Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>1</sup> „Deb Haaland soll erste indigene Ministerin werden“, „Süddeutsche Zeitung“, Freitag, 18.12.2020, 06.57 Uhr

## EYES ON THE FUTURE

In ihrem offenen Brief „*Eyes on the Future*“ fordern Vertreter/-innen indigener Organisationen, Gruppen und Institutionen aus aller Welt den neu gewählten amerikanischen Präsidenten Joe Biden auf, die grundlegende Rolle indigener Völker bei der Bewältigung der dringendsten Herausforderungen dieser Welt anzuerkennen und zu würdigen, auf nationaler und internationaler Ebene zum Verfechter der Rechte indigener Völker zu werden und partnerschaftlich mit ihnen zusammen zu arbeiten.

### LATEST NEWS

#### EYES ON THE FUTURE: AN OPEN LETTER TO PRESIDENT BIDEN FROM INDIGENOUS PEOPLES

January 26, 2021<sup>1</sup>

Dear President Biden,

Congratulations to you and Vice President Harris on your historic election. We pray for the success of your administration and your efforts to confront the COVID-19 pandemic, reduce global conflicts, respond to challenges presented by global climate change, and restore the ecological integrity of the planet.

Today, as we begin the work of Building Back Better, we are confident that you and Vice President Harris recognize and will honor the fundamental role of Indigenous peoples in addressing the world's most urgent challenges, including global climate change, biodiversity loss, extreme poverty, and other social and environmental conflicts.

The Trump administration has done enormous harm over the past four years to the relationship between the U.S. government and Indigenous peoples, not only in the United States but also around the world. It is of the utmost importance that your administration and the 117th Congress take urgent action to repair this damage.

Domestically, this means restoring government-to-government relations with Tribes; honoring the government's treaty and trust obligations; investing in Tribal health, education, and economic development programs; and promoting Tribal sovereignty and self-determination.

Internationally, the United States must become a champion for Indigenous Peoples' rights and, in our foreign policy and foreign assistance, engage Indigenous Peoples as partners — through their own social, political, and legal institutions — in addressing the world's most urgent challenges and in advancing security, prosperity, sustainability, and peace.

As we begin the work of Building Back Better, we humbly, hopefully, and insistently urge your administration to carry out the following actions in the first 100 days of your presidency:

1. Draft a National Action Plan for implementation of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples.
2. Secure permanent protection for the Arctic National Wildlife Refuge, and halt construction of the Dakota Access and Enbridge Line 3 pipelines.

---

<sup>1</sup> <https://www.landislife.org/eyes-on-the-future-an-open-letter-to-president-biden-on-indigenous-peoples-884/>

3. Secure permanent protection for the sacred sites Mauna Kea, Bears Ears National Monument, and Grand Staircase-Escalante National Monument.
4. Reengage and revitalize the Trilateral Working Group on Violence Against Indigenous Women and Girls (U.S., Canada, Mexico).
5. Commit to engaging and supporting the work of United Nations bodies that address Indigenous peoples' rights, including UN Permanent Forum on Indigenous Issues, the UN Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples, and the UN Special Rapporteur on the Rights of Indigenous Peoples, and provide funding for the UN Voluntary Fund for Indigenous Peoples.
6. Make Indigenous Peoples' issues a standing agenda item at the UN Security Council.
7. Commit to transforming USAID's development model to one that is based on human rights, a model that — with regard to Indigenous peoples — invests in strengthening their collective rights to lands, territories, and resources; recognizes and respects their right to self-determination; and embraces a standard of free, prior, and informed consent.
8. Commit to promoting and implementing effective actions for the protection and respect of the human rights of Indigenous defenders globally.
9. Confirm that Indigenous Peoples will have a prominent, meaningful space in the 2021 Global Summit for Democracy.
10. Pardon and free Leonard Peltier.

Nominating a daughter of the Laguna Pueblo, Rep. Deb Haaland, as the next Secretary of the Department of the Interior is an inspired, important choice. We believe that she is uniquely qualified for this position, and we are confident that she has the vision and wisdom needed to usher in a new era of true government-to-government relations between the United States and Native American Nations; an era that not only recognizes but also celebrates the role of Native Americans in creating a stronger, more sustainable, more resilient USA.

Revoking the permit for the Keystone XL pipeline on your first day in office also fills us with hope, but, as you know, there is so much more work to do.

As you asserted in your inaugural address to the nation, "there's much to repair, much to restore, much to heal, much to build, and much to gain." For Indigenous Peoples, these words carry enormous significance. Only a strong resolve, together with bold and visionary actions, will enact systemic change and stop the long historical process of dispossession of Indigenous lands and violations of their rights.

Amanda Gorman, the youngest inaugural poet in U.S. history, said during your inauguration ceremony, "While we have our eyes on the future, history has its eyes on us." President Biden, you have the unique opportunity and power to change history and set strong foundations to begin moving toward a future where Indigenous peoples are allowed to assume their rightful role as partners in creating a more just and sustainable world; where they are self-determined, and their collective rights to territories, resources, and knowledge are recognized and respected.

We are prepared and motivated to collaborate with your administration in moving forward toward this brighter future.

**Brian Keane**, Former Member of the United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues (UNPFII), Former Advisor — Indigenous Peoples' Issues — USAID and Land is Life Co-Founder and Board Member

**Casey Box**, Executive Director, Land is Life

**Mariam Wallet Aboubakrine**, Tin Hinane Association — Mali, Former UNPFII Chair, Land is Life Board Member

**Marcos Terena**, Inter Tribal Committee (ITC) — Brazil and Land is Life Co-Founder and Board Member

**Cecilia Baltazar Yucailla**, Kichwa Indigenous leader from Ecuador and Land is Life Board Member

**Gleb Raygorodetsky**, Land is Life Board Member

**Bernadette Demientieff**, Gwich'in Steering Committee Executive Director

**Gregorio Mirabal**, Coordinator of Indigenous Organizations of the Amazon Basin (COICA)

**Jiten Yumnan**, Centre for Research and Advocacy, Manipur – India

**Jackson Shaa**, Narasha Community Development Group, Kenya

**Daniel Kobei**, Ogiek Peoples' Development Program (OPDP), Kenya

**Gloria Ushigua**, Sapara Indigenous activist from Ecuador

**Alicia Weya Cahuiya**, Waorani Indigenous activist from Ecuador

**Killa Becerra**, Inga Indigenous activist from Colombia

**Ole Kaunga**, IMPACT Kenya and PARAN Alliance

**Basiru Isa**, The Network of Indigenous Peoples and Local Population for the Sustainable Management of Forest Ecosystem in Central Africa (REPALEAC)

**Nicolas Salazar Sutil**, Forest Guardians

**Elias Kimaiyo**, Sengwer Indigenous Community, Kenya

**Tezera Getahun**, Pastoralist Forum Ethiopia (PFE)

*On behalf of Land is Life, an international coalition of Indigenous Peoples.*

# AMERIKAS

## AMNESTY INTERNATIONAL REPORT 2020/21 - REGIONALKAPITEL-AMERIKA 2020<sup>1</sup> (AUSZUG)

Berichtszeitraum: 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020

**Der gesamte amerikanische Kontinent war zu Beginn des Jahres 2020 die Region mit der weltweit größten sozialen Ungleichheit. Diese Situation wurde durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch zusätzlich verschärft. Unter den davon am stärksten Betroffenen waren Angehörige marginalisierter Gruppen, deren Armut bis zum Jahresende noch weiter ansteigen sollte. Die von den Regierungen zur Bekämpfung der Krise ergriffenen Maßnahmen hatten weitreichende Auswirkungen auf die Menschenrechte, mit oft verheerenden Folgen.**

### RECHTE INDIGENER BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Die auf dem amerikanischen Kontinent lebenden indigenen Bevölkerungsgruppen waren von der Corona-Pandemie stark betroffen, da sie keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser, sanitären Einrichtungen, Gesundheitsdiensten und Sozialleistungen hatten. Außerdem fehlten kultursensible Mechanismen zum Schutz ihres Rechts auf Gesundheit und Lebensunterhalt. Besonders gravierend war die Situation in Argentinien, Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Paraguay, Peru und Venezuela.

In vielen Ländern kamen die Regierungen nicht ihrer Verpflichtung nach, vor der Genehmigung großer Rohstoff-, Landwirtschafts- und Infrastrukturprojekte die freie, vorherige und informierte Zustimmung der davon betroffenen indigenen Bevölkerungsgruppen einzuholen. In Argentinien zeigten sich indigene Bevölkerungsgruppen weiterhin besorgt darüber, dass Projekte zum Lithium-Abbau auf ihrem traditionellen Land geplant wurden, ohne dass vorher die Zustimmung der Betroffenen eingeholt worden war. In mehreren Ländern wurde der Bergbau während der Pandemie zu einem systemrelevanten Wirtschaftssektor erklärt, wodurch die indigene Bevölkerung dem Risiko einer Ansteckung mit dem Coronavirus ausgesetzt war.

In Brasilien wurden die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und anderer traditioneller Gemeinschaften weiterhin durch illegalen Bergbau, Brandrodung und die Beschlagnahme von Land für illegale Viehzucht und agroindustrielle Unternehmen bedroht. Das Nationale Institut für Weltraumforschung registrierte zwischen August 2019 und Juli 2020 in Brasilien einen Anstieg der Waldzerstörung um 9.5 % gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

In Kanada gab es einige Fortschritte bei der Anerkennung der Landrechte indigener Bevölkerungsgruppen. Das kanadische Bundesberufungsgericht wies jedoch eine Beschwerde indigener Gruppen gegen den Bau der Trans-Mountain-Erdölpipeline ab.

**Die Regierungen müssen das Recht indigener Bevölkerungsgruppen auf freie, vorherige und informierte Zustimmung zu allen Projekten gewährleisten, die substantielle Auswirkungen auf ihre Rechte haben.**

---

<sup>1</sup> Amnesty International Report 2020/21,  
<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/regionalkapitel-amerika-2020>

# MEXIKO

## GEWALT GEGEN MÄDCHEN UND FRAUEN

Während der Corona-Pandemie hatte Mexiko angekündigt einige Projekt- und Programmunterstützungen zu reduzieren, um sämtliche durch die Pandemie erforderlichen Maßnahmen durchführen zu können. Hierunter fielen auch Kürzungen der Mittel für Zentren für indigene und afro-amerikanische Frauen sowie der Nationalen Kommission zur Verhinderung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen – die jedoch dank eines weltweiten Protestes nicht in die Tat umgesetzt wurden.

Dennoch sind die Zahlen der allein im Jahr 2020 begangenen Gewalttaten gegenüber Frauen und Mädchen, die Amnesty International im Menschenrechtsreport 2020/21 veröffentlicht hat, erschreckend: 3752 Frauen wurden in Mexiko getötet, bei 969 Frauen gab es gar genug Indizien, um Ermittlungen hinsichtlich des Straftatbestands des Femizids seitens der Generalbundesanwaltschaft zu eröffnen. Die Gefahr, der sich Frauen und Mädchen im vergangenen Jahr ausgesetzt sahen, zeigt sich auch in den Notfalleinrufen zur Meldung von gewalttätigen Angriffen gegenüber Frauen: waren es im Jahr 2019 schon 197.693, erhöhte sich die Anzahl im Folgejahr 2020 auf 260.076 Anrufe.

Trotz dieser hohen Zahl wird die Gewalttätigkeit gegenüber Frauen und Mädchen nicht vollumfänglich anerkannt. Obgleich nach den oben erwähnten Protesten Kürzungsabsichten für nationale Zentren verworfen wurden, sind dennoch im Juli 2020 etwa 75% der operativen Mittel des Nationalen Fraueninstituts gekürzt worden. Dies änderten weder Besetzungen von Behörden noch zahlreiche Proteste. Einundzwanzig Mechanismen in 18 mexikanischen Bundesstaaten für Notfallmaßnahmen in Fällen geschlechtsbasierter Gewalt waren zwar gemäß dem Gesetz über den Zugang der Frauen zu einem Leben ohne Gewalt aktiv, doch schienen diese Gegenmaßnahmen Ende 2020 nicht den erhofften Erfolg erzielt zu haben.

-----

## SITUATION VON MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER/-INNEN

Die Gefährdungslage von mexikanischen Menschenrechtsverteidiger/-innen hat sich nicht verbessert. Laut diverser zivilgesellschaftlicher Organisationen sind 24 Menschen, die sich für Menschenrechte einsetzen, getötet worden. Für die indigenen Gemeinden in Mexiko ist insbesondere das Großprojekt *Tren Maya* ein Grund für Besorgnis: für das exorbitante Bahnprojekt sollen indigene Personen, die im geplanten Bahnverlauf leben, ihren Wohnort verlassen. Darüber hinaus werden Umweltbelange missachtet, so die indigenen Menschen vor Ort – die dafür von ihrem Präsidenten Obrador als „falsche Umweltschützer“ beschimpft werden. Dabei stehen sie mit ihrer Kritik gegenüber *Tren Maya* nicht allein: sechs UN-Sonderberichterstatter/-innen haben in einem gemeinsamen Bericht die mexikanische Regierung über eine Vielzahl von Bedenken informiert. So seien etwa nicht „nur“ negative Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten, sondern auch die Verletzung der Landrechte indigener Menschen.

## ESCAZÙ-ABKOMMEN

In Anbetracht des *Tren Maya*-Projekts erscheint die Ratifizierung des sogenannten Escazù-Abkommens weniger erfreulich. Das „Abkommen über den Zugang zu Informationen, Teilhabe und Gerechtigkeit in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und der Karibik“ (genannt Escazù-Abkommen nach dem Ort in Costa Rica, wo es unterzeichnet wurde) enthält strenge Schutzbestimmungen für Verteidiger/-innen der Menschenrechte sowie diverse Bestimmungen und juristische Neuerungen des Umweltschutz betreffend. So ist in diesem Abkommen z.B. die Beweispflicht umgekehrt worden: von Umweltschäden Betroffene müssten demnach einen solchen nicht selbst nachweisen/beweisen, sondern die vermeintlichen Schädiger/-innen müssen ihre Nichtschuld beweisen. Ein Meilenstein zugunsten des Umweltschutzes und derjenigen, die diesen verteidigen.

Mexiko ratifizierte das Escazù-Abkommen im November 2020. Damit wurde dieses nun in 24 von 33 Staaten ratifiziert. Da Mexiko bereits vor diesem Abkommen Schutzmechanismen für Menschenrechtsverteidiger/-innen implementiert hatte und sich dennoch viele dieser Engagierten Bedrohungen ausgesetzt sahen (man denke u.a. an den Mord an dem Raramuri-Führer Juan Carillo im Jahr 2018, s.u.), wird es abzuwarten bleiben, welchen Einfluss das Escazù-Abkommen in der Realität haben wird.

Quelle: Amnesty International Report zur weltweiten Lage der Menschenrechte 2020/21, S. 60 ff.

-----

## JULIÁN CARRILLO: VERFAHREN GEGEN ZWEITEN MUTMASSLICHEN TÄTER BEGINNT

Am 24. Oktober 2018 wurde Julián Carrillo, der sich gemeinsam mit seinem Sohn Victor aufgrund der zunehmenden Drohungen gegen seine Person im Gebirge von Sierra Tarahumara versteckte, von Unbekannten ermordet. Der Prozess gegen die mutmaßlichen Täter begann am 02. Februar 2021, nachdem bereits im Dezember 2020 eine weitere Person der Tat schuldig gesprochen und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde.

Über das Verfahren werden wir im Rundbrief weiter berichten. Zu weiteren Informationen der Situation indigener Gemeinden im mexikanischen Sierra Tarahumara und dem Mord an Julián und Victor Carrillo empfiehlt sich der Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2019 (AMR AMR 41/9554/2019), abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR4195542019ENGLISH.PDF>

Bericht zum Beginn der Gerichtsverhandlung (Englisch): <https://cedehm.org.mx/en/2021/02/03/trial-for-the-murder-of-indigenous-human-rights-defender-julian-carrillo-martinez-begins/>

Alexandra Obermüller, Theko Menschenrechte und indigene Völker

# GUATEMALA

## FRIEDLICHER INDIGENER WIDERSTAND GEGEN WASSERKRAFTPROJEKTE

Laut Jahresbericht 2020/2021 von Amnesty International haben nach Angaben der Einheit für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger/-innen in Guatemala (UDEFEQUA<sup>1</sup>), einer lokalen Menschenrechtsorganisation, die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger/-innen im Jahr 2020 im Vergleich zu den Vorjahren zugenommen. Bis zum 15. Dezember wurden insgesamt 1.004 Angriffe registriert. Diejenigen, die Land, Territorium und Umwelt verteidigen, waren besonders gefährdet.

Das **Recht auf eine gesunde Umwelt** ist in Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Artikel 29 der UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker und Artikel 11 des Zusatzprotokolls zur Amerikanischen Menschenrechtskonvention im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verankert. Verteidiger/-innen auf der ganzen Welt, die sich für den Schutz und die Förderung der Rechte auf Territorium, die Umwelt sowie die Rechte, die mit dem Zugang zu Land verbunden sind, einsetzen, sind einem großen Risiko ausgesetzt, wegen ihrer Aktivitäten angegriffen zu werden. Lateinamerika ist die gefährlichste Region für Menschen, die zu diesen Themen arbeiten.<sup>2</sup>

### WASSERKRAFTPROJEKTE IM GEBIET VON ALTA VERAPAZ: DER FALL BERNARDO CAAL XÓL

Wie gefährlich die Situation für Menschen- und Umweltverteidiger/-innen sein kann, hat auch Bernardo Caal Xól erfahren.<sup>3</sup> Er ist Mitglied des Volkes der Maya-Q'eqchi', Lehrer und Gewerkschafter, der sich für seine Gemeinschaft gegen den Bau eines Wasserkraftwerkprojektes am heiligen Fluss Cahobón einsetzt. Seit 2015 lehnte Bernardo das Wasserkraftwerkprojekt Oxec I und II friedlich ab. Er und andere führende Persönlichkeiten wurden von 56 Gemeinden in Santa María Cahabón beauftragt, rechtliche Schritte einzuleiten, um Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit diesem Projekt anzuprangern, darunter auch das Fehlen einer vorherigen und informierten Konsultation mit den indigenen Gemeinschaften. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Strafverfahren gegen Bernardo ein. Er wurde u. a. beschuldigt, am 15. Oktober 2015 angeblich Gewalttaten gegen Mitarbeiter/-innen von NETZONE SA, einem Auftragnehmer von OXEC, verübt zu haben. Im November 2018 verurteilte ihn das Gericht trotz fehlender Beweise für die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu einer Gefängnisstrafe von 7 Jahren und 4 Monaten.

UN-Rechtsexpert/-innen hatten sich besorgt über die Inhaftierung des indigenen Führers geäußert. "Der Kriminalisierung von Herrn Caal Xól gingen heftige Diffamierungskampagnen in den Medien voraus, die ihn als gewalttätigen Kriminellen darstellten, der gegen die Interessen der Nation handelt", sagte die damalige Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker, Victoria Tauli-Corpuz, die Guatemala im Mai 2018 besuchte und ihn im Gefängnis in Cobán traf. „Das Projekt wurde ohne Konsultation und Zustimmung der betroffenen Gemeinden begonnen und hat negative Auswirkungen auf die Umwelt, die

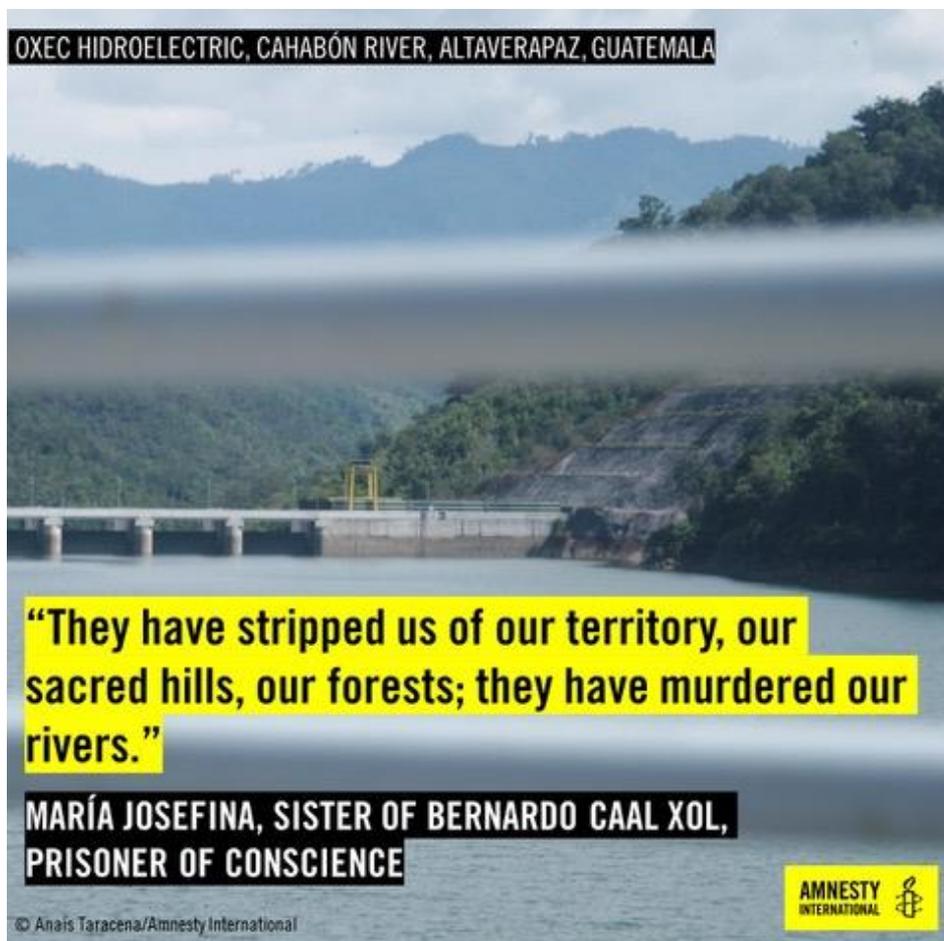
---

<sup>1</sup> La Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos

<sup>2</sup> Amnesty International: We are defending the land with our blood. Sept. 2016.  
<https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR0145622016ENGLISH.PDF>

<sup>3</sup> Den Fall Bernardo Caal Xól hatten wir im Rahmen der „Briefe gegen das Vergessen“ in der letzten Rundbrief-Ausgabe vom November 2020 vorgestellt.

natürlichen Ressourcen, den Zugang zu Wasser und die Gesundheit der Q'eqchi'-Gemeinden“, so die Expert/-innen.<sup>4</sup>



Im Januar 2017 hatte der Oberste Gerichtshof eine vorübergehende Aussetzung des Oxec-Projekts angeordnet, wodurch das Unternehmen Verluste erlitt, und im Mai 2017 erließ das Verfassungsgericht ein Urteil, das das Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen Q'eqchi'-Völker anerkannte.

Zeitgleich mit den Klagen gegen das Wasserkraftprojekt Oxec wurde gegen Bernardo Caal Xól von einer Tochtergesellschaft des Unternehmens Oxec Strafanzeige erstattet.

"Die Verurteilung von Herrn Caal Xól zu mehr als sieben Jahren Haft wegen illegaler Inhaftierung und schweren Raubes einer Bohrmaschine, eines Werkzeugkastens und einiger Glasfaserkabel erscheint grob überzogen und basierte in erster Linie auf Zeugenaussagen von Mitarbeitern der Firma Oxec. Die Verurteilung des Q'eqchi'-Anführers ist ein offensichtlicher Versuch, die legitime Ausübung der Rechte der indigenen Gemeinschaft zum Schweigen zu bringen und zu diskreditieren", so die Expert/-innen.

„Wir erinnern daran, dass strafrechtliche Ermittlungen unabhängig und unparteiisch sein müssen. Wir fordern die Regierung auf, den effektiven Schutz von indigenen Menschenrechtsverteidiger/-innen sicherzustellen. Wir erinnern auch daran, dass Wirtschaftsunternehmen eine eigenständige Verantwor-

<sup>4</sup> UN experts concerned indigenous leader convicted in retaliation for opposition to Oxec hydro project, 19.12.2018, <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24031&LangID=E>

tung haben, die Menschenrechte zu respektieren, in Übereinstimmung mit den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte", schlossen die Expert/-innen.<sup>5</sup>

Bereits am 30. November 2018 legten die Anwälte Bernardos gegen das Urteil Berufung ein. Bisher angesetzte Anhörungen wurden abgesagt. Nach Informationen von Amnesty International hatte Bernardo Caal Xól im September 2020 eine "Kassationsbeschwerde"<sup>6</sup> beim Obersten Gerichtshof als letzte Instanz eingereicht. Die öffentliche Anhörung zur Präsentation von Argumenten und Amicus-Curiae-Schriftsätzen vor der Strafkammer des Obersten Gerichtshofs war für den 5. April 2021 angesetzt, fand aber nicht statt, weil der Anwalt des Unternehmens, das Bernardo Caal verklagt hatte, einen Ablehnungsantrag gegen die Richter stellte.

Am 16. Juni 2020 erklärte Amnesty International Bernardo zum Gefangenen aus Gewissensgründen und erkannte an, dass er niemals hätte angeklagt oder verurteilt werden dürfen und dass er frei sein sollte. Amnesty International unterstützt ihn auch weiterhin mit Brief- und Social Media-Aktionen. Bisher wurden über 24.000 Unterschriften gesammelt, um seine Freilassung zu fordern.<sup>7</sup>

Bernardos Familie ist über seinen Gesundheitszustand besorgt. Er hat durch sein krankhaftes Übergewicht ein koronares Risiko und man befürchtet, er könne sich mit Covid-19 im Gefängnis anstecken. Im letzten Jahr wurden die Familienbesuche wegen der Pandemie sogar zeitweise ausgesetzt. Die medizinische Versorgung im Gefängnis ist unzureichend und daher ist Bernardo Caal Xól von seiner Familie abhängig, die ihn mit den notwendigen Medikamenten versorgt.

**Bitte setzen Sie sich weiterhin für Bernardo Caal Xól mit Ihrer Unterschrift ein!**  
**<https://www.amnesty.org/en/get-involved/take-action/liberen-a-bernardo-caal/>**



Bernardo Caal Xól © Amnesty International

<sup>5</sup> Ebda.

<sup>6</sup> Rechtsmittel, mit dem Berufung gegen gerichtliche Entscheidungen eingelegt werden kann. Ziel ist in diesem Fall die Urteilsaufhebung und sofortige Freilassung.

<sup>7</sup> Stand 18.03.2021

## VERTEIDIGER/-INNEN DES RECHTS AUF WASSER UND TERRITORIUM KRIMINALISIERT

Bernardo Caal Xól ist kein Einzelfall. Es gibt zahlreiche Mitglieder indigener Gemeinschaften, die in Guatemala kriminalisiert werden, weil sie ihr traditionelles Land und ihre Ressourcen gegen groß angelegte Entwicklungsprojekte verteidigen, die Umweltschäden verursachen.

Eine große Anzahl von Menschenrechts- und Umweltverteidiger/-innen in Santa Eulalia und Santa Cruz Barillas im Norden Huehuetenangos, westliches Guatemala, gehören zu der indigenen Gruppe der Q'anjob'al-Maya. Sie widersetzten sich der Errichtung der Wasserkraftwerke San Luis und Santa Cruz, weil sie negative Auswirkungen dieser Projekte auf ihre Menschenrechte, einschließlich ihrer Rechte auf freie, vorherige und informierte Zustimmung und das Recht auf sauberes Wasser, fürchteten. Andere Verteidiger/-innen in der Region stellten sich aufgrund ähnlicher Bedenken gegen den Bau der Wasserkraftwerke Cambalam und Pojom I und II in San Mateo Ixtatán.

Am 1. Mai 2012 wurde Andrés Francisco Miguel, ein Verteidiger des Rechts auf Wasser aus Santa Cruz Barillas, getötet. Am selben Tag wurden zwei weitere Menschenrechtsverteidiger verletzt. Dies sind nur einige Opfer des Widerstandes. Die Menschen in Santa Eulalia hatten sich seit 2006 organisiert, um ihre Rechte zu verteidigen. 2013 brachten unbekannte Männer einen Verteidiger um und auch im Januar 2015 töteten Unbekannte einen Aktivist, der an einer Demonstration vor dem Sitz der Justizverwaltung (CAJ) teilnahm; ein anderer wurde verwundet. Die Demonstration bezog sich auf Strafanzeigen gegen drei Menschenrechtsverteidiger aus Santa Cruz Barillas wegen vermeintlicher Entführungen. Die Verfahren gegen sie führten zu ihrer sofortigen Verhaftung ohne die Möglichkeit einer Entlassung gegen Kautions während des Prozesses.

Darüber hinaus fanden am 6. Juli 2016 mündliche Anhörungen in der öffentlichen Verhandlung über sieben Menschenrechtsverteidiger statt, darunter auch drei indigene Q'anjob'al-Männer, Gemeindeführer und der Koordinator der plurinationalen Regierung von Nord-Huehuetenango. Sie wurden der Freiheitsberaubung, Nötigung, Bedrohung, Anstiftung zu einer Straftat und Vereitelung von Strafverfolgung während der Demonstrationen beschuldigt, die sie im Januar 2014 und Januar 2015 durchgeführt hatten. Die Anzeigen gegen sie, die zur Strafverfolgung führten, wurden ursprünglich von den Arbeiter/-innen der Hidro Santa Cruz Company, den CAJ-Beamten und dem ehemaligen Bürgermeister von Santa Eulalia erstattet.<sup>8</sup>

Amnesty International äußerte große Besorgnis darüber, dass die Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft gegenüber den Menschenrechtsverteidiger/-innen ausschließlich auf deren Rolle als kommunale Autoritäten beruhten und sie diese automatisch als Organisatoren der Demonstrationen betrachteten. Diese Vorverurteilung belastet auch die Familien dieser Verteidiger/-innen. Auch sie werden stigmatisiert, marginalisiert und befinden sich oftmals in einer schlechten wirtschaftlichen Situation, wenn etwa das Familienoberhaupt monatelang fern des Wohnsitzes inhaftiert ist.

Schließlich musste das Gericht die Anklage fallenlassen. Der vorsitzende Richter wies die Staatsanwaltschaft eindringlich darauf hin, dass Richter keine Instrumente für die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger/-innen sein dürften.<sup>9</sup> „Die Richter stellen mit großer Sorge fest, dass versucht wird, Handlungen zu kriminalisieren, die nach der guatemalteckischen Verfassung erlaubt sind, wie z. B. das Recht auf Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Gedankenfreiheit und

<sup>8</sup> Amnesty International, Guatemala: Siete defensores de derechos humanos bajo juicio por reivindicar los derechos indígenas en el territorio Q'anjob'al, 13 July 2016, Index: AMR 34/4438/2016.

<sup>9</sup> Amnestía Internacional. Declaración pública: Guatemala: Liberación de 7 defensores demuestra el mal uso del sistema de justicia penal por parte del Ministerio Publico para criminalizar personas defensoras del territorio. Indice: AMR 34/4555/2016, 26.07.2016

das Recht, friedlich gegen Situationen zu protestieren, die für die Gemeinschaft schädlich sind und daher nicht akzeptiert werden."<sup>10</sup>

Das feindliche Umfeld, dem Menschenrechtsverteidiger/-innen ausgesetzt sind, gibt weiterhin Anlass zur Sorge, wie der aktuelle Fall Bernardo Caal Xól zeigt. Der Staat vergibt Konzessionen an Unternehmen, ohne die indigene Bevölkerung einzubeziehen. Das Recht auf die freie, vorherige und informierte Konsultation, das in der ILO-Konvention 169, dem Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker, verankert ist, wurde und wird weiterhin sowohl vom Staat als auch von den Unternehmen missachtet. Und dies, obwohl das für die indigene Bevölkerung existenzielle Recht in der Verfassung von Guatemala verbrieft ist.

Auf die Unternehmensverantwortung<sup>11</sup> weist die Klage einer Vertreterin der Widerstandsbewegung aus Ixquisis vom Oktober 2019. Mit Hilfe des Vereins Carea e.V., der mit Sitz in Berlin Menschenrechtler/-innen in Mexiko und Guatemala unterstützt, reichte sie im Oktober 2019 „bei der KfW in Frankfurt a.M. offiziell Beschwerde wegen Verstoßes gegen interne Standards und Weltbankstandards ein. Hauptbestandteil der Beschwerde sind die Nichteinhaltung der Überprüfungen zur Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Investitionsprojekten sowie eine mangelnde Sorgfaltspflicht von Seiten der KfW.“<sup>12</sup>

Amnesty International fordert: Die in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte festgelegte Sorgfaltspflicht anzuwenden, um sicherzustellen, dass die Menschenrechte von Einzelpersonen und Gemeinschaften im Rahmen von Aktivitäten und Projekten im Zusammenhang mit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen respektiert werden.

Hoffnung für die Menschen, die sich für ihre Umwelt und ihr Territorium einsetzen, gibt es dennoch. Am 22. April 2021 trat das Escazú-Abkommen in Kraft. „Mit der Anerkennung des Rechts jetziger und künftiger Generationen auf ein Leben in einer gesunden Umwelt stellt das Abkommen einen Meilenstein für wirkliche Veränderungen dar. Angesichts der großen Zahl von getöteten Umwelt- und Menschenrechtsaktivist/-innen und der sich verschärfenden Klimakrise ist das Escazú-Abkommen wegweisend zum Schutz der Menschen- und Umweltrechte“, so die Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler in einer Pressemitteilung am 22. April, dem Tag der Erde.<sup>13</sup> Guatemala hat das Abkommen bisher nur unterschrieben, aber vielleicht folgt es seinem Nachbarland Mexiko mit der Ratifizierung.

Am 15. April 2021 hat der Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 27. Juni 1989 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern ratifiziert. Gemeinsam mit dem beschlossenen Lieferkettengesetz wird der Druck auf Behörden und deutsche Unternehmen größer, künftig die Menschenrechtsstandards auch im Ausland stärker zu beobachten und einzuhalten.

Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>10</sup> Guatemalan First Criminal Court on Drug and Environmental Crime, Judgment of 22 July 2016. In: Amnesty International: Stop criminalizing defenders. July 2017.  
<https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR3462122017ENGLISH.PDF>

<sup>11</sup> Drucksache 18/9128 des Deutschen Bundestages: Die Abgeordnete Heike Hänsel (DIE LINKE) wollte wissen: Finanziert die KfW als Kapitalgeberin (500 Mio. Euro) des „Infrastructure Crisis Facility – Debt Pool“, der sich mit 15 Mio. US-Dollar an den Baukosten der Wasserkraftprojekte der Energieerzeugerunternehmen „Generadora San Andrés“ und „Generadora San Mateo“ in San Mateo, Ixtatán. Departement Huehuetenango/Guatemala über das Finanzunternehmen Cordiant beteiligt, diese Projekte? Der Parlamentarische Staatssekretär bejahte dies am 7.7.2016. Es seien aber noch keine Auszahlungen erfolgt.

<sup>12</sup> Manuel Respondek u. Charlotta Sippel, Carea e.V. Friedlicher Widerstand gegen Wasserkraftwerke: Die Kriminalisierung der Resistencia Pacífica de Ixquisis, in: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger\*innen in Zentralamerika. Hg. Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika 2020.  
<https://www.boell.de/de/2021/02/09/kriminalisierung-von-menschenrechtsverteidigerinnen-zentralamerika>

<sup>13</sup> <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/kofler-escazu-abkommen/2455412>

URGENT ACTION

## WIEDER EIN ANGRIFF AUF EINEN INDIGENEN-SPRECHER

Sprecher der indigenen Xinca-Bevölkerung:

**LUIS FERNANDO GARCÍA MONROY**

**JULIO DAVID GONZÁLEZ ARANGO**

**Am 7. Februar 2021 wurde der Xinca-Sprecher Luis Fernando García Monroy in Aldea El Volcancito in Ostguatemala mit dem Tod bedroht. Erst drei Wochen zuvor war Julio David González Arango in Südostguatemala angeschossen worden. Die beiden Vertreter der Xinca verteidigen seit vielen Jahren die Rechte der indigenen Bevölkerung mit Blick auf die Auswirkungen, die die Escobal-Mine des Konzerns Pan American Silver auf sie hat. Aufgrund ihres Engagements wurden sie bereits mehrmals angegriffen. Die Angriffe gegen die Xinca-Bevölkerung müssen umgehend unabhängig und unparteiisch untersucht werden.**

Es besteht große Sorge über die jüngsten Angriffe auf den Xinca-Sprecher Luis Fernando García Monroy in Aldea El Volcancito, einer Stadt im Departamento Santa Rosa in Ostguatemala. Nach eigenen Angaben wurde er am 7. Februar 2021 von drei Männern auf der Straße abgefangen. Einer dieser drei Männer, der mit einem in der Region tätigen Bergbauunternehmen in Verbindung stehen soll, beschimpfte und bedrohte ihn und seine Angehörigen. Danach habe er zusammen mit den beiden anderen Männern versucht, Luis García dazu zu zwingen, aus dem Auto auszusteigen. Als der 17-jährige Bruder von Luis García kurz darauf mit einem Motorrad dort eintraf, wurde er von demselben Mann angefahren und verletzt. Diese Vorfälle folgen auf eine Reihe von Angriffen gegen andere Mitglieder des Xinca-Parlaments, dem ersten indigenen Parlament Guatemalas. Unter anderem wurde am 16. Januar 2021 der Xinca-Sprecher Julio David González Arango auf seinem Grundstück in Mataques-cuintla, einer Stadt im Departamento Jalapa in Südostguatemala, angeschossen und schwer verletzt.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im April 2013 vergab das guatemalteke Ministerium für Energie und Bergbau eine Bergbaulizenz für die Escobal-Mine an den Konzern Tahoe Resources. Danach eskalierte der Konflikt um die Mine. Am 27. April 2013 setzten Sicherheitskräfte auf dem Minengelände Tränengas und Gummigeschosse gegen Gemeinschaftsmitglieder ein, die vor dem Eingang der Mine protestierten. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Weitere Informationen hierzu finden Sie in dem englischsprachigen Amnesty-Bericht „Mining in Guatemala: Rights at risk“.

2019 erwarb der kanadische Bergbaukonzern Pan American Silver die Firma Tahoe Resources und übernahm somit auch die Escobal-Mine. Der Betrieb der Mine ist jedoch seit 2017 ausgesetzt. Nachdem die Menschenrechtsorganisation Centro de Acción Legal, Ambiental y Social de Guatemala (CALAS) wiederholt Rechtsmittel gegen den Betrieb der Mine eingelegt hatte, ordnete der Oberste Gerichtshof Guatemalas die vorübergehende Aussetzung der Bergbaulizenz für die Escobal-Mine an und forderte ein gemeinschaftliches Konsultationsverfahren mit der Xinca-Bevölkerung. CALAS hatte bereits zuvor die Rechte der Gemeinschaften, die von den Tätigkeiten der Bergbaufirma Minera San Rafael betroffen waren, verteidigt.

Mitglieder von CALAS berichteten von wiederholten Einschüchterungen und Schikaniierungen gegen sie. Weitere Informationen dazu finden Sie in der UA-167/2017. Laut Angaben von Quelvin Jimenez, Rechtsanwalt und Verteidiger der Rechte der Xinca, wurden er und andere führende Vertreter\_innen der Xinca am 23. Juni 2019 während eines Treffens von einer bewaffneten Gruppe überfallen (UA-063/2019-1).

Quelvin Jimenez ist wegen seiner Arbeit Ziel einer Verleumdungskampagne, wird eingeschüchtert und überwacht und wurde bereits mit dem Tod bedroht (UA-063/2019). Amnesty International hat dokumentiert, dass Menschenrechtsverteidiger\_innen ihrer Tätigkeit in Guatemala in einer extrem feindseligen Atmosphäre nachgehen. Sie werden ständig bedroht, eingeschüchtert und angegriffen. Menschenrechtsverteidiger\_innen werden regelmäßig zur Zielscheibe von Hetzkampagnen durch Privatleute und die guatemalteckischen Behörden. Diese Kampagnen zielen darauf ab, die Menschenrechtsverteidiger\_innen zu stigmatisieren und in Misskredit zu bringen. Das Strafjustizsystem wird immer wieder dazu missbraucht, Menschenrechtsverteidiger\_innen fälschlich zu beschuldigen und strafrechtlich zu verfolgen, damit sie sich nicht weiter äußern und ihre Bewegungen und Organisationen zerfallen. Nach Angaben der guatemalteckischen NGO UDEFEGUA, die für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen eintritt, gab es 2020 über 1.000 Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger\_innen in Guatemala, dabei wurden 15 Menschenrechtsverteidiger\_innen getötet, und es wurden 22 Tötungsversuche verübt.

Wer sich für Landrechte und Umweltschutz einsetzt, ist besonders gefährdet. Amnesty International hat zahlreiche Bedrohungen, Einschüchterungen und Angriffe gegen Land- und Umweltaktivist\_innen dokumentiert. Weitere Informationen dazu enthält der englischsprachige Bericht: "We are defending the land with our blood": Defenders of the land, territory and environment in Honduras and Guatemala.

Bislang hat Guatemala noch immer keine allgemeinen Regeln zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger\_innen verabschiedet. Dies widerspricht der Verfügung des Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte im Verfahren Human Rights Defender et al. vs. Guatemala von 2014.

UA-007/2021-1 – AI-Index: AMR 34/3697/2021 – Datum: 16. Februar 2021 – ak

# HONDURAS

## GEDENKEN AN BERTA CÁCERES – MORD AN HONDURANISCHER UMWELTAKTIVISTIN NACH WIE VOR NICHT VOLLSTÄNDIG AUFGEKLÄRT



Am 2. März jährte sich Berta Cáceres Todestag zum fünften Mal. Die honduranische Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin wurde 2016 in ihrem Haus ermordet. Bis heute ist der Mord noch nicht vollständig aufgeklärt. Daran erinnerte die Lateinamerika-Gruppe von Amnesty International in Berlin und die Koordinationsgruppe Mexiko/Zentralamerika in Hamburg mit verschiedenen Protestaktionen.

Globale Aktion "Gerechtigkeit für Berta Cáceres", Mobilisierung vor der Botschaft von Honduras in Mexico-Stadt, 15.06.2016  
©Amnesty International

Die Nachricht über die Ermordung von Berta Cáceres am 2. März 2016 ging um die Welt. Die international bekannte und mit dem Goldman Environmental Preis ausgezeichnete Aktivistin hatte sich jahrelang gegen den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca am Fluss Gualcarque im Westen Honduras eingesetzt. Der Fluss, heilig für die dort lebende indigene Bevölkerung der Lenca, sollte zur Energiegewinnung genutzt werden, ohne dass diese zuvor durch unabhängige Akteure über den Bau informiert, geschweige denn, dass ihre Zustimmung zu dem Projekt eingeholt worden wäre.

Berta Cáceres setzte sich zusammen mit der von ihr mit gegründeten Organisation COPINH (Consejo Cívico de Organizaciones Populares e Indígenas de Honduras) gegen das umstrittene Projekt ein, womit sie sich vor allem bei den am Bau beteiligten Firmen Feinde machte. Nach zahlreichen Drohungen und Repressionen, auch gegen ihre Familie, wurde Berta Cáceres in der Nacht vom 2. auf den 3. März in ihrem Haus in La Esperanza im Departamento Intibucá von mehreren verummten Personen ermordet.

Im Jahr 2018 wurden sieben der acht Angeklagten im Mordprozess für schuldig erklärt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Doch bei den Verurteilten handelt es sich nur um die Personen, die die Tat geplant und ausgeführt haben. Die Drahtzieher und ursprünglichen Auftraggeber der Tat wurden nach wie vor nicht zur Rechenschaft gezogen. Bisher wurde lediglich David Castillo, Geschäftsführer der Firma DESA, welche maßgeblich für den Bau des Agua Zarca-Projekts zuständig war, beschuldigt, hinter dem Mord an Berta Cáceres zu stecken. Seit 2019 läuft das Verfahren gegen ihn. Doch das Urteil wird immer wieder verschleppt. An Berta Cáceres fünftem Todestag in diesem Jahr wurde bekannt, dass das Urteil für den 6. April geplant ist und dass drei wichtige Zeugen, die wichtige Erkenntnisse über die Funktionsweise und Machenschaften von DESA geben könnten, nicht zugelassen werden.

Amnesty International fordert, dass alle Drahtzieher hinter dem Mord an Berta Cáceres bestraft werden und dass der honduranische Staat die notwendigen Konsequenzen zieht, um das Leben von Umweltaktivist/-innen und Menschenrechtler/-innen zu schützen. Berta Cáceres Fall ist leider nur einer von vielen. Allein zwischen 2000 und 2014 wurden in Honduras 111 Land- und Umweltaktivist/-innen in Honduras ermordet.



Berta Cáceres Mahnwache – Berlin, 02. März 2021 © Enrique Zaragoza

Um auf die Lage in Honduras aufmerksam zu machen und Gerechtigkeit für Berta Cáceres einzufordern, haben die Lateinamerika-Gruppe in Berlin und die Koordinationsgruppe Mexiko/Zentralamerika am 2. März vor der Honduranischen Botschaft in Berlin und vor dem honduranischen Generalkonsulat in Hamburg Protestaktionen durchgeführt. Straflosigkeit und Gewalt gegen Menschen, die sich für die Rechte von Indigenen und der Umwelt einsetzen, müssen endlich aufhören. Deshalb fordern wir Gerechtigkeit für Berta Cáceres und alle anderen Aktivist/-innen, die für ihren Einsatz ihr Leben gelassen haben.

Dorothee Baldenhofer, Kogruppe Mexiko und Zentralamerika

## AKTUELLE NACHRICHT ZUM MORDPROZESS GEGEN DAVID CASTILLO

Am 6. April letzten Jahres begann in Honduras der Prozess gegen David Castillo, der als Einziger angeklagt wird, die Ermordung von **Berta Cáceres** angeordnet zu haben.

Nach Angaben des „*Council of Popular and Indigenous Organizations of Honduras*“ (COPINH) wurde der Prozess am 8. April 2021 aufgrund eines Ablehnungsgesuchs gegen das Gericht durch die Verteidigung von David Castillo ausgesetzt.

Am 13. April 2021 teilte die Justiz mit, dass das Berufungsgericht den Ablehnungsantrag als unzulässig eingestuft hat, so dass der Prozess fortgesetzt werden muss. Inzwischen wurde der Prozess am 26. April wieder aufgenommen und soll mindestens bis zum 7. Mai dauern.

# KOLUMBIEN

## URGENT ACTION

## NGO-MITGLIEDER IN GEFAHR

**JANI SILVA**

und weitere Mitglieder der Organisation ADISPA

**Am 10. Februar wurde der Menschenrechtsorganisation Comisión Intereclesial de Justicia y Paz (CIJP) ein verifizierter Bericht über einen Plan zugespielt, Mitglieder der Organisation ADISPA zu ermorden bzw. zu vertreiben. ADISPA setzt sich im Departamento Putumayo im südwestlichen Kolumbien für die Rechte kleinbäuerlicher Gemeinschaften ein. Laut CIJP sieht der Plan den Einsatz der bewaffneten Gruppe „Grenzkommando“ vor. Diese unterdrückt die Gemeinschaften in der Region und droht ihnen im Fall von Widerstand mit Vertreibung. Die Behörden müssen ADISPA in Absprache mit den Mitgliedern kollektive Schutzmaßnahmen gewähren.**

Es besteht große Sorge um die Sicherheit der Mitglieder der Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica (ADISPA). Die Organisation setzt sich im Departamento Putumayo im südwestlichen Kolumbien für Frieden und Umweltschutz ein.

Seit 2019 gab es bereits mindestens sechs bedrohliche Vorfälle im direkten Umfeld von Jani Silva, der rechtlichen Vertreterin von ADISPA. In diesem Zeitraum wurde auch das Leben anderer ADISPA-Mitglieder bedroht. Am 10. Februar wurden der Menschenrechtsorganisation CIJP Informationen über Planungen zur Ermordung oder Vertreibung von ADISPA-Mitgliedern zugespielt. Die Gemeinschaften in der Region berichten bereits von Drohungen einer bewaffneten Gruppe.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Der NGO-Zusammenschluss ADISPA (Asociación para el Desarrollo Integral Sostenible de la Perla Amazónica) verteidigt die Rechte und die Umgebung von 700 Familien – fast 1.700 Männern, Frauen und Kindern – die im kleinbäuerlichen Reservatsgebiet La Perla Amazónica (ZRPCA) leben. Dieses Reservat ist ein zentrales Ökosystem der Amazonasregion. ADISPA wurde 2008 gegründet und im Jahr 2011 als Organisation registriert.

Aufgrund ihrer Rolle als Menschenrechtsverteidiger\_innen wurden die Mitglieder von ADISPA bereits mehrfach bedroht. Zu den Vorfällen im direkten Umfeld von Jani Silva, der rechtlichen Vertreterin von ADISPA, zählten seit 2019 folgende Vorkommnisse:

- Am 16. Januar 2019 kam es zu zwei bedrohlichen Vorfällen: 1. Gegen Mittag beobachtete ein Motorradfahrer zehn Minuten lang das Haus von Jani Silva. 2. Gegen 14.00 Uhr tauchten Unbekannte an der Arbeitsstelle von Jani Silva auf und beobachteten sie ebenfalls.
- Am 26. März 2020 informierte die Menschenrechtsorganisation CIJP Jani Silva über einen gegen sie geplanten Mordanschlag.
- Am 17. April 2020 gegen 14.30 Uhr hörte Jani Silva sechs Schüsse in unmittelbarer Umgebung ihres Hauses (weniger als 30 Meter entfernt). • Am 22. April 2020 hörte Jani Silva Geräusche von sich bewegendenden Personen, einem Motorrad und drei Schüsse in unmittelbarer Umgebung ihres Hauses (weniger als 50 Meter entfernt).

- Im Mai 2020 berichteten verschiedene Medien und Menschenrechtsorganisationen über die Überwachung von 130 Personen durch das Militär, darunter Journalist\_innen aus dem In- und Ausland, Menschenrechtler\_innen und Politiker\_innen. Den Berichten zufolge gehört auch Jani Silva zu den vom Militär überwachten Personen. • Am 4. Dezember brachte die bewaffnete Gruppe „Grenzkommando“ gegen 06.00 Uhr ein gegen ADISPA-Mitglieder gerichtetes Flugblatt in Umlauf.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation CIJP hat die bewaffnete Gruppe „Grenzkommando“ in den vergangenen Monaten zum Ausdruck gebracht, dass sie alle verfügbaren Mittel einsetzen wird, um das Bestehen der ZRCPA als Reservatsgebiet zu beenden. In den ersten Wochen des Jahres 2021 hat diese bewaffnete Gruppe einige Gemeinden der ZRCPA aufgesucht und dabei zum Ausdruck gebracht, dass ADISPA verschwinden solle. Zudem könne in dem Gebiet keine zivilgesellschaftliche Organisation arbeiten, die sich den Anordnungen der bewaffneten Gruppe widersetze.

UA-017/2021 – AI-Index: AMR 23/3690/2021 – Datum: 12. Februar 2021 – ak

-----

URGENT ACTION

## UMWELTSCHÜTZER\_INNEN ERHALTEN MEHR SCHUTZ

UA-Nr: UA-018/2021-1 AI-Index: AMR 23/3944/2021 Datum: 7. April 2021 – sd

**LUIS ALBERTO GONZÁLEZ LÓPEZ**

**und weitere Mitglieder der Umweltschutzorganisation FEDEPESAN**

**Im Februar nahmen die Drohungen gegen Luis Alberto González López massiv zu. Daraufhin forderte Amnesty International, gemeinsam mit anderen Organisationen, Schutzmaßnahmen für ihn und weitere Mitglieder der Umweltschutzorganisation FEDEPESAN. Jetzt wurden die Behörden aktiv: Am 26. Februar informierte der Bürgermeister der Gemeinde Barrancabermeja die Nationale Schutzeinheit über das erhöhte Sicherheitsrisiko, dem der Umweltschützer ausgesetzt ist und erkannte dessen Rolle als Menschenrechtsverteidiger an. Daraufhin wurden die Schutzmaßnahmen verstärkt.**

Am 8. Februar hatten Unbekannte in der Nähe der Wohnung von Luis Alberto González López in Barrancabermeja Flugblätter mit Drohungen gegen den Umweltschützer verteilt. In dem Text wurde ihm eine Frist von 72 Stunden gesetzt, um die Region zu verlassen, ansonsten werde er zu einem militärischen Ziel erklärt. Luis González López ist der Vizepräsident von FEDEPESAN, einer Umweltschutzorganisation in der zentralkolumbianischen Region Magdalena Medio. Das Flugblatt war von der Guerillagruppe ELN unterzeichnet.

Die Mitglieder der Umweltschutzorganisation FEDEPESAN (Federación de Pescadores artesanales, ambientalistas, y turísticos del departamento de Santander), die sich für den Schutz der Wasserreserven und des Ökosystems in der Region Magdalena Medio einsetzt, sind in großer Gefahr. Seit September 2020 haben bewaffnete Gruppierungen mindestens fünf Drohbriefe an Mitglieder von FEDEPESAN gesandt, darunter drei Morddrohungen. Luis Alberto González López musste seinen Wohnort nach einem Mordversuch verlassen.

Nach nationalem und internationalem Druck trafen sich nun Vertreter\_innen lokaler und nationaler Behörden mit FEDEPESAN und verstärkten die Schutzmaßnahmen für Luis Alberto González López. Am 26. Februar informierte der Bürgermeister der Gemeinde Barrancabermeja die Nationale Schutzeinheit (Unidad Nacional de Protección, UNP) über das erhöhte Sicherheitsrisiko. Daraufhin verstärkte die UNP ihr Schutzprogramm: Seit 3. März steht Luis Alberto González López ein\_e Leibwächter\_in und ein Fahrzeug zur Verfügung. Am 12. März fand ein Treffen des Bürgermeisters von Barrancabermeja mit Vertreter\_innen von FEDEPESAN statt, um die Risikosituation zu besprechen. Außerdem trafen sich Vertreter\_innen von FEDEPESAN Ende März mit dem Innenminister und weiteren Staatsvertreter\_innen, um weitere institutionelle Unterstützung zu fordern.

Amnesty International wird die Sicherheitslage der indigenen Gemeinde weiterhin beobachten und im Falle neuer Zwischenfälle erneut aktiv werden.

**Zurzeit sind keine weiteren Aktionen des Eilaktionsnetzwerkes erforderlich. Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben.**

Weitere Informationen zu UA-018/2021: AMR 23/3691/2021, 12. Februar 2021

-----

URGENT ACTION

## DURCH GLYPHOSAT IN GEFAHR

### KLEINBÄUERLICHE GEMEINSCHAFTEN (CAMPESINOS)

**Kolumbien lässt den Einsatz des Herbizids Glyphosat aus der Luft zur Vernichtung verbotener Kulturpflanzen wieder zu. Diese Maßnahme wurde 2015 aufgrund ihrer schädlichen Auswirkungen auf Umwelt und Menschenrechte gestoppt und könnte nun unter anderem erneut die Gesundheit von Hunderten kleinbäuerlicher Gemeinschaften sowie die Umwelt gefährden.**

Am 12. April 2021 unterzeichnete Präsident Ivan Duque das Dekret 380 zur Bekämpfung illegaler Anbaukulturen. Die kolumbianische Regierung macht somit den Weg für die Vernichtung illegaler Nutzpflanzen durch das Versprühen von Glyphosat aus der Luft wieder frei und gefährdet dadurch die Gesundheit und Sicherheit von Tausenden von Menschen. Die Bemühungen der Regierung bei der Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus darf die Bevölkerung nicht in der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte beeinträchtigen. Dies gilt auch für die kleinbäuerlichen Gemeinschaften, deren Lebensunterhalt von solchen Kulturpflanzen abhängt.

Der Einsatz von Glyphosat hat erwiesenermaßen schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschenrechte von Tausenden von Menschen. Dazu gehören die Rechte auf Leben, Gesundheit, Wasser, auf eine gesunde und sichere Umwelt sowie auf einen angemessenen Lebensstandard. Die Zwangsvernichtung illegaler Anbaukulturen durch das Herbizid Glyphosat wird die Konfliktsituation im Land verschärfen und kleinbäuerliche Gemeinschaften somit noch mehr gefährden.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2017 kam das kolumbianische Verfassungsgericht in seinem Urteil T-236 zu dem Schluss, dass es Indizien gibt, die vorläufig bestätigen, dass Glyphosat eine toxische Substanz ist, die je nach Expositionsgrad krebserregend oder anderweitig gesundheitsschädlich sein kann. Dieses Urteil bestimmt auch die Anforderungen, die erfüllt sein müssen, bevor das Herbizid zur Vernichtung illegaler Nutzpflanzen aus der Luft versprüht werden darf.

Im Jahr 2019 entschied das Verfassungsgericht durch den Beschluss 387, dass die Regierung die freiwillige Substitution gegenüber der Zwangsvernichtung priorisieren muss. Das Gericht legte außerdem fest, dass das Versprühen von Glyphosat aus der Luft die letzte Option sein sollte und nur dann zulässig ist, wenn die freiwillige Substitution sowie die mechanische Vernichtung fehlgeschlagen sind. Ferner müsse die kolumbianische Regierung im Rahmen von Punkt 4 („Lösung des Problems der illegalen Drogen“) des 2016 gemeinsam mit der bewaffneten Gruppe FARC-EP unterzeichneten Friedensabkommens eine Entscheidung über die Wiederaufnahme der Versprühung aus der Luft treffen.

Am 17. Dezember 2020 wandten sich zehn unabhängige Expert\_innen der Vereinten Nationen in einem Brief an den kolumbianischen Präsidenten und forderten die Regierung dazu auf, die Besprühung verbotener Kulturpflanzen aus der Luft nicht wieder aufzunehmen, da diese Maßnahme „enorme Risiken“ für Umwelt und Menschenrechte berge und gegen das Friedensabkommen verstoße. Zudem könnte sie Kolumbiens Verpflichtungen gemäß internationalen Menschenrechtsnormen entgegenstehen.

Auch im Jahr 2020 setzte die Regierung Programme zur freiwilligen Substitution der von Kokapflanzen nicht wirksam um, was ein Schlüsselement des Friedensabkommens war. Stattdessen setzte sich die Regierung zum Ziel, die Kokaplantagen auf über 130.000 Hektar durch das Militär vernichten zu lassen. Im Juli 2020 veröffentlichte Amnesty International eine Pressemitteilung und forderte die Regierung dazu auf, die Besprühung der Kokaplantagen mit Glyphosat auch am Boden einzustellen, um Menschenrechtsverletzungen an den kleinbäuerlichen Gemeinschaften zu vermeiden, die für ihren Lebensunterhalt auf den Anbau von Koka angewiesen sind. Darüber hinaus argumentierte Amnesty, dass die Zwangsvernichtung der Kokapflanzen die Konfliktsituation im Land verschärfen und die kleinbäuerlichen Gemeinschaften und deren Sprecher\_innen noch weiter gefährden würde.

Trotz des Gesundheitsnotstands im Zuge der Corona-Pandemie sowie zahlreicher Aufrufe verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Zwangsvernichtung von Koka in dieser Zeit auszusetzen, führten die Behörden ihre Maßnahmen in mindestens sieben Departamentos des Landes durch. Damit setzten sie sich auch über die Anordnung der Regierung zur obligatorischen Isolierung hinweg.

## SCHREIBEN SIE BITTE

### E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN:

- Bitte setzen Sie das Versprühen von Glyphosat aus der Luft umgehend aus und entscheiden Sie sich gegen eine Drogenpolitik, die den Menschen schadet. Entwickeln Sie stattdessen eine Strategie, die die zugrundeliegenden sozioökonomischen Ursachen angeht, aufgrund derer die Menschen diese Pflanzen anbauen. Die Armut und Benachteiligung in diesen Gemeinschaften darf nicht verschärft werden.
- Die Regierung muss den kleinbäuerlichen Gemeinschaften, die von solchen Anbaukulturen abhängig sind, die notwendige Unterstützung für die Entwicklung wirtschaftlich tragfähiger und nachhaltiger Alternativen sowie für die Wahrnehmung ihres Rechts auf Arbeit und einen angemessenen Lebensstandard bieten. In dieser Hinsicht haben sich die im Friedensabkommen anerkannten Programme zur freiwilligen Substitution als nachhaltiger und effektiver erwiesen.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

**APPELLE AN**

JUSTIZMINISTER

Wilson Ruiz Orijuela

President of the National Narcotics Council

Cl. 53 #1327, Bogotá

KOLUMBIEN

(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Justizminister)

E-Mail: [servicioalcliente@minjusticia.gov.co](mailto:servicioalcliente@minjusticia.gov.co); Twitter: @WilsonRuizO**KOPIEN AN**

BOTSCHAFT DER REPUBLIK KOLUMBIEN

S.E. Herrn Hans-Peter Knudsen

Taubenstr. 23 10117 Berlin

Fax: 030-2639 6125; E-Mail: [ealemania@cancilleria.gov.co](mailto:ealemania@cancilleria.gov.co)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **11. Juni 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

UA-042/2021 - AI-Index: AMR 23/3995/2021 - Datum: 16. April 2021 – ak

# ECUADOR

## AM SCHEIDEWEG VON WIRTSCHAFTS- INTERESSEN UND DEM SCHUTZ DES REGENWALDES

**In Ecuador wurde der konservative Guillermo Lasso zum Präsidenten gewählt. Was bedeutet das für die indigene Bevölkerung des Landes? Das Wahlergebnis gibt Anlass für einen Rückblick auf Ecuadors Regierungen in den letzten zwei Jahrzehnten, von Jamil Mahuad bis Lenín Moreno.**

Der konservative Guillermo Lasso, der am 11. April nach einer Stichwahl gegen den linksgerichteten Favoriten Andrés Arauz gewann, tritt ein komplexes Erbe an.<sup>1</sup> Das Land steckt in einer wirtschaftlichen Krise, verstärkt durch sinkende Ölpreise und die Corona-Pandemie. Die hohe Staatsverschuldung und die Dollarisierung des Landes hemmen jedoch den Handlungsfreiraum. Um zu verstehen, wie sich das Wahlergebnis in die vergangenen Legislaturperioden einordnet, lohnt sich ein Blick auf die turbulenten letzten zwanzig Jahre ecuadorianischer Politik, die geprägt waren von einem Hin und Her zwischen Erfolg und Misserfolg für den Schutz des Amazonas und die Rechte indigener Völker.

### **Die Jahrhundertwende: Einsturz der Wirtschaft und Dollarisierung**

Während der Amtszeit des christlich-demokratischen Jamil Mahuad von 1998 bis 2000, hat dieser in einem vergeblichen Versuch die Inflation zu mildern, den Sucre abgeschafft und den US-Dollar als offizielle Währung eingeführt – eine Entscheidung, die bis heute folgeschwer anhält. Weitere Sparmaßnahmen, die vor allem die sozial schwächere Bevölkerung unproportional trafen, führten zu massiven Protesten von Indígena-Organisationen und Militärs und letztlich zur Absetzung Mahuads. Nachdem drei Köpfe des Aufstandes, darunter Lucio Gutiérrez und der indigene Aktivist Antonio Vargas, für kurze Zeit die Kontrolle übernahmen, folgte auf Druck der USA und der politischen Rechten<sup>2</sup> eine Übergangsregierung des konservativen Gustavo Noboa, der den neoliberalen Kurs verstärkte. So wurde unter Noboa (Amtszeit 2000 bis 2003) der Bau der Ölpipeline Oleoducto de Crudos Pesados (OCP) genehmigt, die sich durch den Lebensraum indigener Bevölkerungsgruppen und ein extrem sensibles Ökosystem schlängelt, vom Amazonas bis zur Küste.<sup>3</sup> Obwohl es Noboa gelang, die Wirtschaft zu verbessern, traf die neoliberale Politik auf keine breite Zustimmung der Bevölkerung.

### **Die frühen 2000er: Neoliberalismus im Schafspelz**

Dieses Klima und der Aufschwung der indigenen Bewegung ermöglichten es Lucio Gutiérrez 2002 an die Macht gewählt zu werden.<sup>4</sup> Er kündigte einen sozialeren Kurs an, brach jedoch sein Versprechen. Nachdem er die Korruption fortsetzte und sich den USA, dem IWF und der Weltbank annäherte, brachte er die Gewerkschaften und die Indígena-Organisationen gegen sich auf. Nach massiven Aufständen wurde er knapp zwei Jahre nach seiner Wahl des Amtes enthoben. Sein Nachfolger Alfredo Palacio (im Amt von 2003 bis 2005) setzte die Politik Gutiérrez' jedoch fort: natürliche Ressourcen, vor allem im

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/ecuador-stichwahl-101.html>

<sup>2</sup> <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/614632.stm>

<sup>3</sup> [https://www.gem.wiki/Crudos\\_Pesados\\_Oil\\_Pipeline#Location](https://www.gem.wiki/Crudos_Pesados_Oil_Pipeline#Location)

<sup>4</sup> <https://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44739/geschichte>

Amazonasgebiet, wurden an multinationale Unternehmen verkauft und Verhandlungen um das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA (Andean Free Trade Pact) aufgenommen – politische Überlegungen, die auf massiven Protest stießen. Im März 2006 spitzte sich der Widerstand gegen das Freihandelsabkommen und das bestehende Abkommen mit der US-amerikanischen Ölfirma Occidental (OXY) zu und brachte zahlreiche Demonstrierende auf die Straßen, unter ihnen zweihundert Indigene der Bevölkerungsgruppen Zapara, Kichwa, Huaorani, Shuar und Achuar, die aus dem über 200km entfernten Puyo zu Fuß in die Hauptstadt anrückten.<sup>5</sup> Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens wurde verhindert.

### **Große Hoffnungen für das Amazonasbecken**

2007 weckte die Wahl von Rafael Correa neue Hoffnungen. Der linksorientierte Ökonom versprach das Ende des Neoliberalismus. Die Abwendung von der Austerität, die Einführung von Subventionierungsprogrammen und die steigenden Ölpreise brachten Ecuador eine bis dato nicht bekannte Stabilität.<sup>6</sup> Auch die extreme Armut wurde vermindert und die Rechte Indigener Völker gestärkt. Während er den Einfluss der USA, der Weltbank und des IWF zu verringern versuchte, verschlechterte sich mit Correas linksnationalistischen autoritären Zügen jedoch die Pressefreiheit.<sup>7</sup> Ein Meilenstein war die 2008 verabschiedete neue Verfassung, die Kollektivrechte, Naturrechte und den Begriff der Pacha Mama in der Staatsordnung verankerte.<sup>8</sup> Im Kampf gegen den Klimawandel und die Ausbeutung der Ressourcen schlug Correa außerdem die Yasuní-ITT-Initiative vor. Dabei handelte es sich um einen Appell Correas an die internationale Gemeinschaft, vor allem reiche Industrienationen, Ecuador in seinem Vorhaben den Amazonas zu schützen zu unterstützen: er kündigte bei der UN an, dass Ecuador den Großteil der Ölreserven im Boden des Yasuní-Nationalparks unangetastet lassen und auf die Öleinnahmen verzichten würde. Als Kompensation für die wirtschaftlich unverzichtbaren Einnahmen machte er den Vorschlag, dass Ecuador durch einen Fond, in den die Industrieländer einzahlten, entschädigt würde – ein bahnbrechender Vorschlag, der globale Ungerechtigkeiten zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern am Schopfe packt und an kollektive internationale Verantwortung in Sachen Klimawandel appelliert.<sup>9</sup> Tragischerweise kam nicht annähernd genug Geld zusammen, trotz vehementer Versuche Ecuadors für das Vorhaben zu werben. Tröstlich ist lediglich, dass weite Teile des Yasuní-Nationalparks auch mit der Ölförderung bestehen bleiben können. Aber der Ausblick auf ein komplett intaktes Ökosystem schwindet seither dahin.<sup>10</sup> Auch wenn Correa sich in einer Zwickmühle und von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen sah; die Unterstützung, die er bis dahin vor allem unter der indigenen Bevölkerung genoss, ließ mit dem Beginn der Bohrungen in Yasuní stark nach. 2010 kam es zu massiven Aufständen und einem Putschversuch. 2013 wurde er jedoch wiedergewählt und blieb bis 2017 im Amt.

---

<sup>5</sup> <https://amazonwatch.org/news/2006/0323-ecuador-update-and-action-alert>

<sup>6</sup> <https://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44739/geschichte?p=all>

<sup>7</sup> [https://www.zeit.de/politik/ausland/2012-08/ecuador-correa-usa?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/politik/ausland/2012-08/ecuador-correa-usa?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

<sup>8</sup> Ecuadors Verfassung, Präambel, 2008: “Celebrando a la naturaleza, la Pacha Mama, de la que somos parte y que es vital para nuestra existencia” und “Decidimos construir una nueva forma de convivencia ciudadana, en diversidad y armonía con la naturaleza, para alcanzar el buen vivir, el sumak kawsay; Una sociedad que respeta, en todas sus dimensiones, la dignidad de las personas y las colectividades”

<sup>9</sup> <https://www.theguardian.com/global-development/poverty-matters/2013/sep/19/world-failed-ecuador-yasuni-initiative>

<sup>10</sup> <https://www.theguardian.com/global-development/poverty-matters/2013/sep/19/world-failed-ecuador-yasuni-initiative>

### Rückschritte für den Regenwald und marginalisierte Bevölkerungsgruppen

Mit den Wahlen im selben Jahr kam Lenín Moreno an die Macht, der – obwohl ein politischer Zögling Correas – bald auf neoliberale Maßnahmen zurückgriff, um die weiterhin instabile Wirtschaft des Landes in den Griff zu bekommen. Um den Haushalt zu sanieren, nahm er milliardenschwere IWF-Kredite auf, die unter anderem an die Bedingung geknüpft waren, die Benzin-Subvention zu streichen. Dieses Kalkül provozierte im Herbst 2019 zuletzt massive Proteste und einen Generalstreik (para nacional). Mit der Wahl Guillermo Lassos im April 2021 zum Präsidenten, bleibt die Zukunft der Indigenen und des Regenwaldes ungewiss. Es ist zu befürchten, dass Lasso als rechter Hardliner die Errungenschaften Correas Regierung weiterhin demontieren wird. Er kündigte an, Steuern senken zu wollen, die Privatisierung voranzutreiben und das Land für ausländische Investoren weiter zu öffnen, was höchstwahrscheinlich auch die Ausweitung der Ölförderung im Amazonasbecken beinhaltet.

Stella Terjung, Theko Menschenrechte und Indigene Völker

-----

## INDIGENE GRUPPEN IM AMAZONASGEBIET

Dezember 2020

### Brief gegen das Vergessen

Im August 2020 meldete die Organisation Konföderation der Indigenen Nationen des Ecuadorianischen Amazonasgebiets (CONFENIAE) 3.303 Infektionen und 80 Todesfälle in Zusammenhang mit Covid-19 unter der indigenen Bevölkerung. Die indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet, zu denen etwa 290.000 Menschen zählen, werden seit Jahren diskriminiert. Es fehlt ihnen an Trinkwasser, Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und Covid-19-Tests. Eine Ölkatastrophe am 7. April und saisonale Überschwemmungen haben die Nahrungs- und Wasserquellen vieler Gemeinschaften verschmutzt und das Infektionsrisiko zusätzlich erhöht.

Die Reaktion der staatlichen Stellen auf die Pandemie ist völlig unzureichend und ineffizient. Im August informierte die Regierung von Ecuador die indigene Bevölkerung des Landes über eine nationale Richtlinie für den Umgang mit Covid-19. Indigenen- und Menschenrechtsorganisationen im Amazonas kritisieren, dass man diese zuvor nicht mit den indigenen Gemeinschaften abgesprochen habe und deren Bedürfnisse und Forderungen nicht berücksichtigt worden seien. Außerdem seien sie aus den Ausschüssen ausgeschlossen worden, die die Richtlinie umsetzen sollen.

**Bitte schreiben Sie höflich formulierte Briefe** an den Präsidenten von Ecuador und bitten Sie ihn, dafür zu sorgen, dass die indigene Bevölkerung im ecuadorianischen Amazonasgebiet an den Entscheidungsprozessen zum Umgang mit Covid-19 beteiligt wird. Die Regierung muss zudem sicherstellen, dass genügend finanzielle Mittel für Schutzmaßnahmen und Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen und die Rechte und Erfordernisse der Betroffenen respektiert werden.



Der Amazonas im Gebiet der indigenen Gruppe der Kichwa in Ecuador, 2020  
© Felix Narvaez for Amnesty International

**Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch an:**

Präsident

Lenín Moreno

Presidencia de la República del Ecuador

García Moreno N10-43 entre Chile y Espejo

170401, Quito

ECUADOR

E-Mail: [atencionciudadana@presidencia.gob.ec](mailto:atencionciudadana@presidencia.gob.ec)

Twitter: @Lenin

Facebook: @LeninMorenoEC

Instagram: @LeninMorenoG

(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)

(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,10 €)

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**

Botschaft der Republik Ecuador

S. E. Herrn Manuel Antonio Mejia Dalmau

Joachimsthaler Straße 12, 10719 Berlin

Fax: 030 – 80 09 69 699

E-Mail: [info@ecuadorembassy.de](mailto:info@ecuadorembassy.de)

(Standardbrief: 0,80 €)

**Hier geht es zum aktuellen Brief gegen das Vergessen. Handle sofort!**

**APPELL AN**

Presidente Lenín Moreno  
Presidencia de la República del Ecuador  
García Moreno N10-43 entre Chile y Espejo  
170401, Quito  
ECUADOR

**SENDE EINE KOPIE AN**

Botschaft der Republik Ecuador  
S.E. Herrn Manuel Antonio Mejia Dalmau  
Joachimsthaler Straße 12  
10719 Berlin  
Fax: 030-80 09 69 699  
E-Mail: [info@ecuadorembassy.de](mailto:info@ecuadorembassy.de)

# BRASILIEN

## BESCHLEUNIGTE ABHOLZUNG DES AMAZONAS – EINE DIREKTE FOLGE VON BOLSONAROS POLITIK

2. Dezember 2020,<sup>1</sup> 18:07 UTC

Neue Analysen haben offenbart, dass die Abholzung im brasilianischen Amazonasgebiet im Vergleich zum Vorjahr um 9,5 Prozent gestiegen ist – laut Amnesty International sind dies die tragischen Kosten von Präsident Jair Bolsonaros Politik, die systematisch den Umweltschutz untergräbt.

Daten, die durch das brasilianische Nationale Institut für Weltraumforschung (INPE) veröffentlicht wurden, zeigen, dass zwischen August 2019 und Juli 2020 11.088 km<sup>2</sup> Regenwald verloren gegangen sind, ein Anstieg von 9,5 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr.

***Indem Jair Bolsonaro das Amazonasgebiet offen für Geschäfte erklärte, hat er Großunternehmen und ihren Profiten Vorrang gegenüber dem Wohl gefährdeter Menschen eingeräumt.***

***Richard Pearshouse***

Die Statistiken belegen, dass das brasilianische Amazonasgebiet die schlimmste Zerstörung seit zwölf Jahren erlitt; 12.911 km<sup>2</sup> wurden im Jahr 2008 abgeholzt.

„Indem Jair Bolsonaro das Amazonasgebiet offen für Geschäfte erklärte, hat er Großunternehmen und ihren Profiten Vorrang gegenüber dem Wohl gefährdeter Menschen eingeräumt. Schutzgebiete werden weiter abgebrannt, damit kommerzielle Viehzucht weiter expandieren kann.“, so äußerte sich Richard Pearson, Leiter des Bereichs Krisen und Umwelt bei Amnesty International.

„Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine sehr reale Krise für einige der am meisten gefährdeten Menschen im Amazonasgebiet Brasiliens. Traditionelle Bewohner-/Innen und indigene Völker, die nachhaltig in Schutzgebieten leben, verlieren wertvollen Wald, der sie mit Nahrung, Lebensgrundlagen und Medikamenten versorgt – und darüber auch ihre eigene Identität.“

Die Studien zeigen, dass 381 km<sup>2</sup> Regenwald von indigenen Gebieten verloren gegangen sind. Dies repräsentiert den drittgrößten Waldverlust indigener Territorien seit 2008.

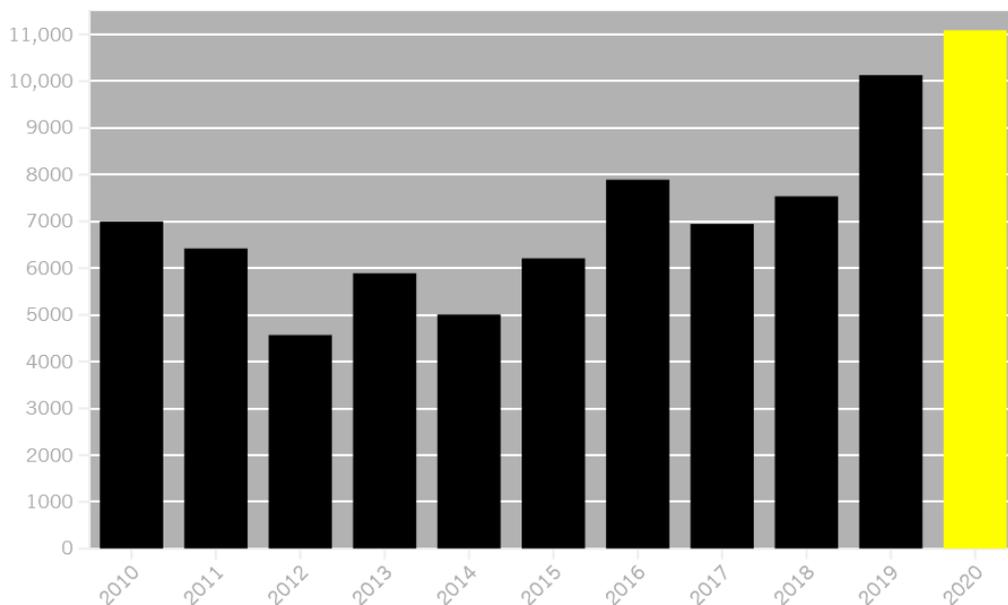
In ökologisch geschützten Gebieten gingen 1.096 km<sup>2</sup> Wald verloren (ähnlich wie im vorherigen Zeitraum, der mit 1.110 km<sup>2</sup> den größten Waldverlust in ökologisch geschützten Gebieten seit 2008 verzeichnete).

---

<sup>1</sup> Da die in der englischen Version verlinkte Online Petition inzwischen abgeschlossen ist, verzichten wir in der Übersetzung auf den Hinweis. <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/12/brazil-accelerating-deforestation-of-amazon-a-direct-result-of-bolsonaros-policies/>

## THE RATE OF AMAZON DEFORESTATION HAS MORE THAN DOUBLED SINCE 2012

Rate of deforestation (km<sup>2</sup> per year, August-July)



Source: Brazil National Institute for Space Research



“Der Amazonas-Regenwald verfügt über eine reiche Artenvielfalt und ist ebenfalls Heimat vieler indigener und traditioneller Völker. Die brasilianischen Behörden sind laut der Verfassung verpflichtet, diese Vegetationszone sowie die dort lebenden Gemeinschaften zu schützen. Den Regenwald zu schützen, ist maßgeblich. Die Abholzungszahlen implizieren nicht nur einen großen Rückschlag für die Umweltpolitik, sondern auch für die Menschenrechtspolitik im Norden Brasiliens“, sagte Jurema Weneck, Geschäftsführerin von Amnesty International Brasilien.

### Illegale Rinderfarmen treiben die Zerstörung des Regenwaldes weiter voran

Recherchen von Amnesty International haben bereits gezeigt, dass Rinderzucht die Hauptursache für illegale Landnahme in Reservaten und indigenen Gebieten im brasilianischen Amazonasgebiet ist. Durch sie werden die Abholzung angeheizt und indigene Rechte mit Füßen getreten.

Die Amazonasregion ist dabei am meisten von dem Wachstum der lukrativen Rinderindustrie betroffen. Seit 1988 hat sich die Zahl der Rinder 2018 auf 86 Millionen fast vervierfacht; das macht 40% des nationalen Gesamtbestandes aus. Ein Teil dieser Expansion zerstört große Teile des geschützten Regenwaldes in indigenen Territorien und Reservaten.

Insgesamt wurden 63 % der zwischen 1988 und 2014 abgeholzten Flächen zu Weideland für Rinder – eine Fläche, die fünfmal so groß ist wie Portugal. Amnesty International hat diesen Verlauf in einem Bericht im November 2019 dokumentiert<sup>2</sup>.

### **Illegal grasende Rinder in der Lieferkette von JBS**

In einer im Juli 2020 veröffentlichten Untersuchung stellte Amnesty International fest, dass in der Lieferkette des weltweit führenden Fleischverarbeiters JBS Rinder gefunden wurden, die illegal in Schutzgebieten des brasilianischen Amazonasgebietes geweidet wurden<sup>3</sup>. Amnesty International fand jedoch keine Anhaltspunkte, dass JBS direkt in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sei.

Im September kündigte JBS auf Druck von Amnesty International an, bis 2025 ein neues System zur Überwachung seiner Rinderlieferanten, einschließlich der indirekten Zulieferer, einzuführen. JBS war sich dessen bewusst, dass illegal weidende Rinder seit mindestens 2009 Bestandteil seiner Lieferkette wurden, und hatte sich daher bereits früher verpflichtet, die indirekten Lieferanten bis 2011 zu kontrollieren.

„Dieser Zeitplan ist einfach nicht gut genug. Im Jahr 2009 hat JBS zugesagt, seine indirekten Zulieferer bis 2011 zu überwachen – doch jetzt, im Jahr 2020, gibt es ein weiteres vages Versprechen, dass dies bis 2025 geschehen könnte. Amnesty International fordert JBS erneut auf, diese Änderungen bis zum Jahresende herbeizuführen.“, so Richard Pearshouse.

### **Rio Jacy-Paraná Reservat**

Heute fand eine öffentliche Anhörung im Kongress des Bundesstaates Rondônia statt, um einen Gesetzesentwurf zu diskutieren, der darauf abzielt, die Fläche des Rio Jacy-Paraná Reservats um 1.520 km<sup>2</sup> zu verkleinern.

Die meisten Bewohner/-innen des Rio Jacy-Paraná Reservats wurden von Viehzüchter/-innen und Grileiros während der Landnahmen in den letzten zwei Jahrzehnten vertrieben. Das Reservat ist eines der am stärksten entwaldeten Schutzgebiete des Amazonas. Zwischen August 2019 und Juli 2020 verlor das Rio Jacy-Paraná-Reservat 104 km<sup>2</sup>, ein Anstieg von 10,1 % verglichen zum vorherigen Zeitraum.

Laut offizieller Daten, die Amnesty International durch eine Anfrage zur Informationsfreiheit (Freedom of Information Request) erhalten hat, stieg die Zahl der Rinder innerhalb des Jacy-Paraná-Reservats von 83.642 im November 2018 auf 105.478 im April 2020.

„Wird der Gesetzesentwurf angenommen, bedeutet dies die Legalisierung von Landraub für illegale kommerzielle Viehzucht innerhalb des Reservats. Der Entwurf würde nur für weitere Landnahme in geschützten Amazonasgebieten sorgen“, so Richard Pearshouse.

Übersetzt von Anna Verena Märker, Theko Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>2</sup> <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/brazil-halt-illegal-cattle-farms-fuelling-amazon-rainforest-destruction/>

<sup>3</sup> <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/07/brazil-cattle-illegally-grazed-in-the-amazon-found-in-supply-chain-of-leading-meat-packer-jbs/>

Mehr als 55.000 Menschen aus 84 Ländern haben die Petition zum Stopp des Kaufs von illegalen Rindern aus dem Amazonas in Brasilien unterzeichnet und den größten Fleischverarbeiter der Welt „JBS Rinder“ aufgefordert, seine Lieferketten effektiv zu überwachen.

Da die Teilnahmemöglichkeit an dieser Petition mittlerweile abgelaufen ist, möchten wir Sie auf einen Tweet gegen die illegalen Lieferketten des Rindfleischproduzenten JBS hinweisen, an dem Sie sich beteiligen können.

<p>Temos uma entrega para fazer!</p>	<p>O email não está abrindo corretamente?  <a href="#">Abra ele pelo seu navegador.</a></p>
--------------------------------------	---



Barbara, beep beep! Como será que está o trânsito hoje em São Paulo? Um bom dia para entregar mais de 55 mil assinaturas para a JBS? Sim, né? Até porque já deu comprar gado ilegal, JBS!

**É por isso que nós não colocamos a carroça na frente dos bois – colocamos é na frente da JBS!** 

Hoje, 28 de abril, um caminhão vai circular pela cidade de São Paulo com destino à sede da maior processadora de carne do mundo levando uma mensagem clara: **JBS, PARE DE COMPRAR GADO ILEGAL DA AMAZÔNIA!**

E não estamos sozinhos! Mais de 55 mil pessoas de 84 países assinaram a petição exigindo que a empresa monitore de maneira eficaz a sua cadeia de fornecimento. Você, Barbara, é uma dessas pessoas!

**Mesmo online, você pode participar da nossa mobilização. A compra de gado criado ilegalmente na Amazônia tem violado sistematicamente direitos humanos de povos indígenas e de comunidades que vivem em reservas extrativistas, colocando suas vidas e territórios em risco. Por isso exigimos responsabilidade da empresa na hora de escolher o gado que compra. Tá de acordo? Manda essa recado nas suas redes também!**

**[TWEET COM A GENTE! CLIQUE AQUI!](#)**

 Viu nosso caminhão com bois circulando por aí? Suba suas fotos nas redes sociais com a hashtag **#GadollegalNão** e marque a **@anistiabrasil**.

Vamos juntas e juntos!

**Grégor Daflon**

Assessor de Campanhas na Anistia Internacional Brasil



*Você está recebendo este e-mail porque está registrado na base de apoiadores da Anistia Internacional Brasil. Nosso endereço de e-mail é: [comunicacao@anistia.org.br](mailto:comunicacao@anistia.org.br)*

[Clique aqui para deixar de receber estes e-mails. Atualize suas informações de cadastro.](#)

# PARAGUAY

## URGENT ACTION

## INDIGENE AKTIVISTIN ERHÄLT SCHUTZ

### **BERNARDA PESOA**

UA-Nr: UA-160/2020-1 AI-Index: AMR 45/3475/2020 Datum: 18. Dezember 2020 – mr

Die Behörden in Paraguay haben im November eine Untersuchung zu dem tätlichen Angriff auf Bernarda Pesoa eingeleitet und ihr Schutz bereitgestellt. Die Sprecherin einer indigenen Qom-Gemeinschaft war Ende Oktober im Zuge eines Landkonflikts von neun Männern und Frauen im Gesicht und am Kopf verletzt worden. Amnesty wird die Lage weiter beobachten, da der Konflikt im Zusammenhang mit der Holzwirtschaft auf Qom-Gemeindeland noch nicht vorbei ist.

Bernarda Pesoa ist ein Mitglied der Organisation von Kleinbäuer\_innen und indigenen Frauen CONAMURI sowie einer Gruppe von traditionellen Kunsthandwerker\_innen in ihrer Gemeinde Santa Rosa. Seit 28 Jahren setzt sie sich zusammen mit anderen Angehörigen der Qom-Bevölkerung für die Landrechte ihrer Gemeinschaft und die Umwelt ein.

Die Angreifer\_innen sind laut Bernarda Pesoa Bewohner\_innen einer Nachbargemeinde. Sie drohten damit, ihr Haus niederzubrennen und sie noch schwerwiegender zu verletzen. Verwandte der Angreifer\_innen hatten mit einer privaten Stiftung ein Übereinkommen getroffen, das auch die Ländereien der Gemeinde von Bernarda Pesoa und andere Gemeinden betrifft: Die Stiftung wollte auf diesen Ländereien eine Eukalyptus-Plantage anlegen. Bernarda Pesoa und andere indigene Sprecher\_innen lehnen die Plantage aus umweltpolitischen und kulturellen Gründen ab und bemängeln, dass nicht alle betroffenen Gemeinden dem Projekt zugestimmt haben.

Nach der Veröffentlichung der Urgent Action am 29. Oktober 2020 reagierten die Behörden zügig auf den Vorfall und es kam zu konkreten Schritten für die Sicherheit von Bernarda Pesoa. Sie war am 27. Oktober auf dem Gemeindeland der Qom tätlich angegriffen worden. Die Behörden nahmen sich des Falles an und verbesserten damit die Lage von Bernarda Pesoa. Anfang November leiteten Staatsanwälte\_innen Ermittlungen ein. Im Laufe des Novembers ordnete ein Gericht nach Einrichtung eines formalen Mediationsprozesses mit der Gemeinschaft Schutzmaßnahmen für Bernarda Pesoa an, der Aktivistin wurde ein Rechtsbeistand zur Seite gestellt und der Senat rief eine Dialogreihe ins Leben, zu der Amnesty International eingeladen wurde.

Die nicht erfolgte freiwillige, vorherige und informierte Zustimmung wird in der Gemeinschaft kritisch gesehen. Bernarda Pesoa und andere Mitglieder der Gemeinschaft sind der Ansicht, dass die Eukalyptus-Plantage auf ihrem Land nicht mit allen Mitgliedern der Gemeinschaft konsultiert wurde. Die Situation vor Ort ist nach wie vor heikel für Bernarda Pesoa und Amnesty International wird die Lage weiterhin genau beobachten.

Bernarda Pesoa reagierte mit folgenden Worten auf die Entwicklungen: „Vielen Dank an Amnesty International für die Unterstützung durch die Urgent Action. Sie hat in dieser schwierigen Zeit eine wichtige Wirkung in unserer Auseinandersetzung gehabt.“ Wir haben viele Solidaritätsschreiben erhalten und wir waren in den Medien präsenter als zuvor. Wir werden unseren Widerstand gegen das Unternehmen fortsetzen, das versucht, unser Land in Besitz zu nehmen.

Vielen Dank allen, die Appelle geschrieben haben. Weitere Aktionen des Eilaktionsnetzes sind zurzeit nicht erforderlich.

Weitere Informationen zu UA-160/2020 (AMR 45/3277/2020, 29. Oktober 2020)

---

# AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

**Indigene und Menschenrechte** – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf



ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.

Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Theko Menschenrechte und indigene Völker:  
[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)

---

# CHILE

## URTEIL IM CATRILLANCA-PROZESS AM SELBEN TAG WIE MASSIVER POLIZEIEINSATZ IN MAPUCHE-GEMEINDEN VON TEMUCUICUI

Der Prozess gegen die des Mordes an Camilo Catriallanca Angeklagten gipfelte am 12. Januar 2021 mit ihrer Verurteilung. Einer von ihnen, ein ehemaliger Polizist, wurde wegen des Mordes an Camilo Catriallanca und außerdem wegen des versuchten Mordes an Catriallancas minderjährigen Neffen rechtskräftig verurteilt. Die anderen Angeklagten, ebenfalls Polizisten, wurden wegen Behinderung der Justiz verurteilt.

Die Verteidigung beantragte die Aufhebung des Verfahrens vor dem Obersten Gerichtshof, dieser Antrag ist derzeit noch anhängig.

Wie bereits berichtet, wurde Catriallanca 2018 von Mitgliedern des "Dschungel-Kommandos" von hinten erschossen, als er bei der Feldarbeit war. Diese Spezialeinheit der Carabineros ist mittlerweile aufgelöst worden, aber die Mapuche werden immer noch unverhältnismäßig durch Sicherheitskräfte drangsaliert, wie folgender Vorfall belegt:

Ebenfalls am 12. Januar wurde die 7-jährige W., Tochter von Camilo Catriallanca, zusammen mit ihrer Mutter von der Polizei festgenommen. Sie wurde Opfer übermäßiger Gewaltanwendung, während das Urteil im Mordprozess ihres Vaters verkündet wurde. Das Berufungsgericht von Temuco akzeptierte die von der INDH (Nationales Institut für Menschenrechte) zugunsten seiner Tochter eingereichte Beschwerde.

Auch Catriallancas Vater, Marcelo Catriallanca, wurde von der Polizei abgefangen, als er auf dem Weg zur Urteilsverkündung war. Die Festnahmen von Catriallancas Angehörigen fanden im Rahmen eines der größten Polizeieinsätze der letzten Jahre statt. Laut Polizei sollten Drogenbanden aufgespürt werden, die Überschneidung mit dem Termin der Urteilsverkündung sei Zufall gewesen.

Die Hinterbliebenen von Camilo Catriallanca zeigten sich mit dem Ergebnis des Gerichtsverfahrens unzufrieden, da unter anderem die Verantwortlichen des damaligen Polizeieinsatzes überhaupt nicht belangt worden seien. Die Familie hat deswegen vor, internationale Gerichte anzurufen.

## **NEUIGKEITEN ZU WEITEREN MAPUCHE-PROZESSEN:**

### **WIEDERAUFNAHME IM MORDFALL ALEX LEMÚN**

Im Fall des Mordes an Alex Lemún, der nach einer gütlichen Einigung vor der IACHR (Interamerikanische Menschenrechtskommission) nach fast 19 Jahren wieder aufgenommen werden soll, wurde im Januar 2021 beschlossen, die Eröffnung der Hauptverhandlung auf Mai zu verschieben, um das Verfahren in Präsenz durchzuführen.

### **BERUFUNG IM MORDFALL LUCHSINGER MACKAY ZUGELASSEN**

Im März berichtete die IACHR, dass die Berufung zugunsten von José Tralcal, Luis Tralcal und José Peralino, die im Rahmen eines unfairen Verfahrens wegen Mordes an dem Ehepaar Luchsinger Mackay verurteilt worden waren, zugelassen wurde.

Sara Leman, Chile/Venezuela Koordinationsgruppe

# MAROKKO

URGENT ACTION

## MISSHANDLUNG UND HAUSARREST

### SULTANA KHAYA UND MEHRERE MITGLIEDER IHRER FAMILIE

**Die sahrauische Aktivistin Sultana Khaya und mehrere Mitglieder ihrer Familie werden seit Monaten in ihrem Haus in Boujdour in der Westsahara faktisch unter Hausarrest festgehalten. Bisher haben die Behörden noch keine Anschuldigungen gegen sie vorgebracht. Vor ihrem Haus sind regelmäßig Sicherheitskräfte stationiert, um die Familie daran zu hindern, das Haus zu verlassen und andere Menschen, auch Verwandte, sie zu besuchen. Sultana Khaya und ihre Familie wurden mehrfach von der Polizei tätlich angegriffen, als sie versuchten, ihr Haus zu verlassen, was zu schweren Verletzungen bei Sultana Khaya und ihrer Schwester führte. Die Behörden müssen den Hausarrest von Sultana Khaya und ihrer Familie sofort aufheben.**

Die sahrauische Aktivistin Sultana Khaya und mehrere Mitglieder ihrer Familie, darunter auch ihre Schwester Waraa Khaya, befinden sich unter willkürlichem Hausarrest.

Seit dem 19. November 2020 sind Angehörige der Sicherheitskräfte sowohl in Uniform als auch in Zivil vor dem Haus der Familie Khaya postiert. Bei zahlreichen Gelegenheiten, bei denen Sultana Khaya oder andere Familienmitglieder versuchten, das Haus zu verlassen und sich nur wenige Meter davon entfernten, stellten sich ihnen Sicherheitskräfte entgegen und drängten sie gewaltsam wieder ins Haus zurück. Häufig hinderten Sicherheitskräfte ihre Unterstützer\_innen daran, in ihre Straße zu gelangen, manchmal unter Anwendung willkürlicher und missbräuchlicher Gewalt. Verwandte durften nur bei seltenen Gelegenheiten Lebensmittel und Medikamente in das Haus der Familie bringen. Sicherheitskräfte haben Sultana Khaya, Angehörige ihrer Familie und deren Besucher\_innen brutal angegriffen. Bei einem Vorfall im Februar 2021, so ihre Schwester Waraa Khaya, sei sie von vier Sicherheitskräften gegen eine große Eisentür geworfen worden, als diese merkten, dass sie nicht mehr gefilmt wurden. Die tätlichen Angriffe haben bei Sultana Khaya und Waraa Khaya Wunden und blaue Flecken am ganzen Körper hinterlassen.

Die Behörden haben Sultana Khaya seit Beginn des Hausarrests weder einen Haftbefehl noch einen Gerichtsbeschluss vorgelegt oder sie über den Grund ihres Freiheitsentzugs informiert. Der Leiter der Polizei in Boujdour teilte ihr lediglich mündlich mit, dass es ihr verboten sei, das Haus zu verlassen.

Dieser rechtswidrige Freiheitsentzug ist Teil eines umfassenden Vorgehens der marokkanischen Behörden gegen saharauische Aktivist\_innen und kritische Stimmen innerhalb der Westsahara, das nach den Zusammenstößen zwischen Regierungskräften Marokkos und der sahrauischen Unabhängigkeitsbewegung Frente Polisario im November 2020 weiter verschärft wurde. Sultana Khaya ist bekannt für ihren friedlichen Aktivismus zugunsten der Selbstbestimmung der Sahrauis. Der anhaltende Hausarrest für sie und ihre Familie kommt einer willkürlichen Inhaftierung gleich, da er eine unzulässige Einschränkung ihrer Rechte auf Bewegungs- und Vereinigungsfreiheit darstellt.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Sultana Khaya ist Präsidentin einer Organisation namens „Liga für die Verteidigung der Menschenrechte und gegen die Plünderung natürlicher Ressourcen“ und bekannt für ihren lautstarken Aktivismus zur Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Sahrauis. In einem Telefonat mit Amnesty International beklagte Sultana Khaya am 8. März, dem internationalen Frauentag, diesen „leidend unter Belagerung“ verbringen zu müssen. Seit dem 19. November 2020 dürfen Sultana Khaya und ihre Familie ihr Haus nicht mehr verlassen. Videos, die von Sultana Khaya und ihrer Schwester Waraa Khaya an verschiedenen Tagen und zeitweise Polizeifahrzeuge, die vor dem Haus geparkt sind. Sultana Khaya wurde nicht erlaubt, weiter als bis zur Ecke ihres Hauses zu gehen, wo sie dann von Polizeikräften unter Einsatz von Gewalt zurück ins Haus getragen wurde. Ein am 17. Februar entstandenes Video zeigt, wie Polizeikräfte in Zivil Waraa Khaya gewaltsam zurück ins Haus zerrren, wobei sie die Tür wiederholt zuschlagen und dagegen hämmern.

Die Westsahara ist Gegenstand eines Territorialstreits zwischen Marokko, das das Gebiet 1975 annektiert hat und die Souveränität darüber beansprucht, und der Fronte Polisario, die einen unabhängigen Staat in dem Gebiet fordert und eine Exilregierung in den Flüchtlingslagern in Tindouf, südwestlich von Algerien, ernannt hat. In einer UN-Vereinbarung von 1991, die zum Waffenstillstand zwischen Marokko und der Fronte Polisario führte, wurde ein Referendum gefordert. Dieses sollte der Bevölkerung der Westsahara das Recht geben, selbstbestimmt über die Unabhängigkeit oder Zugehörigkeit zu Marokko zu entscheiden, hat aber noch nicht stattgefunden, da noch immer strittig ist, wer an dem Referendum teilnehmen darf.

In den vergangenen Jahren ist der Zugang zur Westsahara für externe Beobachter\_innen zunehmend schwieriger geworden, da sich die Menschenrechtssituation weiter verschlechtert hat. Im Jahr 2020 haben die marokkanischen Behörden mindestens neun Rechtsbeiständen, Aktivist\_innen und Politiker\_innen den Zugang zur Westsahara verwehrt. Auch Journalist\_innen wurde der Zugang verweigert, sodass kaum Informationen über das Engagement der Menschenrechtsaktivist\_innen an die Öffentlichkeit gelangen. Der UN-Sicherheitsrat hat Forderungen von Amnesty International und anderen ignoriert, die Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in der Westsahara (MINURSO) um eine Menschenrechtskomponente zu erweitern, die eine Überwachung und Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen ermöglichen würde, wie es bei den meisten vergleichbaren UN-Missionen weltweit der Fall ist.

## **SCHREIBEN SIE BITTE FAXE, TWITTERNACHRICHTEN, LUFTPOSTBRIEFE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN:**

- Bitte beenden Sie den willkürlichen Hausarrest von Sultana Khaya und ihrer Familie und respektieren Sie ihre Rechte auf Bewegungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit.
- Setzen Sie den Übergriffen, denen Sultana Khaya und ihre Familie ausgesetzt sind, ein Ende. Leiten Sie außerdem Untersuchungen im Fall der willkürlichen und missbräuchlichen Anwendung von Gewalt gegen sie und ihre Familie durch die Sicherheitskräfte ein und sorgen sie dafür, dass sie eine angemessene Entschädigung für die Verletzung ihres Rechts auf Freiheit und andere erlittene Schäden erhalten.

**ACHTUNG!** Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

**APPELLE AN**

REGIERUNGSCHEF DES KÖNIGREICHS MAROKKO

Mr. Saad Eddine el Othmani Premier ministre,  
Palais Royal – Touarga Rabat,

MAROKKO

(Anrede: Your Excellency / Eure Exzellenz)

Fax: (00 212) 5377 71010

Twitter: @ChefGov\_ma

**KOPIEN AN**

BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS MAROKKO

I.E. Frau Zohour Alaoui

Niederwallstr. 39, 10117 Berlin

Fax: 030-2061 2420

E-Mail: [kontakt@botschaft-marokko.de](mailto:kontakt@botschaft-marokko.de)

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Da Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **13. Mai 2021** keine Appelle mehr zu verschicken. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Französisch, Englisch oder auf Deutsch.

**HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG**

Nach internationalen Menschenrechtsnormen stellt Hausarrest eine Form der Inhaftierung dar und erfordert bestimmte Schutzmechanismen, um als rechtmäßig zu gelten. Gemäß der Allgemeinen Bemerkung 35 des UNMenschenrechtsausschusses zu Artikel 9 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte dürfen freiheitsentziehende Maßnahmen, darunter auch Hausarrest, nicht willkürlich erfolgen, müssen unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit durchgeführt werden und eine angemessene und unverzügliche gerichtliche Überprüfung der Haft ermöglichen. Freiheitsentzug, auch in Form von Hausarrest, ist willkürlich, wenn er aus der Ausübung von Menschenrechten resultiert, einschließlich der Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung seit dem 19. November 2020 gemacht und von Amnesty International geprüft wurden, zeigen vor dem Haus stehende Sicherheitskräfte in Uniform oder Zivilkleidung.

UA-033/2021 - AI-Index: MDE 29/3815/2021 - Datum: 18. März 2021 – as

# NIGERIA

## SHELL MUSS ENTSCHÄDIGUNGEN WEGEN UMWELTVERSCHMUTZUNGEN ZAHLEN



Amnesty-Protestaktion vor einer Berliner Shell-Tankstelle gegen die Umweltverschmutzung, für die der Öl-Konzern in Nigeria verantwortlich ist (Archivaufnahme vom April 2012).

© Amnesty International, Foto: Ralf Rebmann

**Der Öl-Konzern Shell muss Entschädigungen für die Umweltverschmutzungen im Niger-Delta zahlen – so urteilte ein Berufungsgericht im niederländischen Den Haag Ende Januar 2021. Ein wichtiger Erfolg für die Betroffenen. Amnesty International setzt sich bereits seit mehr als 20 Jahren für sie ein.**

Verseuchtes Trinkwasser, vergiftete Fischbestände: Im jahrelangen Rechtsstreit um die Umweltverschmutzungen im Niger-Delta hat ein niederländisches Berufungsgericht den Öl-Konzern Shell zu Entschädigungszahlungen verurteilt. Das Gericht unterstrich damit die Verantwortung des Konzerns für Handlungen seines Tochterunternehmens in Nigeria. Dies habe die Verseuchungen durch schlecht gewartete Öl-Pipelines verursacht.

Die Umweltorganisation *Milieudefensie* und vier nigerianische Bauern hatten 2008 in den Niederlanden geklagt – dort hat Shell seinen Hauptsitz. In Nigeria ist kaum möglich, Rechtsansprüche geltend zu machen. Der Konzern muss nun Schadensersatz zahlen und Sensoren zur Erkennung von Schäden an alten Öl-Leitungen nachrüsten.

"Dieses Urteil gegen die Shell-Muttergesellschaft vor niederländischen Gerichten für die Verschmutzungen in Nigeria hat große Relevanz", so Dr. Mathias John, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Deutschland. "Endlich kann sich der Konzern seiner Verantwortung für alle Unternehmensaktivitäten auch in anderen Staaten nicht weiter entziehen. Endlich gibt es Gerechtigkeit für die Betroffenen."

Amnesty International hat mehr als 20 Jahre lang Beweise für die Beteiligung Shells an Menschenrechtsverletzungen und Korruption in Nigeria zusammengetragen. Die Vorwürfe in weiteren Verfahren gegen das Unternehmen reichen von Mitverantwortung für außergerichtliche Hinrichtungen bis zu systematischer Umweltverschmutzung. John hofft, das Urteil trage dazu bei, "das Unternehmen endlich auch für seine Verwicklung in andere Menschenrechtsverletzungen in Nigeria zur Rechenschaft zu ziehen."

Die digitale Version dieses Artikels finden Sie hier: <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/nigeria-shell-umweltverschmutzung-oel-entschaedigung-erfolg>

-----

## WEGWEISENDES URTEIL ZWINGT SHELL, SICH SEINEN MISSBRÄUCHEN IN NIGERIA ZU STELLEN

Der Oberste Gerichtshof von Großbritannien hat am 12. Februar zugunsten von zwei Gemeinden im Nigerdelta entschieden, die Gerechtigkeit für durch Shell verursachte Umweltschäden fordern.

Der Gerichtshof befand, dass die Gemeinden Ogale und Bille in Ogoniland ihre rechtlichen Ansprüche auf Säuberung und Entschädigung gegen Royal Dutch Shell und ihre nigerianische Tochtergesellschaft, die Shell Petroleum Development Company, geltend machen können.

Das Urteil stellt einen wichtigen Präzedenzfall dar, um andere multinationale Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen. Mark Dummett, Direktor des Global Issues Program von Amnesty International, sagte:

„Diese wegweisende Entscheidung könnte das Ende eines langen Kapitels der Straflosigkeit für Shell und andere multinationale Unternehmen bedeuten, die in Übersee Menschenrechtsverletzungen begehen. Shells eigene Aufzeichnungen zeigen das Ausmaß der Ölverschmutzungen, die das Land der Gemeinden Ogale und Bille weiterhin verwüsten, ihr Wasser vergiften und den Lebensunterhalt zerstören.“

„Bis jetzt ist es Shell jedoch gelungen, das Aufräumen oder die Zahlung von Entschädigungen zu vermeiden, indem behauptet wurde, dass das Unternehmen nicht für die Handlungen seiner nigerianischen Tochtergesellschaft verantwortlich ist, die es aber vollständig besitzt. Shell erzielt enorme Gewinne auf nigerianischem Land, bestreitet jedoch jegliches Wissen, wenn es um die Umweltverschmutzungen durch die Tochtergesellschaft geht. Das heutige Urteil hat die Grundlagen eines Geschäftsmodells erschüttert, das darauf beruht, sich der Verantwortung zu entziehen.“

„Der Kampf ist noch nicht gewonnen, aber dieses Urteil ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gerechtigkeit. Es ist ein Beweis für die Beharrlichkeit und den Mut der Gemeinden Ogale und Bille, die sich ge-

weigert haben, Shells Ausreden zu akzeptieren und jahrelang gekämpft haben, um Shell vor Gericht zu bringen. Das heutige Ergebnis könnte den Weg für Gerechtigkeit für die vielen anderen ebnen, die mit den Folgen der Umweltverschmutzung von Shell leben müssen. Nach Jahrzehnten der Straflosigkeit könnten die Gemeinden im Nigerdelta Shell endlich vor Gericht sehen.“

### **Hintergrund**

Im Jahr 2015 haben 40.000 Menschen aus den Gemeinden Ogale und Bille im Nigerdelta rechtliche Schritte gegen Shell in Großbritannien eingeleitet, weil sie ihre Menschenrechte und ihr Wohlergehen ernsthaft verletzt sahen. 2017 entschied der High Court in London, dass RDS lediglich eine Holdinggesellschaft ist, die keine Kontrolle über die Geschäftstätigkeit ihrer nigerianischen Tochtergesellschaft ausübt und daher keine Sorgfaltspflicht gegenüber den von diesen Geschäftstätigkeiten betroffenen Gemeinden hat. Im Jahr 2018 stellte das Berufungsgericht außerdem fest, dass die englischen Gerichte nicht für die Ansprüche zuständig sind, erlaubte jedoch den Gemeinden Ogale und Bille, beim Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen. Diese war nun erfolgreich.

Die englische Originalversion dieses Artikels finden Sie hier:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2021/02/uk-landmark-ruling-forces-shell-to-face-up-to-its-abuses-in-nigeria/>

Übersetzt von Alexander Weide, Theko Menschenrechte und indigene Völker

# DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

## Globale Wertschöpfungsketten: Batteriebranche muss menschen- rechtskonform produzieren



Ein 13-Jähriger sucht nach kobalthaltigem Gestein am Stadtrand von Kolwezi in der Demokratischen Republik Kongo  
(Archivaufnahme von Mai 2015). © Amnesty International

**Amnesty International hat Grundsätze zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in der Wertschöpfungskette zur Herstellung von wiederaufladbaren Batterien für Elektroautos und elektronische Geräte vorgelegt.**

Unternehmen und Regierungen müssen dafür sorgen, dass die in Elektroautos und zahlreichen elektronischen Geräten verbauten Lithium-Ionen-Akkus sowohl menschenrechtskonform als auch umweltgerecht hergestellt werden. Amnesty International fordert, dies zur höchsten Priorität für die wirtschaftliche Erholungsphase nach der Covid-19-Pandemie zu machen und hat neue Grundsätze für die Wertschöpfungskette der Batteriebranche erarbeitet.

**„Akkus sind für die Elektromobilität und damit für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen dringend nötig, doch gleichzeitig bringt diese Technologie neue Risiken für die Menschenrechte und die Umwelt mit sich.“**

Mathias John

Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Deutschland

"Akkus sind für die Elektromobilität und damit für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen dringend nötig, doch gleichzeitig bringt diese Technologie neue Risiken für die Menschenrechte und die Umwelt mit sich", sagt Dr. Mathias John, Experte für Wirtschaft und Menschenrechte bei Amnesty International Deutschland. "Daher müssen alle Unternehmen entlang der Batterie-Wertschöpfungskette unsere Grundsätze verbindlich übernehmen und so ihre Energie im wahrsten Sinne des Wortes für eine bessere Zukunft einsetzen."

"Die Menschenrechte müssen bei ihren Geschäftstätigkeiten eine zentrale Rolle spielen – dazu müssen sie ihre Wertschöpfungsketten transparent machen, diese auf mögliche Menschenrechtsverletzungen prüfen und solche unterbinden. Außerdem muss es Beschwerdemechanismen und Entschädigungen für Betroffene geben", fordert John.

Amnesty International hat in der Vergangenheit aufgedeckt, dass beim Kleinbergbau in der DR Kongo auch mit Kinderarbeit gefördertes Kobalterz möglicherweise in die Lieferketten einiger wichtiger Elektronik- und Elektrofahrzeughersteller gelangt. In Südamerika wiederum gefährdet der Abbau von Lithium die Wasserversorgung und die sensiblen Ökosysteme einiger indigener Gemeinschaften.

"Auch Regierungen müssen mit gutem Beispiel vorangehen und dürfen nur solche Investitionen und Energielösungen unterstützen, bei denen menschenrechtliche Grundsätze eingehalten werden. Dazu müssen sie endlich menschenrechtliche Sorgfaltspflichten gesetzlich verankern, Umweltschutzgesetze durchsetzen und mutmaßliche Verstöße untersuchen. Notwendig ist natürlich auch, dass diese Grundsätze für die neuen deutschen und europäischen Initiativen zur Batteriezellfertigung konsequent angewendet werden", so John.



Amnesty-Protestaktion vor dem Gelände der Hannover Messe am 31. März 2019.

© Amnesty International, Foto: Janto Trappe

## HINTERGRUND

Viele Menschenrechts- und Umweltorganisationen haben sich bereits hinter die von Amnesty International entwickelten Grundsätze "Powering Change: Principles for Businesses and Governments in the Battery Value Chain" gestellt.

Amnesty International fordert alle Hersteller auf, Batterien unter Einsatz maximaler Ressourceneffizienz herzustellen, unter anderem durch Innovationen zur Verwendung einer geringeren Anzahl von Materialien und Mineralien. Zudem sollten die Firmen darauf hinarbeiten, in ihren Akkus zu 100 Prozent wiederverwendete Materialien einzusetzen. Und nicht zuletzt sollten auch der Finanzsektor und Anleger bei Nachhaltigkeitsfonds darauf achten, dass die Grundsätze ein Kriterium für die Nachhaltigkeit werden. Amnesty International weist zudem auf die Gefahren des Tiefseebergbaus hin und appelliert an Unternehmen und Regierungen, sich aktiv für eine Aussetzung dieser Abbauaktivitäten einzusetzen.

Darüber hinaus fordert Amnesty International öffentliche und privatwirtschaftliche Akteure auf, mit Umweltschützerinnen und Umweltschützern sowie indigenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten und sicherzustellen, dass diese bei geplanten Projekten ordnungsgemäß konsultiert und über die möglichen Risiken informiert werden.

Die Onlineversion dieses Artikels finden Sie unter:

<https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/unternehmensverantwortung-wertschoepfungsketten-batterien-umweltstandards>

-----

## WICHTIGE URTEILE WEGEN MORD, VERGEWALTIGUNG UND FOLTER AN INDIGENEN GEGEN ZEHN RANGER AUS ZWEI KONGOLESISCHEN NATIONALPARKS

Ende 2020 wurden die wegweisenden Urteile gegen Ranger aus den Kahuzi-Biega und Salonga Nationalparks verhängt. Die Parkwächter haben gezielt Mitglieder der indigenen Batwa angegriffen, die rund um die Parks leben. Die betroffenen Batwa-Gemeinden lebten ursprünglich auf dem Gebiet der beiden Parks und wurden im Zuge deren Einrichtung vertrieben, was die Situation besonders perfide erscheinen lässt.

In der Vergangenheit sind Parkwächter nach Mord und Vergewaltigungen zu nur milden Strafen verurteilt worden – beispielsweise wurde 2017 ein Ranger trotz eines klar begangenen Mordes zu lediglich einem Jahr Haft verurteilt. Dies hat sich mit den neuen Gerichtsurteilen geändert, nach denen die Täter zwischen 5 und bis zu 20 Jahren in Haft müssen. Es bleibt zu hoffen, dass solche Verbrechen in Zukunft stärker verfolgt und härter bestraft werden.

Das eigentliche Problem liegt aber viel tiefer. Die Regierung der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und nationale Naturschutzinstitutionen dämonisieren indigene Gemeinschaften seit langem; werfen ihnen Rückständigkeit vor und beschuldigen sie Verbrechen zu begehen, ohne fundierte Beweise dafür vorzulegen. Das Naturschutzmodell, das die internationalen Naturschutzorganisationen wie der WWF in Afrika verankert haben, sieht indigene Gemeinschaften als Hindernis für die Umsetzung von

Naturschutzprojekten und nicht als Partner. Der WWF beispielsweise finanziert und unterstützt die Ranger im Salonga Nationalpark, hat sogar kürzlich das Wissen über systematische Angriffe gegen Indigene zugegeben – und trotzdem nichts unternommen. Die aktuellen Gerichtsurteile machen daher deutlich, wie ignorant und realitätsfern die Naturschutzstrategie und Argumentation von Organisationen wie dem WWF ist.

Eine grundlegende Verbesserung der Rechtslage indigener Gemeinschaften kann sich nur dann einstellen, wenn Regierungen, Naturschutzorganisationen und Nationalparks die Rechte Indigener anerkennen und ihre Angestellten nach menschenrechtlichen Prinzipien ausbilden.

Alexander Weide, Theko Menschenrechte und indigene Völker

Hintergrundinformationen zu den Gerichtsurteilen und dem WWF in der DRK:

<https://www.forestpeoples.org/en/coercive-conservation-on-trial-democratic-republic-congo-kahuzi-biega-ecoguards>

<https://www.rainforestfoundationuk.org/huge-leap-in-fight-against-impunity-for-conservation-related-abuses-in-drc-as-park-rangers-are-sentenced-for-rape-and-torture>

<https://bkinfos.net/news/sud-kivu-la-justice-militaire-condamne-5-ecogardes-du-pnkb-pour-meurtre-dun-autochtone/#.YAAg7zIxeUk>

<https://www.rainforestfoundationuk.org/wwfs-lack-of-contrition-as-independent-review-finds-systemic-failings-in-its-treatment-of-human-rights>

<https://minorityrights.org/publications/violent-conservation/>

# FILMTIPPS

Wir möchten Sie auf zwei sehr bewegende Filme hinweisen, die sich zum einen mit der schockierenden Vergangenheit und den verheerenden Folgen für die First Nations in Kanada befassen und zum anderen mit den dramatischen Auswirkungen einer sich stark veränderten Lebenswelt der Inuit auf Grönland.

## „**MISSHANDELT UND UMERZOGEN - KANADAS FIRST NATIONS**“

**Regie: Gwenlaouen Le Gouil, Land: Frankreich, Jahr: 2020, Herkunft: ARTE**

73 Min. - Verfügbar vom 06/04/2021 bis 11/06/2021

<https://www.arte.tv/de/videos/093799-000-A/misshandelt-und-umerzogen/>

„Die indigene Bevölkerung Kanadas wurde Opfer eines kulturellen Genozids. Die Umerziehung war bis 1996 grausam: Kinder wurden ihren Eltern entrissen und in Internate gebracht. Viele starben dort an Krankheiten, litten unter Misshandlungen oder wurden sexuell missbraucht. Jetzt fordert eine Gruppe von Überlebenden aus Ontario eine Entschädigung für das angetane Unrecht.

Die indigene Bevölkerung Kanadas wurde Opfer eines kulturellen Genozids. Nach Bewegungen wie #MeToo und #BlackLivesMatter wird dieses Tabu der kanadischen Geschichte endlich auch aufgedeckt und international angeprangert. Zwischen 1980 und 2012 wurden in Kanada 1.181 indigene Frauen ermordet oder als vermisst gemeldet. Dass 24 Prozent aller Femizide in Kanada an indigenen Frauen verübt werden, ist eine Auswirkung der systematischen Diskriminierung der First Nations. Denn die indigene Bevölkerung wird auch 150 Jahre nach der kanadischen Unabhängigkeit von Großbritannien systematisch in Reservaten von der restlichen Bevölkerung abgeschottet.

Der Indian Act, die sogenannte Indianergesetzgebung, durch die die Briten die indigene Bevölkerung unter Vormundschaft stellten, hat weiterhin Bestand. Es beinhaltet auch das Ziel der „Zivilisierung“. In diesem Rahmen entstanden spezielle Internate, sogenannte Residential Schools, in denen indigene Kinder zu Christen umerzogen werden sollten. Bis 1996 waren diese Internate Schauplätze von Misshandlung und Missbrauch. Hier starben rund 4.000 Kinder.

Die Überlebenden dieser Umerziehungsanstalten leiden bis heute häufig unter Alkoholismus, Drogensucht, häuslicher Gewalt bis hin zu Femiziden und Selbstmord. Der Film „Misshandelt und umerzogen – Kanadas First Nations“ begleitet eine Gruppe Überlebender im Kampf um Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Der kanadische Staat hat zwar Fehler eingestanden, Entschädigungen für die Traumatisierten und ihre Nachkommen wurden allerdings bisher nicht bewilligt.“

**„GESPRÄCHSRUNDE – MISSHANDELT, UMERZOGEN – KANADAS FIRST NATIONS“****Moderation : Andrea Fies, Land : Frankreich, Jahr : 2021**

11 Min. - Verfügbar vom 14/04/2021 bis 16/04/2023

<https://www.arte.tv/de/videos/102375-001-A/gespraechsrunde/>

„Misshandelt und umerzogen – Kanadas First Nations“ ist ein Film, der sprachlos macht: Kanadische Ureinwohner erzählen, wie sie als Kinder in Internate verbannt wurden, in denen sie "zivilisiert" werden sollten. Tatsächlich wurden sie dort gequält und misshandelt. Die Überlebenden erzählen auch, wie sie gezwungen wurden, in Reservate zu gehen. Dort leben sie noch heute - ohne Anerkennung und Arbeit, aber mit den Dämonen der Vergangenheit, mit Drogen und Alkohol. Ein kultureller Völkermord, der vor über 150 Jahren begann und bis heute anhält.

**"THE RED HOUSE"****Ein Film von Francesco Catarinolo und Peter Bardehle**

Deutschland/Italien 2021- 81min - OmdtU - VOD-Start: 18.02.2021

Solange der Film nicht wie geplant in Kinos gezeigt werden kann, ist er unter folgendem Link auszuleihen und anzuschauen:

<https://vimeo.com/ondemand/redhouse>Trailer unter: <https://www.youtube.com/watch?v=YbDDS-YGvso>

„Robert Peroni war in den 1980er Jahren als Extremsportler bekannt. Ebenso wie Reinhold Messner und Hans Kammerlander lotete er unter Gefährdung seiner Gesundheit die Grenzen des Machbaren aus. So überquerte Peroni als erster zu Fuß den Eispanzer Grönlands an seiner breitesten Stelle. Bei dem Weltrekord, den er bis heute hält, verliebte er sich so sehr in das Land und seine Menschen, dass er beschloss, sein Leben zu ändern. Statt weiter Geld und Ruhm zu suchen, zog er in den Hohen Norden mit neuer Mission: Er wollte das letzte Jägervolk Europas vor dem Untergang retten.

Seit Felle und Fleisch der Wildtiere nicht mehr gehandelt werden dürfen, haben die Jäger ihre Existenzgrundlage verloren. Stattdessen erhalten sie Sozialhilfe aus Dänemark. Die Dänen wollten allen Grönländern gleiche Chancen auf Bildung und Gesundheitsvorsorge bieten. Deshalb bekamen die Jägerfamilien feste Häuser und wurden in Dörfer umgesiedelt. Ihr Leben als Halbnomaden mussten sie aufgeben. Doch diese Umpolung ist bis heute nicht verdaut.

Dämonische Verhaltensmuster aus der Vergangenheit stecken weiterhin in den Köpfen und sind schwer in den Griff zu kriegen. Dazu gehören der Missbrauch an Kindern ebenso wie eine hohe Selbstmordrate unter Jugendlichen. Weltweit gibt es nur in Russland mehr Suizide prozentual zur Bevölkerung. Jede Familie hat Opfer zu beklagen, vor allem in Ostgrönland, wo der Winter besonders lang ist - und die Natur besonders schön.

In Tasiilaq, mit 2000 Einwohnern größte Siedlung Ostgrönlands, gründete Robert Peroni das RED HOUSE. Es ist ebenso Gästehaus für Fremde wie Auffangstation für Einheimische in Not. Vor allem junge Menschen kommen ins Rote Haus, wenn sie nicht weiterwissen, darunter die 17jährige Laila, die als Kind mißbraucht wurde und die 25jährige Illanguaq, eine von vier Transfrauen in Tasiilaq. Beiden hilft Robert ins Leben zurück.

Die Filmgeschichte, in der ansonsten alle Heilsbringer – von den Dänen bis hin zu Greenpeace - nach bestem Gewissen handelten und scheiterten, begleitet den Südtiroler bei seiner Lebensaufgabe und führt im Roten Haus die Bedeutung des Zurückgebens vor Augen. Robert Peroni will mit Hilfe eines sanften Tourismus nach dem Vorbild Südtirols dem Jägervolk der Ivi eine Zukunft bieten. Peroni ist davon überzeugt, dass nicht nur die Einheimischen davon profitieren, sondern auch seine zahlenden Gäste die Begegnung mit der fremden Kultur des Nordens als wertvolle Erfahrung mit nach Hause nehmen.

„Wir können von den Ivi mehr lernen als sie von uns“ - davon ist Peroni nach 30 Jahren in Grönland überzeugt.“